

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

NOVEMBER 1950

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im November 1950	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	8
Produktion, Absatz und Beschäftigung	15
Preise und Löhne	20
Außenwirtschaft	26
Statistischer Teil	33

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im November 1950¹⁾

Geld und Kredit

Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken an die Wirtschaft sind im November unter der Einwirkung der vom Zentralbanksystem ergriffenen restriktiven Maßnahmen wesentlich langsamer gewachsen als in den beiden Vormonaten. Nach den Ergebnissen der rd. zwei Drittel des Kreditvolumens erfassenden wöchentlichen Bankenstatistik und nach den Ziffern einiger größerer überregionaler Geldinstitute kann ihre Zunahme für den Monat November auf etwa 370 Mill. DM veranschlagt werden, während sie im September 675 und im Oktober 682 Mill. DM betragen hatte. Allerdings hat dabei die Zuwachsrate, wie aus der folgenden Tabelle²⁾ zu ersehen ist, von Woche zu Woche zugenommen, doch ist diese Tendenz in der ersten Dezember-Woche wieder unterbrochen worden; der Zuwachs war hier sogar wieder geringer als in der ersten Woche des November.

An der Zunahme der Kredite waren im November im Gegensatz zu den Vormonaten die Akzeptkredite kaum noch beteiligt. Sie wuchsen jedenfalls bei den 480 wöchentlich berichtenden

Banken nur noch um 10 Mill. DM gegenüber 204 Mill. DM im Oktober und 194 Mill. DM im September. In den beiden letzten November-Wochen war sogar — ebenso wie in der ersten Dezember-Woche — ein nicht unbedeutender Rückgang der Akzeptkredite zu verzeichnen. Zweifellos ist dies eine Auswirkung des Mitte Oktober vom Zentralbankrat der Bank deutscher Länder gefaßten Beschlusses, Bankakzepte nur noch dann zu diskontieren oder zu lombardieren, wenn das Akzeptkreditvolumen der betreffenden Bank (mit Ausnahme der der Export- und Erntefinanzierung dienenden Kredite) auf dem Stande vom 12. Oktober 1950 gehalten oder, im Falle der Überschreitung auf Grund bestimmter Zusagen, bis zum 31. Dezember 1950 auf diesen Stand zurückgeführt wird. Die Kreditexpansion vollzog sich im November daher zur reichlichen Hälfte in der Form des Wechseldiskontkredits und zum anderen Teil in der Form des Kontokorrentkredits. Die Ausdehnung besonders der Wechseldiskontkredite beruht dabei teilweise auf Krediten im Rahmen von Sonderprogrammen, hinter denen Refinanzierungszusagen des Zentralbanksystems stehen. So erhöhten sich die

¹⁾ Abgeschlossen am 21. Dezember 1950. — ²⁾ Seite 2 unten.

Die Entwicklung der Akzeptkredite
bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)
in Mill. DM

Zeit	Kredite an Nichtbanken insgesamt	darunter Akzeptkredite
1950 Juni	+ 132,9	— 48,7
1. Juli-Hälfte	— 94,5	— 2,1
2. Juli-Hälfte	— 10,7	— 9,6
1. August-Hälfte	— 30,6	— 27,8
2. August-Hälfte	— 189,1	+ 51,9
1. September-Hälfte	— 199,0	+ 46,5
2. September-Hälfte	+ 282,5	+ 147,6
1. Oktober-Hälfte	+ 179,4	+ 128,8
2. Oktober-Hälfte	+ 283,6	+ 74,9
1. November-Hälfte	+ 111,5	+ 20,8
2. November-Hälfte	+ 165,6	— 11,0

Kredite im Rahmen des Schiffbauprogramms im Laufe des Monats November um rd. 30 Mill. DM (auf 130 Mill. DM), der Konsortialkredit für Getreideeinlagerung 1950/51 um 41 Mill. DM (auf 93 Mill. DM), und der Umlauf an Solawechseln für Exportkredite um 11 Mill. DM (auf 68 Mill. DM). Die Refinanzierungszusage des Zentralbanksystems beträgt im ersten Fall 190 Mill. DM, im zweiten Fall 500 Mill. DM und im dritten Fall 400 Mill. DM. Die Beanspruchung des Zentralbanksystems aus diesen Zusagen blieb indessen zum Teil beträchtlich hinter der Summe der von den Geschäftsbanken für die erwähnten Zwecke gewährten Kredite zurück. Bei der Beurteilung der Kreditentwicklung der letzten Wochen ist ferner in Betracht zu ziehen, daß sie teilweise unter dem Einfluß des erhöhten Kreditbedarfs stand, den die Vorbereitung auf das

Weihnachtsgeschäft namentlich im Einzelhandel mit sich bringt. Auch der Zwang, für Einfuhrbewilligungsanträge 50 vH der Antragssumme auf Asservatenkonto bei den Landeszentralbanken einzuzahlen, hat, da die Rückflüsse aus dem Bardepot noch weit hinter den Neueinzahlungen zurückblieben, in den letzten Wochen einen ziemlich starken Kreditbedarf hervorgerufen, wenn auch das Bardepot in überraschend großem Umfang auch aus eigenen Mitteln der Importeure aufgebracht worden sein soll. Die das Bardepot enthaltenden Asservatenkonten der Landeszentralbanken sind von Ende Oktober bis zum 7. Dezember 1950 von 131 Mill. DM auf 394 Mill. DM gestiegen, was etwa 70 vH der (geschätzten) Zunahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite bei den Geschäftsbanken entspricht und diese, geldpolitisch betrachtet, also etwa in diesem Umfang neutralisiert hat.

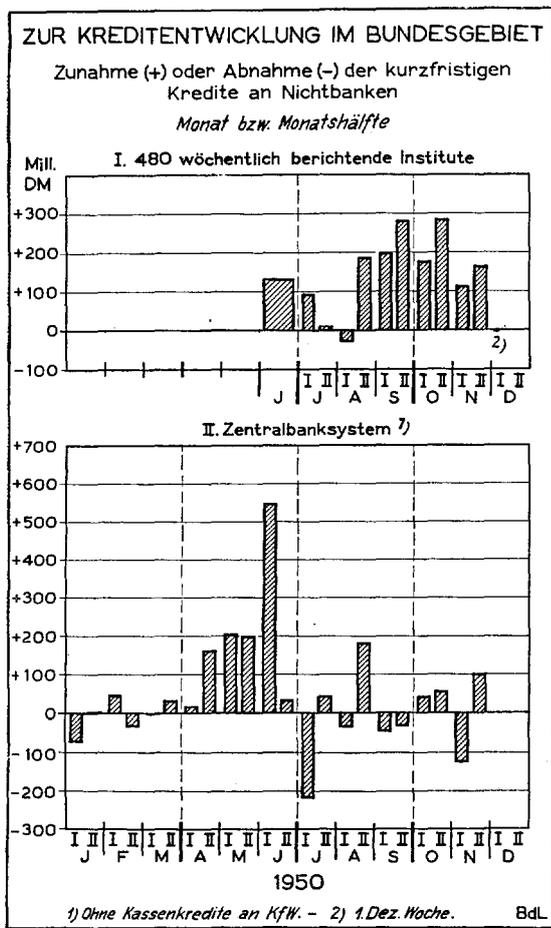
Die — gewöhnlich sehr niedrigen — Kredite der Geschäftsbanken an öffentliche Stellen haben sich im November, wie schon in den Vormonaten, nur wenig verändert; bei den 480 wöchentlich berichtenden Geldinstituten haben sie leicht abgenommen. Auch die Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen sind im November per Saldo leicht (um 25 Mill. DM) zurückgegangen, nachdem im Vormonat infolge von Schatzwechselabgaben der Geschäftsbanken eine Erhöhung um 94 Mill. DM zu verzeichnen gewesen war. Der Rückgang im November geht insbesondere darauf zurück, daß die Bestände des Zentralbanksystems an Schatzwechseln der Bundesverwaltungen (ein-

Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems¹⁾

Kreditzunahme (+) bzw. -abnahme (—)
in Mill. DM

Banken bzw. Kredite	1950									
	Juli	Aug.	Sept.	Oktober		November				Dez.
				1. Hälfte	2. Hälfte	1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	1. Woche
I. 480 Repräsentativ-Institute										
Kredite an Wirtschaft und Private	+ 136	+ 188	+ 510	+ 290	+ 260	+ 41	+ 64	+ 76	+ 106	+ 22
Kredite an öffentliche Hand	— 31	— 29	— 28	— 111	+ 24	— 2	+ 9	— 18	+ 1	— 29
gesamt	+ 105	+ 159	+ 482	+ 179	+ 284	+ 39	+ 73	+ 58	+ 107	— 7
II. Alle monatlich berichtenden Geschäftsbanken										
Kredite an Wirtschaft und Private	+ 235	+ 260	+ 675 ²⁾	+ 682				+ 370 ³⁾		
Kredite an öffentliche Hand	— 61	— 50	+ 7	— 69				— 20 ³⁾		
gesamt	+ 174	+ 210	+ 682 ²⁾	+ 613				+ 350 ³⁾		
III. Zentralbanksystem										
Kredite an öffentl. Stellen (einschl. KfW) und Direktkredite an die Wirtschaft	— 186	+ 232	— 27	+ 168				+ 76		— 40

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen beruhen auf nachträglich eingegangenen Korrekturmeldungen. — ²⁾ Nach Ausschaltung von statistisch bedingten Veränderungen. — ³⁾ Schätzung auf Grund der Ergebnisse der wöchentlichen Repräsentativ-Statistik.



schließlich Bundesbahn) um 87 Mill. DM vermindert werden konnten, während sich andererseits die Bestände an Länderschätzwechseln nur leicht (um 16 Mill. DM) erhöhten. Die Kassenkredite an Bundesverwaltungen und Länder nahmen zusammen um rd. 52 Mill. DM zu. Der Kreditplafond der Bundesregierung bei der Bank deutscher Länder war Ende November mit 1 146 Mill. DM (gegen 1 128 Mill. DM Ende Oktober) ausgenutzt.

Ungewöhnlich stark haben in letzter Zeit die mittel- und langfristigen Kredite der Geschäftsbanken zugenommen. Zahlen für November liegen hier — außer für die Kredite aus counterpart funds und die sonstigen Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau — zwar noch nicht vor. Im Oktober aber wurde mit einer Zunahme von 491 Mill. DM die größte bisher in einem Monat verzeichnete Steigerung der längerfristigen Kredite erreicht. Aus counterpart funds wurden dabei 101 Mill. DM lang-

fristige Kredite gewährt¹⁾, und weitere 79 Mill. DM wurden durch Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems im Rahmen der festgelegten Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramme ermöglicht, nämlich durch Kassenkredite in Höhe von 68 Mill. DM an die Kreditanstalt für Wiederaufbau und durch Ankauf von Ausgleichsförderungen der Geldinstitute des langfristigen Kredits in Höhe von 11 Mill. DM. Die mittel- und langfristigen Kredite, die die Geschäftsbanken — vor allem Sparkassen und Grundkreditinstitute — im Rahmen ihres normalen Geschäfts gewährten, beliefen sich danach im Oktober auf 311 Mill. DM. Ihnen stand folgendes Aufkommen an endgültigen Finanzierungsmitteln gegenüber: Die Zunahme der Spareinlagen um 71 Mill. DM (gegen 26 Mill. DM im September), von der etwa 46 Mill. DM auf Sparkonten bei Sparkassen entfallen, ferner rd. 31 Mill. DM Absatz von Bankschuldverschreibungen und schließlich rd. 115 Mill. DM längerfristige Gelder von öffentlichen und sonstigen Stellen — insgesamt also rd. 217 Mill. DM²⁾. Da aber, wie erwähnt, von den langfristigen Krediten 79 Mill. DM auf Vorfinanzierung durch das Zentralbanksystem beruhten, ergibt sich, daß die längerfristige Kreditgewährung im Oktober um insgesamt 173 Mill. DM (gegen 118 Mill. DM im September und 193 Mill. DM im August) über die Sparkapitalbildung hinausgegangen ist.

Im November hat sich die Besserung des Aufkommens an Sparkapital, die für den Oktober kennzeichnend war, anscheinend nicht weiter fortgesetzt. Der Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten war im Gegenteil, wenigstens bei den 480 wöchentlich berichtenden Instituten, um etwa ein Drittel geringer; er zeigte dabei von Woche zu Woche einen — allerdings wohl großenteils saisonbedingten — Rückgang³⁾. Der Absatz von Wertpapieren entsprach im November ungefähr dem des Vormonats; er betrug rd. 44

¹⁾ Daneben wurden 11 Mill. DM über die Bundeshauptkasse und weitere 11 Mill. DM für Berlin zur Verfügung gestellt. Die branchenmäßige Verteilung der Kredite aus counterpart funds ist aus der Übersicht im Statistischen Teil zu ersehen.

²⁾ Der Spareinlagenzuwachs wird hierbei, abweichend von den tatsächlichen Verhältnissen, als voll zu langfristiger Ausleihung gelangend angenommen, um so die Nichtberücksichtigung der statistisch lediglich vierteljährlich bekannt werdenden Termineinlagen mit mindestens 6-monatiger Laufzeit, die eigentlich in die Rechnung eingesetzt werden müßten, auszugleichen.

³⁾ Der für die letzte November-Woche ausgewiesene Rückgang der Spareinlagen um 0,8 Mill. DM geht allerdings auf eine Umbuchung bei einem Institut zurück; ohne diese wäre ein kleiner Einzahlungsüberschuß zu verzeichnen gewesen.

Mittel- und langfristige Kredite und Aufkommen längerfristiger Mittel ¹⁾

Monatliche Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)
in Mill. DM

Monat	Mittel- und langfristige Kredite ²⁾	Längerfristige Mittel	davon				Überschuß der längerfristigen Kredite über die längerfristigen Mittel	Für längerfristige Ausleihungen aufgenommene Vorfinanzierungsmittel des Zentralbanksystems
			counterpart funds	Spar-einlagen	durchlaufende Kredite	Sonstige Mittel		
1950 Juli	+ 343,2	+ 256,0	+ 168,2	+ 26,6	+ 35,0	+ 26,2	+ 87,2	— 13,6
August	+ 472,0	+ 278,6	+ 111,9	+ 14,8	+ 69,9	+ 82,0	+ 193,4	+ 93,6
September	+ 413,0	+ 295,2	+ 111,6	+ 25,9	+ 63,3	+ 94,4	+ 117,8	+ 64,9
Oktober	+ 491,3	+ 318,2	+ 101,3	+ 70,8	+ 73,7	+ 72,4	+ 173,1	+ 79,2

¹⁾ Nur Kredite an Nichtbanken bzw. von Nichtbanken stammende Mittel. — ²⁾ Einschließlich Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG. und einschließlich durchlaufender Kredite.

Mill. DM, worunter sich 25 Mill. DM Schuldverschreibungen von Banken (gegen 27 Mill. DM im Vormonat) befanden. Demgegenüber waren die Kredite aus counterpart funds im November mit insgesamt 152 Mill. DM — davon 140 Mill. DM im Bundesgebiet — gegenüber dem Vormonat etwas reichlicher, und auch die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms nahmen mit 101 Mill. DM, gestützt auf die Bank deutscher Länder, stärker als im Vormonat zu. Auch für die sonstigen Geldinstitute ist nach dem bisherigen Eindruck anzunehmen, daß die längerfristigen Kredite infolge der Bindung an gegebene Kreditzusagen wieder rascher als die Geldkapitalbildung gewachsen sind. Seit der Jahresmitte 1950 (von Juli bis einschließlich November) haben die langfristigen Kredite der Banken infolgedessen die Expansion der Geldversorgung, die normalerweise nur von den kurzfristigen Krediten auszugehen pflegt, um etwa 0,75 Mrd. DM verstärkt. Da die kurzfristigen Kredite in diesem Zeitraum um rd. 2 Mrd. DM wuchsen, hat somit die Kreditgewährung insgesamt mit etwa 2,75 Mrd. DM expansiv gewirkt.

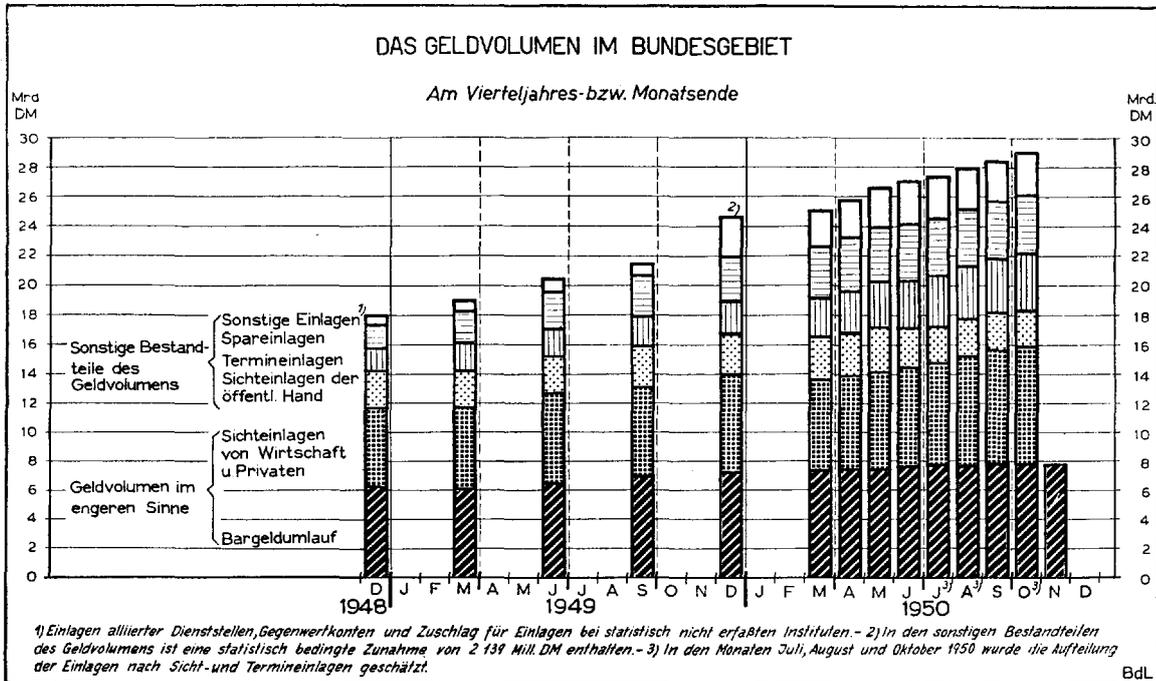
Die Außenhandelsfinanzierung hat demgegenüber seit der Jahresmitte 1950 ständig, und zwar bis Oktober in steigendem Maße, Geld absorbiert, denn die Passivität der Handelsbilanz hatte starke Devisenabgänge zur Folge. Die Einzahlungsüberschüsse, die im wesentlichen der Finanzierung von Devisenkäufen dienten, hatten bei der Bank deutscher Länder im September 455 Mill. DM und im Oktober 463 Mill. DM betragen; ihnen hatte eine Zu-

nahme der — für Akkreditive gebundenen — Auslandsguthaben der privaten Außenhandelsbanken in Höhe von 90 bzw. 125 Mill. DM gegenübergestanden. Im November hat sich nun erstmals seit Monaten der Einzahlungsüberschuß wieder vermindert, und zwar sank er bei der Bank deutscher Länder außerordentlich stark auf 62 Mill. DM, während die privaten Außenhandelsbanken erstmals Devisenabgänge in Höhe von etwa 75 Mill. DM verzeichneten. Faßt man die Zahlungsvorgänge bei der Bank deutscher Länder und bei den Außenhandelsbanken zusammen, so ist die buchmäßige Geldabsorption durch den Außenhandel im November auf etwa 140 Mill. DM (= etwa 40 vH der Beträge in den beiden Vormonaten) zurückgegangen. Diesem Rückgang des Einzahlungsüberschusses im Außenhandel steht allerdings, was die Belastung der liquiden Mittel der Wirtschaft anlangt, das bereits erwähnte Anschwellen der Bardepots bei den Landeszentralbanken um 191 Mill. DM (auf 322 Mill. DM) gegenüber. Alles in allem, d. h. unter Einschluß der Bardepots, hat die Zahlungsabwicklung des Außenhandels in den fünf Monaten Juli bis November geldpolitisch um etwa 1,3 Mill. DM kontraktiv gewirkt, was allerdings nur besagt, daß in Höhe der Devisenabgänge die nachfragesteigernde Wirkung der Kreditexpansion nicht auf dem Binnenmarkt, sondern auf den Auslandsmärkten zur Geltung gekommen ist.

Die Einlagenbildung war im November, wenn man die Zunahme der Bardepots bei den Landeszentralbanken (die im Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken unter den „sonstigen

inländischen Einlagen“ enthalten sind) außer Betracht läßt, im Vergleich sowohl zur Kreditsteigerung wie auch im Vergleich zum Vormonat recht gering. Die 480 wöchentlich berichtenden Banken verzeichnen — trotz des bis zur Monatsmitte relativ guten Einlagenzustroms — im ganzen Monat November eine Steigerung der Einlagen um nur 96 Mill. DM (gegen 491 Mill. DM im Oktober). Die gesamte Einlagenbildung bei den Geschäftsbanken dürfte danach im November kaum mehr als 150 Mill. DM betragen haben.

folgenden Übersicht (S. 6) ersichtlichen Betrag von 66 Mill. DM zugenommen, was bedeutet, daß die mit den Hilfslieferungen zusammenhängenden Geldbewegungen im November kontraktiv gewirkt haben. Die Kassenmittel der Wirtschaft haben jedenfalls im November trotz der noch immer beträchtlichen Kreditexpansion nicht mehr zugenommen, sondern im Gegenteil eher abgenommen, zumal auch der Bargeldumlauf geringfügig zurückgegangen ist. Insgesamt hat in dem erwähnten Zeitraum Juli bis November die



Bemerkenswert ist, daß bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken ausschließlich die Einlagen öffentlicher Stellen gewachsen sind (+ 99 Mill. DM), während die von Wirtschaftsunternehmen und Privaten — ohne Spareinlagen — leicht zurückgingen (— 26 Mill. DM). Auch bei den Giroeinlagen im Zentralbanksystem wuchsen die Einlagen deutscher öffentlicher Stellen¹⁾ (+ 55 Mill. DM), aber diese Bewegung steht wohl mit der Abnahme der Giro Guthaben alliierter Stellen (— 99 Mill. DM) in Zusammenhang. Im übrigen haben im Zentralbanksystem die Gegenwertkonten — unter Einschluß der auf den betreffenden Konten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Industriebank gehaltenen Mittel — per Saldo um den aus der

Einlagenbildung (ohne den im vorliegenden Zusammenhang als Geldkapitalbildung betrachteten Spareinlagenzuwachs) rd. 2 Mrd. DM betragen. Bei nahezu unverändertem Bestand an Giroeinlagen im Zentralbanksystem¹⁾ und bei praktisch ebenfalls gleichgebliebenem Banknotenumlauf vollzog sich diese Einlagenbildung restlos bei den Geschäftsbanken, und zwar zu neun Zehnteln auf Konten von Wirtschaftsunternehmen und Privaten und zu einem Zehntel auf Konten öffentlicher Stellen.

Die Liquidität der Geschäftsbanken hat im November — global betrachtet — eine im Vergleich zu den Vormonaten nur geringe Beengung erfahren. Wie die nachfolgende Übersicht (S. 7) zeigt, verloren die Banken durch die Finanzierung der Geldströme zwischen Zentralbank-

¹⁾ Einschließlich der zu zeitweiliger Anlage freier Gelder an öffentliche Stellen abgegebenen Ausgleichsforderungen, ausschließlich Gegenwertkonten.

¹⁾ Einschließlich abgegebener Ausgleichsforderungen.

Die Bildung von Gegenwertfonds und ihre Verwendung
Beträge in Mill. DM

	1950			
	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	Oktober	November
A. Geldeingänge auf den Gegenwertkonten				
1. GARIOA-Konten	465,4	539,5	51,9	119,4
2. ERP-Konten	452,7	208,5	89,2	119,2
3. STEG-Konten	—	3,5	—	—
A. insgesamt (1 + 2 + 3)	918,1	751,5	141,1	238,6
B. Geldausgänge auf den Gegenwertkonten¹⁾				
1. GARIOA-Konten				
für Berlin-Hilfe und sonstige Zahlungen nach Berlin	60,0	75,0	38,0	20,0
Restausfuhrzahlungen	7,5	54,5	—	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	100,0	60,0	—	—
zusammen	167,5	189,5	38,0	20,0
2. ERP-Konten				
Investitionskredite	380,0	720,0 ²⁾	—	—
Kreditanstalt für Wiederaufbau	(338,6)	(630,0)	—	—
Industriebank AG Berlin	(41,4)	(70,0)	—	—
Care, Cralog	12,2	4,2	—	0,4
Bundesregierung	—	53,0	—	—
Ziehungsrechte ³⁾	— 2,0	60,0	—	—
zusammen	390,2	837,2	—	0,4
3. STEG-Konten				
für Besatzungswohnungsbau	1,4	—	—	—
B. insgesamt (1 + 2 + 3)	559,1	1 026,7	38,0	20,4
Tatsächlicher Abfluß der in B enthaltenen Investitionskredite aus dem Zentralbanksystem:				
Freigegebene Investitionskredite	380,0	720,0	—	—
Tatsächlicher Abruf aus der Bank deutscher Länder	368,8	469,4	123,6	152,1
Überschuß der Freigaben (—)	— 11,2	— 250,6	—	—
Überschuß der Abrufe (+)	—	—	+ 123,6	+ 152,1
B 1 Modifizierte Geldausgänge				
Geldausgänge (siehe B)				
zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die laufenden Freigaben	547,9	776,1	161,6	172,5
bzw. abzüglich des Überschusses der laufenden Freigaben über die Abrufe				
C. Saldo aus A und B 1				
Überschuß der Einzahlungen ins Zentralbanksystem	370,2	—	—	66,1
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	—	24,6	20,5	—

¹⁾ Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. — ²⁾ Darin enthalten: 20 Mill. DM vertorener Zuschuß für die Landwirtschaft (s. ERP-Programm), der wegen besonderer Bedingungen, die damit verknüpft sind, über die Bundeshauptkasse Bonn geleitet worden ist. — ³⁾ (—) bedeutet Gutschriften für einen Überschuß der empfangenen Ziehungsrechte über gegebene Ziehungsrechte.

system und Geschäftsbanken nur 27 Mill. DM Zentralbankgeld, während weitere 40 Mill. DM durch die Steigerung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls gebunden wurden. Die Verschuldung der Banken bei den Landeszentralbanken war daher Ende November mit 4 598 Mill. DM nicht wesentlich höher als Ende Oktober (4 504 Mill. DM), wobei der Unterschied zwischen dieser Zunahme und den oben erwähnten 67 Mill. DM auf Zufälligkeiten in der Disposition beruht, die ihrerseits durch die monatsdurchschnittliche Berechnung der Mindestreserven ermöglicht werden. Die einzelnen Faktoren, die den Banken Zentralbankgeld entzogen oder

zuführten, sind aus der nachstehenden Übersicht ersichtlich. Verknappend wirkte hauptsächlich das Anschwellen der Bardepots (191 Mill. DM), die den Abfluß übersteigende Bildung von Gegenwertmitteln (66 Mill. DM) und die leichte Zunahme der Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (55 Mill. DM). Verflüssigend wirkte andererseits, von dem geringfügigen Rückgang des Bargeldumlaufs abgesehen, vor allem die Refinanzierung der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Abwicklung der noch schwebenden Programme gewährten Arbeitsbeschaffungskredite durch die Bank deutscher Länder (101 Mill. DM), ferner die Abziehung alliierter Guthaben

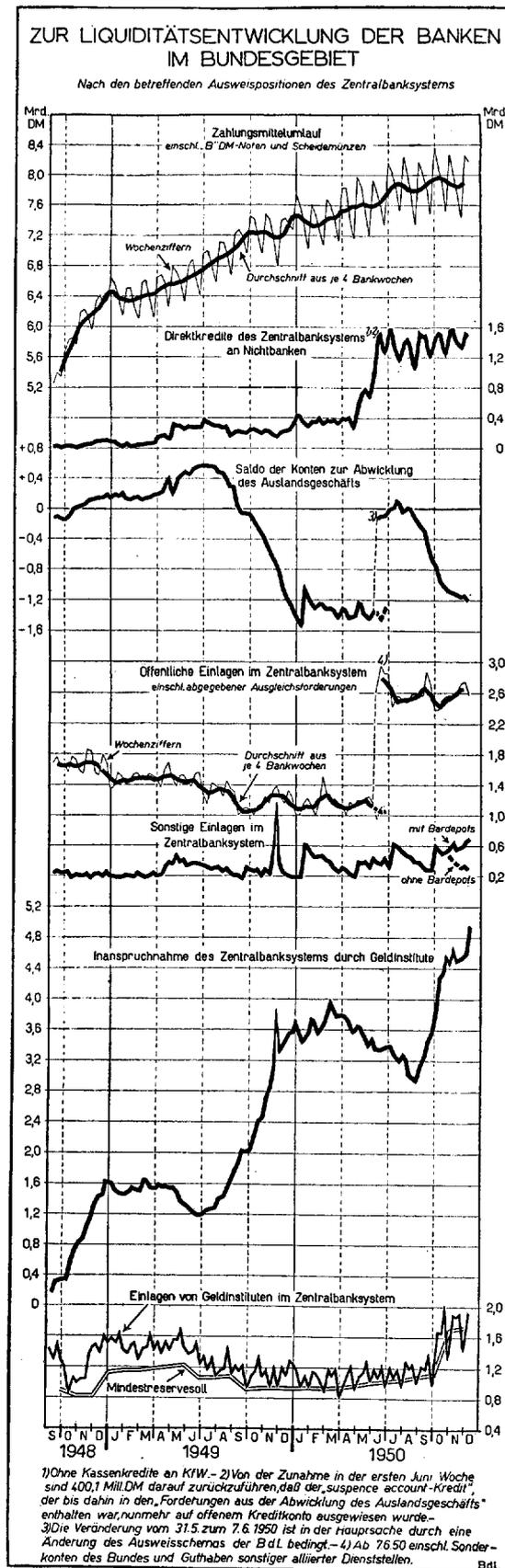
(99 Mill. DM) sowie ein in den „sonstigen Faktoren“ enthaltener größerer Rückgang der schwebenden Verrechnungen, d. h. der noch nicht auf speziellen Konten verbuchten, weil unterwegs befindlichen Giroeinlagen im Zentralbankensystem (132 Mill. DM). Die Überschußreserven der Banken blieben auch im November unverändert minimal (40 Mill. DM = 2,3 vH des Reserve-Solls gegen 50 Mill. DM im Oktober), wobei allerdings auch im November — wie schon im Oktober — eine erhebliche Anzahl

*Die wesentlichsten Bestimmungsfaktoren der Primärliquidität der Geschäftsbanken *)*

nach dem Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken, in Mill. DM
(Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an)

	1950		
	3. Vierteljahr	Okt.	Nov.
Die Liquiditätsbestimmenden Faktoren (ohne die untenstehende Erhöhung des Reserve-Solls)			
1. Noten- und Münzumschlag	- 196	+ 88	+ 22
2. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken a) deutsche öffentliche Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Sonderkonten des Bundes)	+ 97	+ 84	- 55
b) Sonderkonten des Bundes	+ 339	- 196	- 224
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	+ 158	- 4	+ 99
d) Sonstige Einlagen (darunter: ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank, Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen)	- 258	+ 24	- 56
3. Zentralbankkredite an Nichtbanken	- 109	+ 100	- 25
4. Kredite wegen Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm über die Kreditanstalt für Wiederaufbau	+ 128	+ 68	+ 101
5. Münzgewinnumschlag zugunsten des Bundes	+ 142	+ 12	+ 18
6. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts ¹⁾	- 684	- 380	- 62
7. Sonstige Faktoren, netto	- 12	- 80	+ 155
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	- 395	- 284	- 27
Kreditnahme und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbankensystem			
Erhöhung der Reserveguthaben (Erhöhung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls)	41	379	67
Erhöhung der Kredite ²⁾	(+ 85)	(+ 575)	(+ 40)
zusammen	395	284	27

*) Enthält noch Vorkonten der GARIOA- und ERP-Funds, aus denen im Oktober 75 Mill. DM auf GARIOA-Sonderkonto des Bundes (obige Ziff. 2 b) übertragen wurden. — ²⁾ Einschließlich der vom Zentralbankensystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten — ³⁾ Vergleiche Anmerkung *) im Septemberheft 1950, Tabelle Seite 12.



von Geldinstituten ihr Reserve-Soll nicht erfüllte. Insgesamt betrug die Reserveunterschreitungen im Oktober 14 Mill. DM und im November 15 Mill. DM (= etwa 0,9 vH des Reserve-Solls) gegenüber nur 3 bis 5 Mill. DM in allen vorhergehenden Monaten bis einschließlich September 1950. Die erneute Zunahme der Reserveunterschreitungen im November mag teilweise mit der Herabsetzung des Sonderzinses auf Reservefehlbeträge, der ab November von 3% auf 1% über Lombardsatz ermäßigt wurde, in Zusammenhang gestanden haben. Der Zentralbankrat hat daher mit Wirkung ab Januar 1951 den alten Sonderzins von 3% über Lombardsatz wiederhergestellt.

Die Sekundärliquidität der Banken, d. h. vor allem ihr Wechselbestand, hat sich gegenüber dem Höchststand von Ende August (2,53 Mrd. DM) bis Ende Oktober (dem letzten Stichtag, für den die Ergebnisse der monatlichen Bankenstatistik vorliegen) um reichlich 300 Mill. DM auf 2,20 Mrd. DM vermindert. Gleichzeitig stiegen die Indossamentsverbindlichkeiten von 2,14 Mrd. DM Ende August auf 2,76 Mrd. DM Ende Oktober — also um mehr als 600 Mill. DM —, und der Akzeptumlauf wuchs in der gleichen Zeit von 1,37 Mrd. DM um ebenfalls knapp 600 Mill. DM auf 1,94 Mrd. DM. Im November dürften sich zwar weder der Akzeptumlauf noch die Indossamentsverbindlichkeiten wesentlich verändert haben, dagegen scheint der Wechselbestand durch die Neueinräumung von Wechseldiskontkrediten leicht zugenommen zu haben. Im Verhältnis zur Summe der Einlagen von Nichtbanken dürfte der heute noch verfügbare Wechselbestand rd. 13 vH ausmachen, während er Ende August 16 vH und Ende März 14 vH betragen hatte. Die Zahlen zeigen, daß

die Banken — global betrachtet — also noch immer über eine verhältnismäßig hohe Sekundärliquidität verfügen, die ihnen den Rückgriff auf das Zentralbanksystem zumindest solange ermöglicht, als dieses zu einer Erweiterung seines Wechselkredits bereit ist, und daß mit der Erweiterung der Wechselkredite der Geschäftsbanken der Bestand an rediskontfähigem Material dauernd ergänzt wird. Um die Expansion des Geschäftsbankenkredits wirksam abzubremsen, bedurfte es daher ergänzend zu der Erhöhung der Mindestreserven und der Diskonterhöhung der Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten, die der Zentralbankrat besonders für die Hereinnahme von Bankakzepten, aber auch für die Hereinnahme sonstiger Wechsel, angeordnet hat.

Die Frage der Neuregelung der Habenzinsen, die infolge der Diskonterhöhung akut geworden war, fand nach längeren und schwierigen Verhandlungen Anfang Dezember ihre Regelung. Erhöht wurden die Zinssätze für Spareinlagen um $\frac{1}{2}\%$; sie betragen nunmehr für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 3%, mit Kündigungsfrist von 6 bis weniger als 12 Monaten $3\frac{1}{2}\%$ und mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber $4\frac{1}{2}\%$. Stärker erhöht wurden die Sätze für Kündigungs- und Festgelder, und zwar je nach Laufzeit und Betrag um $\frac{5}{8}\%$ — $1\frac{1}{2}\%$ p. a.; der höchste hier erzielbare Zinssatz beträgt nunmehr 5%, und zwar für Beträge von mindestens 50 000 DM bei einer Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von mindestens 12 Monaten. Unverändert blieben die Zinssätze für täglich fällige Giroeinlagen. Im einzelnen sind die neuen Habenzinssätze der einzelnen Länder aus der Übersicht im Statistischen Teil zu ersehen.

Öffentliche Finanzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte war im November 1950 weiter relativ günstig, da sich die Kasseneinnahmen, der allgemeinen Konjunkturentwicklung entsprechend, zumeist weiter erhöhten und infolgedessen, wie in den Vormonaten, über den Ausgaben lagen. Nur bei den Länderhaushalten, die zur Zeit das schwächste Glied der öffentlichen Finanzen bilden, ergab sich aus zahlungstechnischen Gründen wiederum

ein nicht unbeträchtliches Kassendefizit, zumal auf Grund des vierteljährlichen Zahlungsrhythmus bei der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer der November ebenso wie der Oktober ein „schwacher“ Steuermonat ist. Auf der anderen Seite wies jedoch die Soforthilfe auf Grund des ihr eigentümlichen Einnahmerhythmus im November einen besonders hohen Überschuß auf, und auch die seit einiger Zeit

günstige finanzielle Entwicklung der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung scheint im November von der Verschlechterung der Beschäftigungslage noch kaum berührt worden zu sein. Als symptomatisch für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im November kann jedenfalls gelten, daß die öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem (einschließlich der zurückerworbenen Ausgleichsforderungen und der im Geldmarkt angelegten Mittel, aber nach Abzug der Gegenwertkonten sowie der Guthaben der Hohen Kommissare und sonstiger alliierter Dienststellen) von rd. 1 253 Mill. DM auf rd. 1 335 Mill. DM gestiegen sind, während gleichzeitig die der öffentlichen Hand gewährten Zentralbankkredite (nach Ausschaltung eines Kredits an die Kreditanstalt für Wiederaufbau) um rd. 21 Mill. DM abgenommen haben.

Im Bundeshaushalt ist im November, zumindest in der laufenden Rechnung, ebenfalls wieder ein leichter Überschuß erzielt worden. In der Entwicklung der Bundesschuld spiegelt sich dieses Resultat im Gegensatz zu den Vormonaten dieses Mal allerdings nicht wider, da der Bund im November außerhalb der laufenden Rechnung wiederum 75 Mill. DM für die Abdeckung des noch unbezahlten Teils der Bundesgetreidereserve auf die Gegenwertkonten einzuzahlen hatte und zu diesem Zwecke in gewissem Umfang Kassenkredite aufnahm, während die Mittel für die im September und Oktober fällig gewesenen ersten beiden Tranchen dieser Abdeckung (beide ebenfalls in Höhe von je 75 Mill. DM) durch den Verkauf von Bundesbahnanleihe bzw. durch Rückgriff auf das GARIOA-Sammelkonto aufgebracht worden waren. Die ausstehende Bundesschuld war infolgedessen Ende November mit 1 349 Mill. DM um rd. 18 Mill. DM höher als Ende Oktober. Wie man sieht, blieb die Verschuldungszunahme damit aber erheblich hinter dem — außerhalb des Haushalts entstandenen — Finanzbedarf in Höhe von 75 Mill. DM zurück. 10 Mill. DM der Differenz konnten durch Rückgriff auf das ECA-Abwicklungskonto, das die Zinseingänge für die aus dem Gegenwert-Sondervermögen des Bundes gewährten Kredite enthält, gedeckt werden, und für den dann noch verbleibenden Rest von 47 Mill. DM standen laufende Haushaltsein-

nahmen zur Verfügung. Auf diesen Betrag ist also der laufende Kassenüberschuß im November zu veranschlagen. Der Bund hat damit nunmehr vier Monate hintereinander Kassenüberschüsse erzielt, während er in den vorangegangenen vier Monaten des gegenwärtigen Rechnungsjahres durchweg mehr oder weniger hohe Kassendefizite aufgewiesen hatte. Der Größenordnung nach

Zur Entwicklung der Bundesfinanzen
Außerordentliche Deckungsmittel
in Mill. DM

Art und Verwendung	1950		
	April/Juli	Aug./Nov.	April/Nov.
I. Beschaffung außerordentlicher Deckungsmittel			
<i>Beschaffung (+), Abdeckung (-)</i>			
1. Verschuldungszunahme	+ 1 218,7	- 105,7	+ 1 113,0
2. Rückgriff auf den Kassenbestand	+ 25,2	—	+ 25,2
3. Verkauf von Anleihen	+ 260,0	+ 75,0	+ 335,0
4. Inanspruchnahme des ECA-Abwicklungskontos	+ 74,0	+ 36,0	+ 110,0
5. Inanspruchnahme des GARIOA-Sammelkontos	—	+ 75,0	+ 75,0
Summe	+ 1 577,9	+ 80,3	+ 1 658,2
II. Verwendung der Mittel			
1. Zur Finanzierung des Kassendefizits im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt	1 070,9	- 144,7 ²⁾	926,2
2. Für Einzahlungen auf Gegenwertkonten			
a) Abdeckung von Defiziten	507,0 ¹⁾	—	507,0
b) Bezahlung der Bundesgetreidereserve	—	225,0	225,0
Summe	1 577,9	80,3	1 658,2
¹⁾ Eingezahlt wurden am 15. Juni 1950 527,0 Mill. DM (vgl. Tabelle im Monatsbericht für September, S. 14). Davon dienten jedoch 20 Mill. DM der Abdeckung rückständiger Subventionsverpflichtungen. Da es sich dabei also um eigentliche Haushaltsausgaben handelte, wurden sie hier von dem ursprünglichen Betrag in Höhe von 527 Mill. DM abgesetzt. — ²⁾ Kassenmäßiger Überschuß.			

bleiben die bisher zu verzeichnenden Überschüsse in Höhe von insgesamt etwa 145 Mill. DM allerdings noch ganz erheblich hinter dem in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres aufgelaufenen Defizit von rd. 1 071 Mill. DM zurück, wobei — wie aus der vorstehenden Tabelle hervorgeht — die haushaltsfremden Zahlungen, die der Bund zur Glattstellung der Gegenwertkonten zu leisten hatte, noch nicht einmal be-

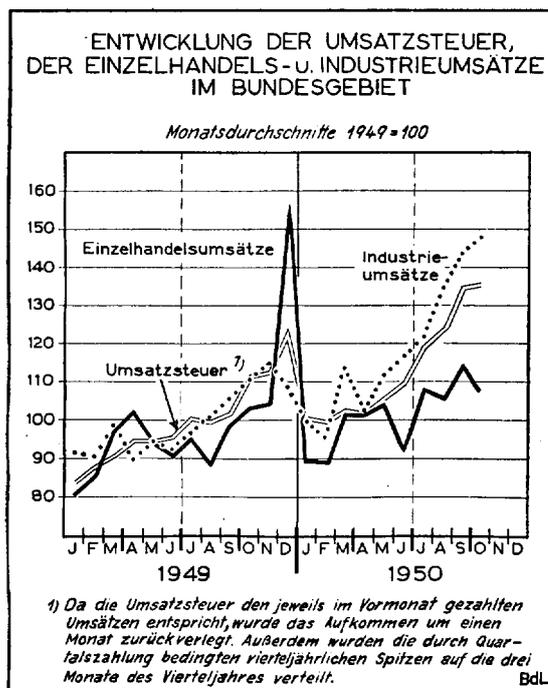
rücksichtigt sind. Auch das in den Voranschlägen für 1950/51 in Rechnung gestellte Defizit von 709 Mill. DM (davon 300 Mill. DM für die Subventionierung der Lebensmitteleinfuhr und 409 Mill. DM für Investitionsausgaben) wird vorläufig noch um rd. 217 Mill. DM übertroffen.

Geht man den Ursachen der seit einigen Monaten zu verzeichnenden Besserung der Bundesfinanzen nach, so ist die ständige Erhöhung der Steuereinnahmen zweifellos die bei weitem wichtigste. Nach den nunmehr vorliegenden endgültigen Ziffern hat der Bund im Oktober Steuereinnahmen in Höhe von rd. 928 Mill. DM aufgewiesen, d. h. etwa 265 Mill. DM mehr als im Monatsdurchschnitt des ersten Viertels des laufenden Rechnungsjahres, und auch im November dürfte kaum ein wesentlicher Rückgang eingetreten sein, obwohl bei der Umsatzsteuer in diesem Monat keine Quartalszahlungen eingingen. Diese Entwicklung hängt in erster Linie damit zusammen, daß die wichtigsten Bundessteuern sehr schnell auf Konjunkturänderungen

vorangegangenen Monate um 18,2 vH und das der entsprechenden Vorjahrsmonate sogar um 25 vH überstieg, trifft aber auch für die dem Bund zustehenden Verbrauchsteuern und die Zölle zu, deren Erträge in den Monaten August bis Oktober insgesamt um 16,4 vH höher waren als in der entsprechenden Vorjahrszeit und auch das Aufkommen der drei vorangegangenen Monate um den gleichen Prozentsatz übertrafen. Die Zölle allein erbrachten dabei im Oktober mit 78,4 Mill. DM über 36 Mill. DM mehr als im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli. Außer den höheren Steuer- und Zolleinnahmen kam den Bundesfinanzen aber auch zugute, daß die Länder in den letzten Monaten nicht nur ihre laufenden Interessenquoten an bestimmten Bundesausgaben erfüllten, sondern in gewissem Umfang auch die Beträge erstatteten, die sie dem Bund noch auf Grund der Interessenquoten für die ersten Monate des laufenden Rechnungsjahres schulden.

Die Einnahmeseite des Bundeshaushalts wird sich aller Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten noch ziemlich günstig entwickeln. Die Aufkommenspitze der Umsatzsteuer ist erfahrungsgemäß erst für den Januar zu erwarten, weil sich erst dann das Weihnachtsgeschäft voll im Steuerertrag auswirkt. Aus saisonalen Gründen ist zunächst auch noch mit einem steigenden Verbrauchsteueraufkommen zu rechnen, ebenso wie die Zolleinnahmen fürs erste weiter wachsen dürften, da kaum anzunehmen ist, daß sich die zur Restriktion der Einfuhr getroffenen Maßnahmen vor Beginn des nächsten Jahres fühlbar auswirken werden. Endlich kann der Bund immer noch gewisse Zahlungen von Seiten der Länder à conto rückständiger Interessenquoten und zur Abdeckung des Fehlbetrages von 1949/50 erwarten. Ende September hatten jedenfalls die rückständigen Interessenquoten noch rd. 180 Mill. DM und die auf das vergangene Finanzjahr entfallenden rückständigen Verpflichtungen (vor allem für die Abdeckung des Fehlbetrags im Bundeshaushalt) noch rd. 247 Mill. DM betragen.

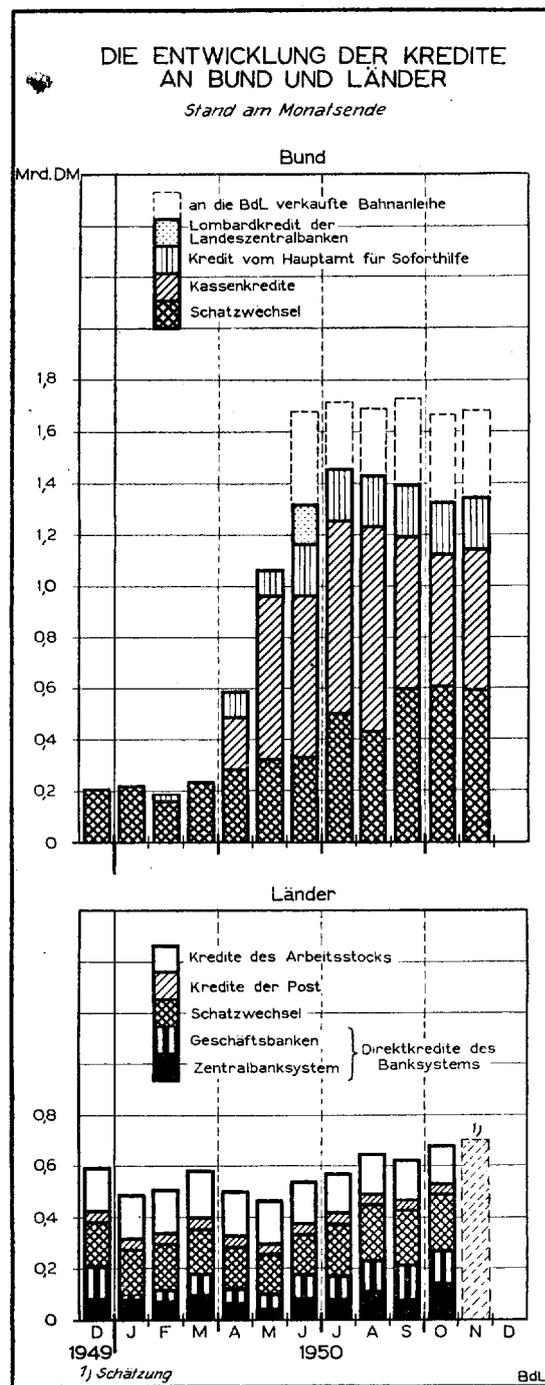
Auf der anderen Seite ist jedoch auch mit wesentlich höheren Ausgabeverpflichtungen des



reagieren und infolgedessen in den letzten Monaten rasch steigende Erträge zeitigten. Das gilt besonders von der bei weitem bedeutendsten Bundessteuer, der Umsatzsteuer, deren Aufkommen bereits im Durchschnitt der Monate August bis Oktober mit 417,2 Mill. DM das der drei

Bundes zu rechnen. Schon auf Grund der bisherigen Voranschläge ist anzunehmen, daß die Ausgaben in den restlichen Monaten des Rechnungsjahres eher höher sein werden als bisher, da die bisherige Ausgabenrate nicht ganz dem Betrag entsprach, der sich bei gleichmäßiger Verteilung der Ausgaben über das gesamte Haushaltsjahr errechnet. Vor allem aber dürften noch in diesem Rechnungsjahr gewisse zusätzliche Ausgaben unvermeidlich werden. Einmal sind hier die vor kurzem vom Bundestag beschlossenen Mehrausgaben für die Kriegsopferversorgung und die erweiterte Hilfeleistung an Berlin zu erwähnen. Zur Finanzierung der zusätzlichen Berlin-Hilfe ist mit Wirkung vom 1. Januar 1951 ab das Notopfer Berlin erhöht worden. Zur Deckung der verbesserten Kriegsopferversorgung ist von der Regierung in Aussicht genommen, eine Mineralölsteuer einzuführen, jedoch hat hierüber das Parlament noch keinen Beschluß gefaßt. Allerdings wird auch die Erhöhung der Versorgungssätze erst in Kraft treten, wenn die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel sichergestellt ist. Zu den eben erwähnten Mehrausgaben kommen schließlich die erhöhten Anforderungen an Besatzungskosten im Rahmen der europäischen Verteidigungsausgaben. Die Besatzungsmächte haben kürzlich in einem Nachtragshaushalt für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März 1951 zusätzliche Forderungen in Höhe von rd. 1,4 Mrd. DM angemeldet, wovon nach alliierten Angaben bereits im laufenden Rechnungsjahr rd. 650 Mill. DM verausgabt werden sollen. Wenn man dann noch an die im nächsten Finanzjahr an die Finanzverwaltung herantretenden Anforderungen denkt, so ist es wohl nicht müßig, zu betonen, daß eine Finanzierung durch Kreditausweitung der Notenbank nicht in Frage kommt. Jedenfalls ist für die Inangriffnahme größerer Ausgabenprojekte die Aufrechterhaltung eines durch erhöhte Steuern oder Anleihen ausgeglichenen Budgets und die Aufrechterhaltung einer durch knappe Geldpolitik stabilen Währung die unbedingte Voraussetzung. Die Bundesregierung und die Bank deutscher Länder haben anläßlich der EZU-Verhandlungen in Paris ihre Entschlossenheit zu einer Politik erklärt, die die Stabilität der Wäh-

rung sicherstellt. In jedem Falle gilt es jetzt, möglichst rasch neue Einnahmen zu erschließen und die Ausgaben nur in dem Maße wachsen zu lassen, in dem sie durch reguläre Einnahmen gedeckt werden können. Was die Erhöhung der Bundeseinnahmen anbelangt, so werden im Bundesfinanzministerium entsprechende Gesetzesvorlagen vorbereitet, wobei vor allem an Steuererhöhungen gedacht ist, die sich möglichst rasch



auswirken können. An der Beschleunigung dieser Maßnahme besteht ein vordringliches Interesse.

Die L ä n d e r h a u s h a l t e haben, wie bereits eingangs erwähnt, im November zusammen genommen offenbar wieder mit gewissen kassenmäßigen Fehlbeträgen abgeschlossen. Jedenfalls dürfte die kurzfristige Verschuldung der Länder im November um etwa 20 bis 25 Mill. DM zugenommen haben, während ihre bei den Landeszentralbanken unterhaltenen oder von diesen angelegten Mittel um rd. 50 Mill. DM zurückgingen. Liquiditätsmäßig war also zweifellos eine Tendenz zur Verschlechterung festzustellen. Was die Verschuldungszunahme anbelangt, so entfiel sie zum größten Teil auf die von den Landeszentralbanken gewährten Kassenkredite, die insgesamt von 144,7 Mill. DM am 31. Oktober auf 161,8 Mill. DM am 30. November stiegen, nachdem sie schon im Vormonat um fast 60 Mill. DM gewachsen waren. Diese Zunahme war zum Teil nur deshalb möglich, weil infolge der starken Einlagenerhöhung, die die Landeszentralbanken in den letzten beiden Monaten auf Grund der Mindestreserveverhöhung und der Bardepotstellung für Einfuhrbewilligungen verzeichneten, auch der auf 20 vH der Einlagen fixierte Kreditspielraum der Länder ziemlich beträchtlich gewachsen ist — eine Erweiterung, von der einzelne Länder sofort Gebrauch machten. Dem-

Die Inanspruchnahme des Kreditspielraums der Länder bei den Landeszentralbanken und die gesamte kurzfristige Verschuldung der Länder

Stand	Kreditspielraum bei den Landeszentralbanken	Bei den Landeszentralbanken in Anspruch genommene Kassenkredite	Gesamte kurzfristige Verschuldung der Länder	Anteil der Kassenkredite an der gesamten kurzfristigen Verschuldung
				Mill. DM
1950 30. Sept.	367,4	85,8	622,6	13,8
31. Okt.	455,3	144,7	679,7	21,2
30. Nov.	514,7	161,8	rd. 700,0 ¹⁾	23,1

¹⁾ Zum Teil geschätzt.

gegenüber gibt es freilich auch jetzt noch Länder, die Kassenkredite von den Landeszentralbanken überhaupt noch nicht in Anspruch zu nehmen brauchten, so vor allem Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Württemberg-Baden.

Der Hauptgrund dafür, daß die Länder, im ganzen genommen, im November wiederum ein

Kassendefizit aufwiesen, liegt zweifellos in der Tatsache, daß auf Grund des eingangs erwähnten vierteljährlichen Zahlungsrhythmus für zwei so wichtige Ländersteuern wie die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer die Einnahmen ebenso wie im Oktober relativ gering gewesen sein dürften, wenn auch genaue Angaben hierüber im Augenblick noch nicht vorliegen. Immerhin ist die Lage der Länderfinanzen auch ihrer Grundtendenz nach bisher noch wesentlich ungünstiger als die der Bundesfinanzen. Selbst wenn man nämlich die Monate September bis November zusammen betrachtet und auf diese Weise den Einfluß des vierteljährlichen Zahlungsrhythmus ausschaltet, ergibt sich für alle Länder zusammen noch immer eine gewisse Zunahme der Verschuldung und ebenso eine fühlbare Abnahme zumindest derjenigen Reserven, die im Zentralbanksystem unterhalten werden oder von diesem angelegt worden sind:

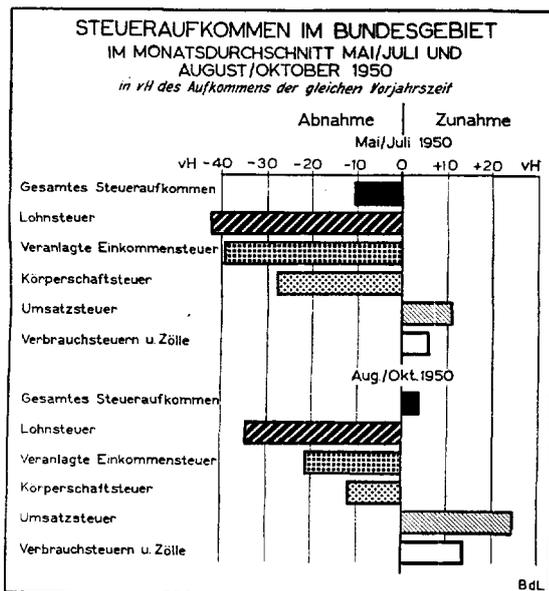
Zur Haushaltslage der Länder
in Mill. DM

Monat	Bei den LZB unterhaltene oder von den LZB angelegte Mittel	Gesamtverschuldung der Länder	Steueraufkommen der Länder
	Zunahme (+) oder Abnahme (-)		
1950 April	+ 77,7	- 79,8	609,0
Mai	- 105,1	- 32,4	416,9
Juni	- 83,9	+ 69,2	570,2
Juli	- 9,0	+ 37,7	291,2
August	- 118,4	+ 70,7	275,7
September	+ 70,6	- 25,4	730,5
Oktober	+ 65,0	+ 57,1	377,6
November	- 49,8	+ 20,0 ¹⁾	.

¹⁾ Schätzung.

Die Hauptursache hierfür bildet zweifellos der verhältnismäßig starke und überraschend nachhaltige Steuerausfall, der durch die im Mai erfolgte Senkung der Einkommensteuer entstanden ist. Die auf Grund dieser rückwirkend ab 1. Januar 1950 in Kraft getretenen Steuersenkung erfolgten Steuerrückerstattungen düften zwar im September im wesentlichen zum Abschluß gekommen sein, aber auch seitdem verharret das Steueraufkommen zum großen Teil auf einem niedrigeren Stande als ursprünglich erwartet wurde. So hat z. B. die Lohnsteuer nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen im Oktober nur 148,6 Mill. DM erbracht, während ohne die Steuersenkung sicherlich 200 Mill. DM

zu erwarten gewesen wären, wenn sich ihr Ertrag gegenüber dem Vorjahr (181 Mill. DM im Oktober) etwa ebenso entwickelt hätte wie das Beitragsaufkommen bei der Arbeitslosenversicherung. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Oktober durch nachträgliche Eintragungen erhöhter Freibeträge auf die Lohnsteuerkarten noch gewisse Erstattungen von in früheren Monaten überzahlten Beträgen vorgenommen wurden. Immerhin dürfte der bei weitem größere Teil des Ausfalls gegenüber dem errechneten „theoretischen“ Aufkommen in Höhe von rd. 27 vH als Folge der Steuersenkung zu veranschlagen sein, was darauf hindeutet, daß neben der Senkung des Tarifs (die auf durchschnittlich 16 bis 17 vH veranschlagt wurde) auch die sonstigen im neuen Einkommensteuergesetz gewährten Erleichterungen (z. B. die erhöhte Pauschalierung der Sonderausgaben) ziemlich stark ins Gewicht gefallen sein müssen.



Auch die Ertragsminderung bei der Veranlagten Einkommensteuer dürfte ziemlich beträchtlich sein. Hier — wie bei der Körperschaftsteuer, die in den Monaten August bis Oktober nur 318,5 Mill. DM gegen 362,2 Mill. DM im Vorjahr erbrachte — hängt das relativ niedrige Aufkommen allerdings auch damit zusammen, daß die Vorauszahlungen bisher weitgehend auf der Veranlagung für das abgelaufene Steuerjahr basierten und deshalb dem in der letzten Zeit erfolgten Einkommensanstieg kaum Rechnung trugen. Erst die unlängst vom Bundesfinanz-

minister erlassene Anordnung an die Finanzämter, die Vorauszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen anzupassen, verspricht, in dieser Hinsicht einen Wandel herbeizuführen.

Zumindest in den nächsten beiden Monaten ist allerdings noch aus anderen Gründen mit einer gewissen Erhöhung des Steueraufkommens zu rechnen. Im Dezember liegen die Hauptzahlungstermine für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer. Der Zahlungsrhythmus wird also in diesem Monat zweifellos auf eine Überschubbildung hinwirken, zumal im Gegensatz zum September, dem letzten Monat mit vergleichbaren Zahlungsterminen, die laufende Steuerschuld nun kaum mehr durch Rückerstattungen à conto der rückwirkenden Steuersenkung gemindert werden dürfte. Im Januar wiederum ist mit einem besonders hohen Aufkommen aus der Lohnsteuer infolge von Weihnachtsgratifikationen zu rechnen. Ob die aus diesen Gründen zu erwartende Einnahmeverbesserung zu einer Verminderung der seit dem Sommer entstandenen Defizite führen wird, ist allerdings zweifelhaft, da auch bei den Ländern gewisse zusätzliche Ausgaben zu erwarten sind. Zwar ist beabsichtigt, zu ihrer Deckung eventuell einen Teil der im jetzigen Einkommensteuergesetz enthaltenen Steuervergünstigungen (besonders soweit sie sich auf die sogenannte Selbstfinanzierung bezogen) aufzuheben, aber da eine solche Revision zum Teil erst nach Ablauf der Fristen, für die die jetzigen Vergünstigungen gewährt worden sind, in Kraft treten könnte, würde diese Maßnahme allein für einen rascheren Anstieg der Ausgaben kaum die erforderlichen Deckungsmittel beschaffen können.

Von anhaltend großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Länderfinanzen ist auch das Zustandekommen des noch immer heftig umstrittenen Finanzausgleichs, da trotz der stärkeren Angleichung, die die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bei Beginn des laufenden Rechnungsjahres hinsichtlich der finanziellen Lage der einzelnen Länder bewirkte, hier doch weiter eine beträchtliche Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern besteht. Zweifellos sind diese Unterschiede, auch vom Standpunkt der Geldpoli-

tik aus, bedenklich. Denn während bei den sogenannten finanzschwachen Ländern ständig eine Tendenz zur Kreditaufnahme (und damit zur Erweiterung des Geldvolumens) besteht, ergibt sich bei den „finanzstarken“ Ländern keineswegs eine entsprechende Tendenz zur Geldstilllegung auf Grund laufender Kassenüberschüsse, weil einmal die überschüssigen Mittel zum Teil bei Geschäftsbanken gehalten und von diesen wieder ausgeliehen werden, dann aber auch, weil verhältnismäßig hohe Einnahmen es leicht machen, auch Ausgaben vorzunehmen, die bei knappen Mitteln wahrscheinlich unterblieben. Aus diesem Grunde kommt der unlängst zwischen den Finanzministern der Länder getroffenen Absprache, bereits ab 15. Dezember 1950 Vorschüsse in Höhe von insgesamt 210 Mill. DM auf den endgültigen Finanzausgleich zu leisten, besondere Bedeutung zu.

Die Soforthilfefinanzien standen im November weitgehend im Zeichen der hohen Zahlungseingänge auf die am 20. November 1950 fälligen Abgaben. Außer der üblichen Vierteljahresrate für die Abgabe auf das Betriebsvermögen und das Grundvermögen war zu diesem Termin auch die Halbjahresabgabe auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen zu entrichten. Die Einnahmen der Soforthilfebehörden erreichten daher mit rd. 290 Mill. DM im Bundesgebiet und rd. 258 Mill. DM im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet einen ungewöhnlich hohen Stand. Die Auszahlungen be-

gewachsen. Das Soforthilfshauptamt war infolgedessen in der Lage, den dem Bundesfinanzminister bisher schon gewährten Kredit in Höhe von 200 Mill. DM Anfang Dezember um weitere 100 Mill. DM zu erhöhen und ihm damit eine entsprechende Reduzierung seiner — kostspieligeren — Kassenkredite zu ermöglichen. Es behielt trotzdem noch eine hinreichende Kassenreserve, ganz abgesehen davon, daß die dem Bundesfinanzministerium zur Verfügung gestellten Mittel im Bedarfsfall kurzfristig wieder zurückgenommen werden können. Was die längerfristige Ausgabenplanung des Soforthilfshauptamts für das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet anbelangt, so sind im November vom Kontrollausschuß über die bisherigen Planungen hinaus weitere 100 Mill. DM für bestimmte Verwendungen zugeteilt worden, und zwar 50 Mill. DM für Existenzaufbauhilfe, je 20 Mill. DM für Gemeinschaftshilfe und Flüchtlingssiedlungen und 10 Mill. DM für Ausbildungshilfe. Vom bisherigen Soforthilfegesamtaufkommen im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet in Höhe von 2,1 Mrd. DM sind damit 1,9 Mrd. DM für bestimmte Verwendungen etatisiert worden. Der nächste reguläre Zahlungstermin für Soforthilfeabgaben ist nun der 20. Februar 1951. Obwohl in der Regel auch in der Zwischenzeit immer noch gewisse Eingänge zu verzeichnen sind, dürften diese jedoch kaum ausreichen, um die Ausgaben, die nach den Erfahrungen der letzten Monate auf durchschnittlich etwa 110 Mill. DM im Monat zu veranschlagen sind, zu decken. Es ist daher anzunehmen, daß in den nächsten Monaten ein Teil der liquiden Reserven der Soforthilfebehörden zum Einsatz gelangt, während z. B. bei den Länderhaushalten umgekehrt zumindest im Dezember wieder mit einer gewissen Reservenbildung zu rechnen ist.

Anhaltend günstig dürfte schließlich die finanzielle Entwicklung bei den Sozialversicherungen (einschließlich Arbeitslosenversicherung) gewesen sein. Neuere, über die im letzten Bericht gemachten Angaben hinausgehende Ziffern liegen allerdings nur für die Arbeitslosenversicherung vor, und zwar auch hier nur für Oktober. Danach belief sich der Einnahmeüberschuß der Arbeitslosenversicherung in diesem Monat insgesamt

Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben und Auszahlungen der Soforthilfebehörden in Mill. DM

Zeit	Aufkommen		Auszahlungen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
	Bundesgebiet	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	
Sept. 1949 bis März 1950	1 300,0	1 146,5	695,5
April bis Juni 1950	391,9	347,3	329,8
1950 Juli	72,6	61,3	93,4
August	211,9	188,8	85,1
September	78,9	69,4	130,2
Oktober	69,0	61,3	126,0
November	291,2	258,3	108,9

liefen sich demgegenüber im Vereinigten Wirtschaftsgebiet auf rd. 109 Mill. DM. Die liquiden Reserven der Soforthilfebehörden sind also im November, wie es in den Monaten mit Hauptzahlungsterminen meistens der Fall ist, stark

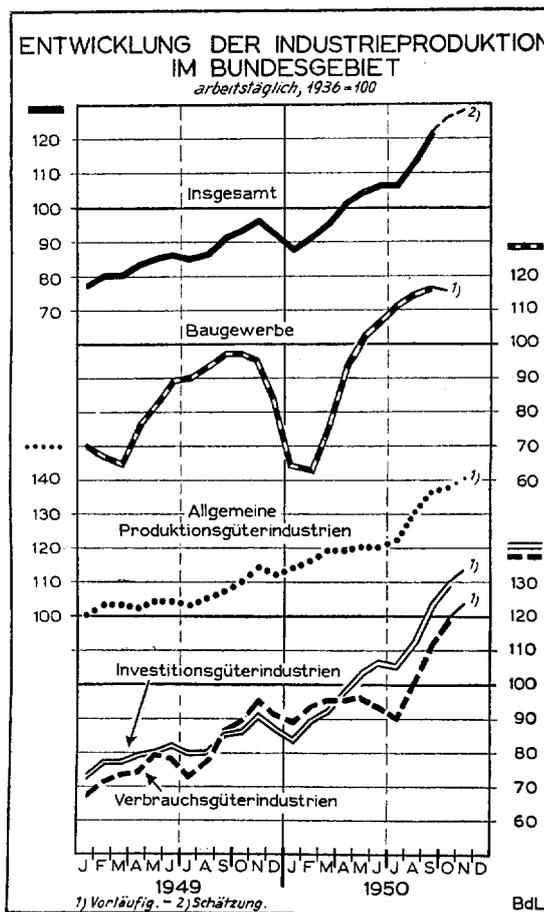
auf 44 Mill. DM, d. h. auf fast 3 Mill. DM mehr als im September, wobei sich das Beitragsaufkommen auf rd. 96 Mill. DM erhöhte und die Unterstützungsaufwendungen auf 29 Mill. DM ermäßigten (vgl. hierzu die Tabelle im Statistischen Teil). Auch im November dürften die erzielten Überschüsse noch nicht wesentlich geringer gewesen sein als im Oktober, da der Einfluß der in diesem Monat zum ersten Male wieder erhöhten Arbeitslosigkeit sicher noch zu einem erheblichen Teil durch die Wirkungen kompensiert wurde, die von den anhaltenden Lohnsteigerungen auf das Beitragsaufkommen ausgehen. In den folgenden Monaten allerdings dürfte sich die Lage im ganzen wieder verschlechtern, obwohl kaum anzunehmen ist, daß in den

kritischen Monaten bis März insgesamt ein Defizit auftreten wird. Überschlägige Berechnungen auf Grund der Verhältnisse von Oktober ergeben vielmehr, daß, selbst wenn die Arbeitslosigkeit im selben Maße zunehmen sollte wie im letzten Winter, von November 1950 bis März 1951 im ganzen eher noch ein Überschuß von 50 bis 60 Mill. DM zu verzeichnen sein wird, wengleich dabei den Überschüssen, die sich im November und Dezember 1950 noch ergeben werden bzw. sicher bereits ergeben haben, im Februar und März 1951 gewisse, wenn auch niedrigere, Defizite gegenüberstehen dürften. Vom Standpunkt der allgemeinen finanziellen Stabilität und der Kapitalbildung ist diese Perspektive zweifellos recht erfreulich.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

Die Industrieproduktion ist auch im November 1950 noch gestiegen; doch war die Zunahme nicht mehr ganz so stark wie in den Vormonaten. Der auch das Baugewerbe, die Genußmittelindustrien und die Energieerzeugung umfassende Gesamtindex hat sich nach vorläufigen Angaben von Oktober bis November nur noch um 3 Punkte — nämlich von 126 auf 129 vH des Standes von 1936 — erhöht, während er im Oktober um 4 und im September und August um 9 bzw. 7 Punkte gestiegen war. Die Verlangsamung geht im wesentlichen darauf zurück, daß sich in einem Teil der Produktion allmählich die saisonmäßigen Rückgangstendenzen durchzusetzen begonnen haben. Das gilt insbesondere für die Bautätigkeit, die — wie aus der Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Außenberufen geschlossen werden kann — im November unter dem Einfluß des regnerischen Wetters offenbar bereits eingeschränkt werden mußte, obwohl die Zahl der unvollendeten Bauten noch ziemlich beträchtlich ist. In der übrigen Industrie war dagegen noch immer ein verhältnismäßig kräftiger Produktionsanstieg zu verzeichnen. Der das Baugewerbe und die Genußmittelindustrie ausschließende Produktionsindex ist im November nochmals um 4 Punkte — gegenüber 5 Punkten im Vormonat und 10 Punkten im September — gestiegen, so daß er mit 134 vH seines Standes von 1936 ein Niveau erreichte, das um nicht weniger als 40 vH über dem von Anfang des Jah-

res lag. Allerdings machen sich auch hier neuerdings starke Hemmungen geltend, da schon seit geraumer Zeit die Erzeugung wichtiger Grund- und Hilfsstoffe mit der allgemeinen Produktions-



zunahme nicht mehr Schritt zu halten vermochte und die daraus resultierenden Versorgungsschwierigkeiten teilweise bereits zu leichten Produktionsrückgängen geführt haben.

So hat sich in letzter Zeit insbesondere der Kohlenmangel verschärft. Die Steinkohlenförderung ist im November zwar auf etwas mehr als 10 Mill. t gegen 9,49 Mill. t im September gestiegen. Das ist einmal auf die mit den Gewerkschaften vereinbarten Sonderschichten zurückzuführen, die nahezu eine halbe Million Tonnen erbrachten, dann aber auch auf die Tatsache, daß die Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter, besonders die der Untertage-Arbeiter, zum ersten Male seit Mai wieder zugenommen hat und auch die Schichtleistung je Mann geringfügig gewachsen ist. Trotz dieser Förderungszunahme — die übrigens im Braunkohlenbergbau, dessen Erzeugung im November 6,97 Mill. t erreichte, eine Parallele findet — reichten die verfügbaren Mengen wegen der hohen Exportauflagen jedoch nicht aus, um den nicht unbeträchtlich erhöhten Bedarf der Wirtschaft zu decken. Die Belieferung ging im November zwar über die vom Bundeswirtschaftsministerium erstmalig festgelegten Richtmengen bei den meisten Abnehmergruppen etwas hinaus, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß die Richtmengen auf der verfügbaren Menge basieren und hinter dem tatsächlichen Bedarf teilweise weit zurückbleiben. Der Hausbrandbedarf wurde z. B. nur zu rd. 70 vH und der Bedarf der „sonstigen“ Industrie, zu der außer den Versorgungsbetrieben und der Eisen- und Stahlgewinnung alle Industriegruppen gehören, nur zu 80 vH befriedigt. Im Dezember wird die Versorgungslage eher noch ungünstiger sein als im November, da zumindest aus Saisongründen zweifelhaft ist, ob die Kohlenförderung auf dem im November erreichten Stand gehalten werden kann. Tatsächlich sind in der ersten Dezemberhälfte die Förderziffern gegenüber dem — allerdings relativ hohen — Stand von Ende November bereits etwas gesunken. Immerhin wirken die vor einigen Wochen zur Steigerung der Kohlenproduktion ergriffenen Maßnahmen der Saisontendenz wenigstens in gewissem Umfang entgegen, ebenso wie vielleicht die ab 1. Dezember 1950 in Kraft befindlichen höheren Kohlenpreise etwas zur Entspannung der Marktlage beitragen werden.

Ob dagegen der mit Unterstützung der Alliierten Hochkommission Mitte Dezember unternommene Versuch, die Exportquote für das laufende Vierteljahr noch um 300 000 t zu reduzieren, Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Unter den Industrien, die unter der Kohlenknappheit besonders zu leiden haben, ist vor allem die Eisen- und Stahlindustrie zu nennen. Schon im November konnte hier trotz des Einsatzes eines erheblichen Teils der Kohlenreserven der bisherige Produktionsstand nur knapp behauptet werden. Die Rohstahlerzeugung ging jedenfalls von 1 135 Mill. t im Oktober auf 1 111 Mill. t im November zurück. Für den Dezember wird nun befürchtet, daß die Produktion auf etwa 900 000 t zurückgehen wird, zumal zu der Kohlenknappheit noch ein gewisser Mangel an Roheisen und Schrott getreten ist. Da bereits das bisherige Angebot an Eisen- und Stahlprodukten unzureichend war, droht sich hier also die Engpaßsituation weiter zu verschärfen.

Gewisse Versorgungsschwierigkeiten sind auch bei einigen anderen aus heimischer Erzeugung stammenden Roh- und Grundstoffen zu beobachten. So ist bei Aluminium eine neue Versorgungslücke entstanden. Mangel an Zellstoff und neuerdings auch Brennstoffschwierigkeiten haben die durch eine kräftige Verbrauchszunahme mitbedingte Papierknappheit noch verschärft. Demgegenüber reichten die Bestände an Importrohstoffen bisher im allgemeinen zur Durchführung der laufenden Produktionsprogramme aus und, wie im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher ausgeführt wird, kann erwartet werden, daß die Einfuhr weiter auf einer Höhe zu halten ist, die eine angemessene Versorgung ermöglicht. Außer von den eigenen Bemühungen Westdeutschlands wird das freilich auch davon abhängen, ob es trotz der steigenden Rüstungsausgaben gelingen wird, die Weltmärkte vor einer Versteifung zu bewahren, die sich für alle Länder auf die Dauer als eine große Gefahr erweisen könnte. Den Bemühungen der OEEC, in engem Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten von Amerika durch eine bestimmte Ausrichtung der inneren Wirtschaftspolitik und durch eine Koordinierung der Rohstoffkäufe an den internationalen Märkten in der westlichen Rohstoffwirtschaft geordnete Verhältnisse auf-

rechtzuerhalten, ist daher größte Bedeutung beizumessen.

Daß sich trotz der entgegengerichteten Saisontendenzen und der an wichtigen Märkten sich verschärfenden Versorgungsschwierigkeiten das Produktionsniveau bis in die letzte Zeit hinein relativ gut gehalten, ja zum Teil sogar noch erhöht hat, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß noch immer relativ starke Auftriebstendenzen bestanden. So war einmal die Investitionstätigkeit offenbar bis in den November hinein bemerkenswert rege. Nach vorläufigen Berechnungen hatte sich das Investitionsvolumen im dritten Vierteljahr mit etwa 5¹/₄ Mrd. DM sprunghaft gegenüber dem Vorvierteljahr, für das sich ein Volumen von nur 4¹/₄ Mrd. DM ergeben hatte, vergrößert, was sich zum Teil aus dem verspäteten Ingangkommen der im Frühjahr unter anderen Bedingungen zustande gekommenen Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramme erklärt. Für das vierte Vierteljahr wird nur mit einem leichten — in der Hauptsache saisonbedingten — Nachlassen in der Größenordnung von etwa 5 bis 10 vH gerechnet. Zur Investitionsfinanzierung hatten im dritten Vierteljahr aus mittel- und langfristigen Krediten der Geldinstitute, aus Mitteln des Kapitalmarktes und der Kapitalsammelstellen sowie aus ERP-Gegenwerten etwas größere Beträge als im Vorvierteljahr zur Verfügung gestanden, so daß der Rückgang der öffentlichen Haushaltsmittel für Investitionszwecke nahezu ausgeglichen werden konnte. Dagegen ist zu vermuten, daß in diesem Zeitabschnitt aus der Selbstfinanzierung der Unternehmungen erheblich höhere Beträge in die Anlageninvestitionen geflossen sind als in den Vorvierteljahren, da die Investitionsneigung der Unternehmer infolge der Absatzbelebungen überaus rege war und sich ihre finanzielle Bewegungsfreiheit wegen der Steuererleichterungen sowie der günstigen Gewinnlage nicht unerheblich verbessert hatte. Diese Konstellation scheint sich auch im vierten Vierteljahr nicht wesentlich gewandelt zu haben, wenn auch der in Aussicht stehende Abbau von Steuerbegünstigungen auf den Umfang der industriellen Investitionsplanungen nicht ohne Einfluß geblieben sein wird.

Insbesondere ist damit zu rechnen, daß sich die Bauinvestitionen, die an dem gesamten In-

vestitionsvolumen im dritten Vierteljahr mit etwa 2,2 Mrd. DM oder reichlich 40 vH beteiligt waren, im vierten Viertel auf hohem Stande behaupten werden, da der Rückgang der Außentätigkeit vermutlich zu einem erheblichen Teil durch verstärkte Beschäftigung des Ausbaugewerbes ausgeglichen werden wird. Im Wohnungsbau wird das gesteckte Ziel mit der Fertigstellung von 330 000 bis 350 000 Wohnungseinheiten aller Voraussicht nach annähernd erreicht werden. Da die Zahl der Baugenehmigungen auch in den Herbstmonaten noch überraschend hoch war, dürfte der an der Jahreswende 1950/51 verbleibende Überhang an unfertigen Wohnungsbauten, dessen Finanzierung größtenteils bereits als gesichert gelten kann, dem des Vorjahres kaum nachstehen. Es wird geschätzt, daß von den insgesamt im Jahre 1950 für Wohnbauzwecke zur Verfügung gestellten Finanzierungsmitteln in Höhe von 4,1 Mrd. DM am Jahresende etwa 700 Mill. DM noch nicht in Anspruch genommen worden waren. Damit wird zumindest für einen Teil des nächsten Jahres die Fortdauer einer regen Wohnungsbautätigkeit gesichert sein, selbst wenn der Umfang der Neuplanungen auf diesem Gebiet durch noch dringlichere Vorhaben, durch Mangel an Baustoffen (Zement), Facharbeitermangel oder die Begrenztheit der

Erzeugung wichtiger Investitionsgüter im Bundesgebiet

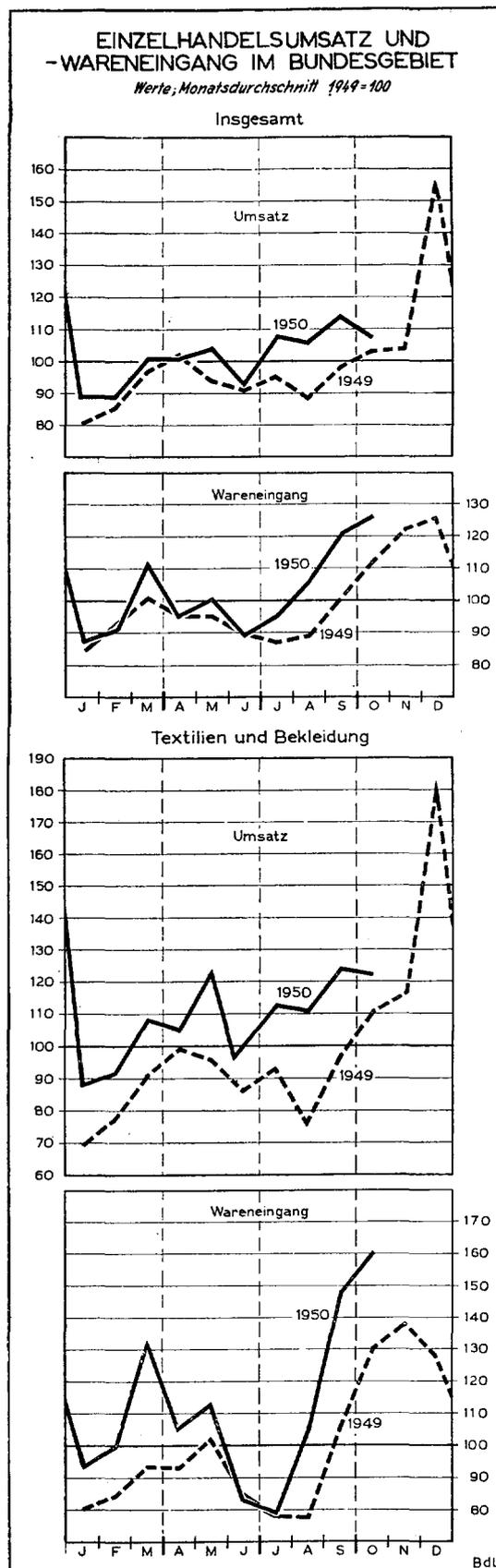
Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Roh-eisen	Rohstahlblöcke	Walzwerksfertigerzeugnisse	Zement	Gebrannter Kalk
	1000 t			1000 t	
1950					
Jan./März	713,3	940,3	609,3	582,7	353,7
April/Juni	725,7	950,3	627,7	942,0	448,0
Juli/Sept.	859,3	1 072,0	734,3	1 122,7	516,7
August	867	1 088	751	1 134	538
September	887	1 079	762	1 147	539
Oktober ¹⁾	927	1 135	783	1 170	503
November ¹⁾	875	1 111	789	.	.
	Mauerziegel	Schnittholz	Maschinenbau	LKW	PKW
	Mill. St	1000 cbm	1936=100	1000 St	
1950					
Jan./März	191,3	658,3	102	4,6	14,2
April/Juni	355,7	747,0	117	6,3	16,6
Juli/Sept.	469,0	817,7	121	8,3	19,1
August	484	835	117	8,5	20,4
September	464	810	131	8,9	21,0
Oktober ¹⁾	448	730	134	9,5	23,2
November ¹⁾	.	.	140	32,4	

¹⁾ Vorläufig.

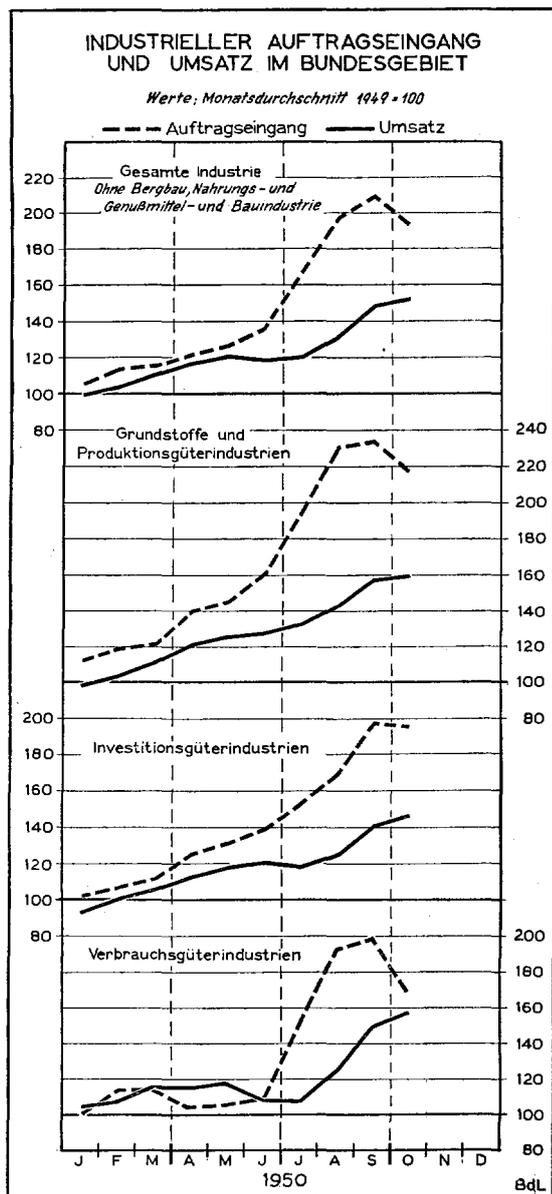
verfügbaren Finanzierungsmittel beeinträchtigt werden sollte.

Schwankend war dagegen die Absatzlage im Bereich der Konsumgütermärkte. Nach den Hortungskäufen, die, begünstigt durch die Steuerrückerstattungen, in den ersten Monaten nach Ausbruch des Korea-Konfliktes zu verzeichnen gewesen waren, hatten die Einzelhandelsumsätze im Oktober nachzulassen begonnen. Auch im November bewahrten die Konsumenten zunächst noch eine spürbare Zurückhaltung, zumal das ziemlich warme und regnerische Wetter wenig Neigung zu den üblichen Einkäufen für den Winter aufkommen ließ. An der Wende von November zum Dezember scheint aber das Weihnachtsgeschäft im allgemeinen recht lebhaft eingesetzt zu haben. Die Auszahlung der üblichen Weihnachtsgratifikationen spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Daß das Geschäft umfangreicher ist als im Vorjahr, erklärt sich allein schon daraus, daß das Verbrauchereinkommen infolge der Mehrbeschäftigung, der höheren Löhne und der Einkommensteuersenkung wesentlich über das vor einem Jahr verfügbare hinausgehen dürfte. Jedenfalls ist das Einkommen aus Lohn und Gehalt im Monatsdurchschnitt gegenwärtig um vielleicht ungefähr 15 vH höher als vor einem Jahr. Hinzu kommt, daß die neuerliche weltpolitische Entwicklung im Zusammenhang mit dem abermaligen Anstieg der Weltmarktpreise die Kaufneigung erneut verstärkt zu haben scheint, wenngleich es evident ist, daß infolge der relativ geringen Reserven der breiten Käuferschichten und des demnächst schon aus Saisongründen kaum mehr wachsenden Einkommens dieser Tendenz sehr enge Grenzen gezogen sind.

Über die Entwicklung des Auftrags-eingangs bei der Industrie liegen Angaben nur bis Oktober vor. Danach war im Oktober zum ersten Male seit geraumer Zeit ein spürbarer Rückgang der Aufträge festzustellen. Immerhin übertraf auch im Oktober der Auftrags-eingang den Umsatz der Industrie insgesamt noch um 27 vH gegen allerdings 51 vH im August. Selbst wenn sich im November die Auftragserteilung weiter normalisiert hat, dürfte die Industrie also noch über außerordentlich hohe unerledigte Auftragsbestände verfügen, die ihren



Produktionsstand von der Absatzseite her relativ gesichert erscheinen lassen, ja ihr vielleicht sogar einen zu günstigen Markt bieten. Allerdings sind ungewöhnlich hohe Auftragsbestände erfahrungsgemäß immer ziemlich labil: Ob sie



nämlich auch über längere Frist aufrechterhalten werden, hängt weitgehend davon ab, ob die Erwartungen, auf Grund deren besonders die vorsorglichen Aufträge erteilt wurden, sich realisieren, d. h. also der Absatz sich wirklich gemäß den ursprünglichen Kalkulationen entwickelt oder die Finanzierung größerer Vorratskäufe möglich ist. Gleichwohl bleibt es beachtlich, daß offenbar bis in die letzte Zeit hinein

die Aufträge eher über die Produktion hinausgegangen als hinter ihr zurückgeblieben sind.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist seit Anfang November durch einen ziemlich starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, während bis dahin die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Stand von Mitte Februar 1950 um fast 790 000 abgenommen hatte. Im November betrug die Zunahme 86 000, in der ersten Dezemberhälfte nicht weniger als 165 000; zusammen sind das bereits etwas über 250 000. Im Vergleich zu den entsprechenden Zeitabschnitten des Vorjahres war dieser Zuwachs viel rascher; denn damals hatte die Erhöhung im November nur etwa 67 000 und in der ersten Dezemberhälfte nur rd. 115 000 betragen. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß es sich bei der neuerlichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zum größten Teil um eine saisonmäßige Erscheinung handelt. Das geht nicht nur daraus hervor, daß sie sich im wesentlichen auf Männer erstreckt, die in den Außenberufen besonders stark vertreten sind (von der Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit von Ende Oktober bis Mitte Dezember entfielen rund 216 000 auf Männer und nur etwa 35 000 auf Frauen), sondern vor allem auch daraus, daß sie in den Ländern mit einem relativ hohen Anteil an Bauarbeitern sowie Land- und Forstarbeitern besonders markant war. So ist die Zahl der Arbeitslosen in Bayern um rund 70 000, in Niedersachsen um über 50 000, in Hessen um etwa 24 000, in Schleswig-Holstein um 22 000 und in Rheinland-Pfalz (das im Laufe des Jahres mehrere zehntausend Flüchtlinge aus anderen Bundesländern aufgenommen hat, ohne daß sie bisher restlos in die Wirtschaft eingegliedert werden konnten) um über 30 000 gestiegen, während in Nordrhein-Westfalen, das über 30 vH aller unselbständig Beschäftigten des Bundesgebiets umfaßt, die Arbeitslosigkeit im November noch um etwa 1000 Personen abnahm und in der ersten Dezemberhälfte nur um knapp 23 000 stieg. Auch daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen erheblich stärker war als in der gleichen Periode des Vorjahres, besagt nichts gegen ihren überwiegend saisonalen Charakter. Die Erhöhung hängt (abgesehen von gewissen Auswirkungen des Kohlenmangels) vor allem damit zusammen, daß in diesem Jahr, be-

sonders im Dezember, die Wetterverhältnisse für die Fortsetzung der Außenarbeiten wesentlich ungünstiger waren und außerdem die Beschäftigung in den Außenberufen am Gipfelpunkt der Saison in diesem Jahr wesentlich höher war als im letzten, so daß auch eine stärkere saisonale Freisetzung von Arbeitskräften nur natürlich ist. Trotz der relativ ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen war die Arbeitslosigkeit Mitte Dezember im Bundesgebiet mit insgesamt 1 481 500 noch um reichlich 17 000 niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In den Ländern mit den relativ höchsten Arbeitslosigkeitsziffern — Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen — war der Abstand gegenüber dem Vorjahr teilweise sogar noch größer. So wies insbesondere Bayern, auf das etwa 24 vH aller Arbeitslosen des Bundesgebiets entfallen, Mitte Dezember mit rd. 356 000 noch ungefähr 47 000 weniger Arbeitslose auf als Mitte Dezember 1949.

Die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt wird in erster Linie durch den Umfang der Kräftefreisetzung in der Bauwirtschaft beeinflusst werden. Im Winterhalbjahr 1949/50 war die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Bau- und Baunebengewerbe von 1 141 000 Ende September 1949 auf 987 000 Ende März 1950, also um 13,5 vH gesunken. Legt man für das laufende Jahr einen gleich starken Beschäftigungsabfall zugrunde, so könnte entsprechend der höheren Beschäftigtenzahl eine Freisetzung von knapp 200 000 Arbeitskräften aus diesen Bereichen, einschließlich der Zulieferindustrien von vielleicht 300 000 erwartet werden; doch kann dieser Ansatz bei ungünstigeren Witterungsbedingungen übertroffen werden. Der mögliche Einfluß aller sonstigen Faktoren, die für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten von Bedeutung sein könnten, wie z. B. die Rohstoffversorgung und die Verteidigungsplanungen, läßt sich gegenwärtig noch nicht mit Sicherheit abschätzen.

Preise und Löhne

Das Preisniveau dürfte sich in den letzten Wochen weiter leicht erhöht haben, wenngleich es infolge des Fehlens umfassender und vor allem rascher anfallender Preisindizes schwer ist, über das Maß der Veränderung präzisere Angaben zu machen. Bei Abschluß des Berichts liegen für November nur der offizielle Lebenshaltungskostenindex und der Index der Grundstoffpreise vor. Der Lebenshaltungskostenindex weist gegenüber Oktober eine Zunahme um reichlich ein halbes Prozent auf, was etwa der Steigerung von September auf Oktober, der ersten Erhö-

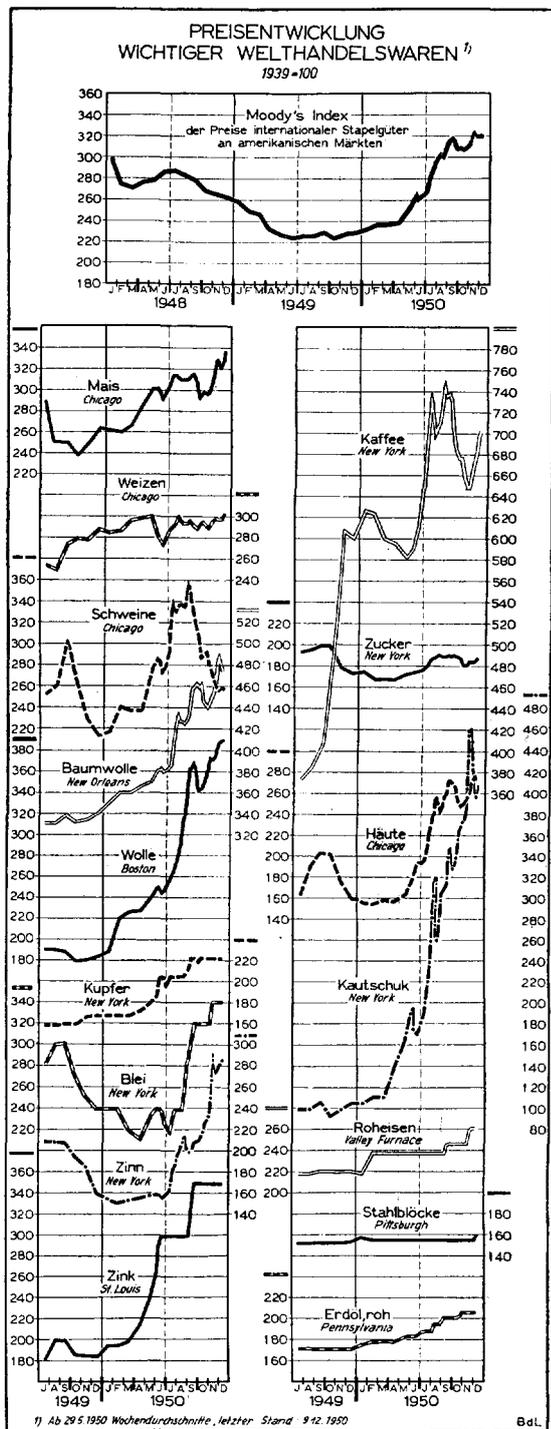
hung des Lebenshaltungskostenindex seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts, entspricht. Stärker war dagegen der Anstieg der Grundstoffpreise. Er belief sich auf etwa 2 vH, während im Oktober nur noch eine geringfügige Steigerung eingetreten war.

Zweifelloos hängt die erneute Verstärkung des Preisauftriebs in diesem wichtigen Marktsektor damit zusammen, daß die internationalen Rohstoffpreise seit Ende Oktober wieder merklich angezogen und im Verlauf dieser Entwicklung ihren bisherigen Höchststand von Mitte

Die Entwicklung wichtiger Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100 ¹⁾

Monat	Lebenshaltungskosten		Erzeugerpreise industrieller Produkte ²⁾				Grundstoffpreise ⁴⁾		
	mit Obst und Gemüse	ohne Obst und Gemüse	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche
1948 Dezember	111,3	110,7	108	113	115	112	97	100	92
1949 Dezember	103,3	104,6	102	100	105	104	98	94	108
1950 Juni	100,0	100,0	100	100	100	100	100	100	100
Juli	98,7	100,0	100	101	100	101	103	102	105
August	98,0	100,0	101	101	99	103	105	104	105
September	98,0	100,7	104	104	99	106	111	112	107
Oktober	98,7	100,7	105	106	99	107	111	114	105
November	99,3	101,3	113	117	105

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes (1938 = 100). — ²⁾ Umfaßt sowohl Grundstoffe als auch Halb- und Fertigwaren. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe. — ⁴⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe.



September überschritten haben. Überhaupt deutet alles darauf hin, daß die bisherige Preissteigerung im Bundesgebiet in der Hauptsache auf die internationalen Preiseinflüsse zurückgeht, während die inneren Preisauftriebendenzen nach wie vor relativ schwach sind und zum großen Teil noch durch die mit der fortschreitenden Rationalisierung verbundenen Tendenzen zur Ko-

stensenkung kompensiert werden. Wirft man z. B. einen Blick auf die vom Statistischen Bundesamt seit einiger Zeit berechneten — zur Zeit allerdings nur bis Oktober vorliegenden — Indexziffern der Erzeugerpreise industrieller Produkte, so zeigt sich klar, daß sich die Preiserhöhungen im wesentlichen auf diejenigen Warengruppen beschränken, bei denen die Kosten ausländischer Rohstoffe eine verhältnismäßig große Rolle spielen. So ist etwa seit Juni am stärksten der Preisindex für Verbrauchsgüter gestiegen, weil hier z. B. die Preiserhöhungen für Textilrohstoffe besonders ins Gewicht fallen, während der Preisindex der Investitionsgütergruppe, die hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge, Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren sowie ähnliche Erzeugnisse umfaßt, sich bis Oktober gegenüber Juni überhaupt noch nicht erhöht hatte. Selbst die Preissteigerung inländischer Grundstoffe blieb nach dieser Berechnung zumindest bis Oktober noch hinter dem Anstieg des mehr auslandsabhängigen Preisindex der Verbrauchsgütergruppe zurück.

Auf die relative Schwäche der inneren Preisauftriebendenzen ist es auch zurückzuführen, daß das deutsche Preisniveau, obgleich es sich den Auswirkungen der internationalen Rohstoffhauses seit einiger Zeit nicht zu entziehen vermag, bisher allem Anschein nach doch weniger gestiegen ist als das Preisniveau anderer Länder. Gewiß ist es nicht leicht, hierfür vergleichbare Maßstäbe zu finden. Betrachtet man jedoch die in der folgenden Tabelle zusammengestellten Preisindexziffern verschiedener Länder, so ergibt sich deutlich, daß das Bundesgebiet zu den Ländern gehört, in denen der Preisanstieg bisher am geringsten war. Insbesondere trifft das bei einem Vergleich der verfügbaren Preisindizes für industrielle Erzeugnisse zu: In Westdeutschland beträgt hier der Anstieg im Zeitraum von Juni bis Oktober etwa 5 vH, in den Vereinigten Staaten von Amerika 8 vH, in Großbritannien 13 vH und in Frankreich 18 vH. Die Ursache hierfür liegt offenbar darin, daß in Westdeutschland nicht nur größere Möglichkeiten für eine Senkung des inneren Kostenniveaus (vor allem durch höhere Kapazitätsausnutzung) bestanden als in anderen Ländern, sondern infolge der relativ geringen liquiden Reserven; die zum Einsatz kommen konnten, auch die spekulative Nachfrage

Zur Preisentwicklung in Westdeutschland und im Ausland

Juni 1950 = 100

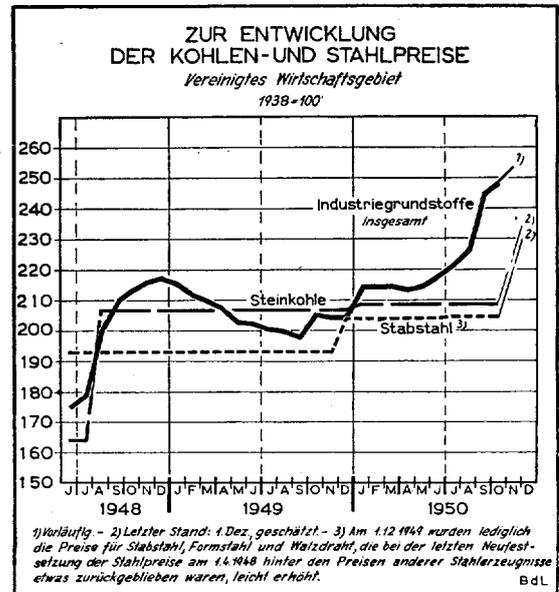
Land bzw. Preisgruppe	1950			
	Juli	Aug.	Sept.	Okt. ¹⁾
Großhandelspreise ²⁾ , gesamt				
Ver. Staaten von Amerika	104	106	108	107
Großbritannien	101	103	106	109
Frankreich	104	108	110	112
Belgien	104	108	114	.
Schweiz	102	105	107	109
Dänemark	100	103	106	.
Norwegen	102	105	109	.
Großhandelspreise industrieller Erzeugnisse				
Westdeutschland				
Erzeugerpreise industrieller Produkte	101	101	104	105
Ver. Staaten von Amerika				
Alle Produkte außer Agrar- erzeugnissen	102	105	107	108
Großbritannien				
Industrielle Erzeugnisse einschließlich Brennstoffe	102	106	110	113
Frankreich				
Industrielle Erzeugnisse	104	110	114	118
Lebenshaltungskosten				
Westdeutschland	98,7	98,0	98,0	98,7
Ver. Staaten von Amerika	101,2	101,2	101,8	.
Großbritannien	100,0	99,1	100,0	.
Niederlande	99,6	99,2	100,4	.
Belgien	100,3	102,2	106,6	108,2
Schweiz	100,0	100,6	101,3	101,9
Schweden	100,0	100,0	100,6	.

¹⁾ Vorläufig. — ²⁾ Nach offiziellen Angaben.

in engeren Grenzen blieb. Im Interesse des Zahlungsbilanzausgleichs ist eine derartige Differenzierung der Preisentwicklung natürlich außerordentlich erwünscht, ja geradezu unerlässlich, weil sie auf die Dauer das wirksamste Mittel darstellt, um den Importsog zu vermindern und den Exportanreiz zu verstärken.

In den letzten Wochen ist nun allerdings, unabhängig von der Entwicklung der Weltmarktpreise, in einem verhältnismäßig weiten Bereich der Wirtschaft das Preisniveau insofern in Bewegung geraten, als die noch der amtlichen Kontrolle unterliegenden Preise für eine Reihe wichtiger inländischer Grundstoffe erhöht wurden. So ist einmal am 8. Dezember 1950 vom Bundesrat die am Vortag vom Bundestag beschlossene Heraufsetzung des inländischen Kohlenpreises um durchschnittlich 4,50 DM je t oder etwa 12 vH gebilligt worden, nachdem auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums das Kabinett zunächst eine Kohlenpreiserhöhung um 6 DM je t empfohlen hatte. Ferner wurde am gleichen Tage eine Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise um

28,50 DM je t (= etwa 12 vH der bisherigen — seit dem 1. April 1948 im allgemeinen unveränderten — Preise) genehmigt. 16,50 DM sollen dabei dem Ausgleich der durch die Kohlenpreiserhöhung bedingten Kostensteigerung dienen, 10 DM sollen den kürzlich beschlossenen Preiszuschlag für Schrott decken und die restlichen 2 DM sind für die Verbilligung der Frachten nach den revierfernen Verarbeitungsbetrieben bestimmt. Beide Preis-



verordnungen sind rückwirkend ab 1. Dezember 1950 in Kraft getreten (für die meisten der in der Zwischenzeit getätigten Lieferungen galt bereits ein Preisvorbehalt) und vorläufig bis zum 31. März 1951 befristet. Wie sie sich auf das allgemeine Preisniveau auswirken werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, doch werden die Auftriebstendenzen, die von diesen Preiserhöhungen ausgehen könnten, häufig überschätzt. Nach Berechnungen der Kohlenbergbauleitung beträgt der Anteil der Kohlenkosten am Absatzwert von 74 vH aller Industriegruppen noch nicht einmal 1 vH, bei weiteren 5 vH der Industriegruppen bleibt er unter 2 vH, und nur bei 21 vH liegt er zwischen 2,5 und 15,1 vH (der letzte Satz gilt für die Eisen schaffende Industrie), so daß hier für die Zukunft mit gewissen Preiskorrekturen zu rechnen ist, sofern sie nicht, wie im Falle der Eisen- und Stahlindustrie, bereits erfolgt sind. Außerdem ist daran zu erinnern, daß partielle Preissteigerungen zu einer Erhöhung des allgemeinen Preis-

niveaus in der Regel nur führen können, wenn sich die Gesamtnachfrage entsprechend erweitert. Bleibt jedoch eine solche Erweiterung aus — und hier zumindest verlangsamend zu wirken, ist ja das Ziel der gegenwärtigen Geld- und Kreditpolitik —, so wird die Weiterwälzung der Kostenerhöhungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht und die Erhöhung der Grundstoffpreise wird infolgedessen im wesentlichen auf eine Veränderung der Gewinnrelationen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen hinwirken, wenn sich die durch die Kostenerhöhung betroffenen Industriezweige nicht durch höhere Exportpreise schadlos halten können. Neben der Kohlen- und Stahlpreiserhöhung steht allerdings auch in einigen anderen Wirtschaftsbereichen eine Revision der bisherigen Preise zur Debatte. So wurde bereits eine Erhöhung der Strompreise, die zur Zeit zwischen 8 und 12 Dpf je kWh liegen, um etwa 0,7 Dpf je kWh und eine Erhöhung des Gaspreises von bisher 25 Dpf je cbm um etwa 0,8 Dpf erwogen. Vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages wurde aber eine Zurückstellung um drei Monate empfohlen, um in der Zwischenzeit die Kostelage der Betriebe zu prüfen. Ferner ist eine Tarifierhöhung bei der Bundesbahn in Aussicht genommen, deren Finanzlage trotz der in der letzten Zeit zu verzeichnenden Besserung in der Betriebsrechnung im ganzen noch immer recht prekär ist. Jedenfalls hat sich das Bundeskabinett am 5. Dezember 1950 auf fünf Verordnungsentwürfe geeinigt, die vor allem eine Verlängerung der schon bisher geltenden Krisenzu- und -abschläge zu den Gütertarifen, eine Heraufsetzung des Stückguttarifs um 20 bis 25 vH (degressiv nach der Entfernung), eine Erhöhung der Frachtsätze für Wagenladungen aller Klassen um 17 vH für Entfernungen bis zu 220 km, entsprechende Tarifierhöhungen für den Güterkraftverkehr und eine nach der Streckenlänge gestaffelte Heraufsetzung der Preise für Arbeiter-, Kurzarbeiterwochen- und Angestelltenmonatskarten vorsehen. Sämtlichen Verordnungen hat der Bundesrat zugestimmt. Sie sind vorläufig bis zum 31. Dezember 1951 befristet.

An den Märkten landwirtschaftlicher Produkte war die Preistendenz uneinheitlich. Der Anstieg der Schlachtvieh-, insbesondere der Schweinepreise in der ersten No-

vemberhälfte wurde bei hohen Auftrieben gegen Ende des Monats weitgehend wieder ausgeglichen und in der ersten Dezemberwoche sogar von einer ausgesprochen rückläufigen Tendenz der Schweinepreise abgelöst. Es bleibt indes abzuwarten, ob es sich hierbei nicht nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln wird, da bei normaler Ausmästung der Schweine erst ab März nächsten Jahres mit einem wesentlich stärkeren Angebot zu rechnen wäre. Auf die Fleischpreise im Einzelhandel, die in der ersten Monatshälfte ebenfalls angezogen hatten, wurde in der Folgezeit vor allem durch das Angebot billiger amerikanischer Fleischkonserven ein Druck ausgeübt. Auch die Fisch- und Margarinepreise gingen mit dem wachsenden Angebot, vor allem an billigeren Sorten, leicht zurück. Recht fest war dagegen der Butterpreis, da bei dem saisonmäßig bedingten Rückgang der Produktion und dem Nachlassen der Einfuhren von der Angebotsseite her kein Druck mehr ausgeübt wird. Die Regierung hat daher am 12. Dezember 1950 die Aufhebung des Saisonabschlags von 40 Dpf auf den Molkereiabgabepreis von 5,20 DM je kg genehmigt.

Eine steigende Tendenz weisen auch die Getreidepreise auf. Von Juli bis Oktober wurden bei annähernd gleich großer Ernte nur 1 099 000 t Brotgetreide gegenüber 1 467 000 t im Vorjahr (darunter 539 000 t Roggen gegenüber 937 000 t 1949) abgeliefert. Entgegen den Erwartungen blieben die Ablieferungen auch im November niedrig, so daß das Angebot an Brotgetreide, da die Vorratsstelle ihre Abgaben den Vormonaten gegenüber eingeschränkt hatte, die sehr lebhaft Nachfrage nur knapp deckte. Infolgedessen konnten — soweit Getreide frei gehandelt wurde — sowohl für Roggen als auch für Weizen Preise erzielt werden, die zum Teil beträchtlich über den amtlichen Erzeugerpreisen lagen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Futtergetreidepreise frei Hof, insbesondere für Milocorn, in den letzten Wochen beträchtlich über den — subventionierten — Abgabepreis der Vorratsstelle gestiegen, da die Futtermiteinfuhren, die bisher getätigt werden konnten, zu gering sind, um die mit der Ausdehnung der Schweinebestände stark erhöhte Nachfrage zu den offiziellen Preisen zu decken. Die normale Relation zwischen den Erzeugerpreisen für Brot-

getreide und den Futtergetreidepreisen hat sich daher erheblich zuungunsten der ersteren verschoben, so daß Brotgetreide, vor allem Roggen, mehr und mehr in den Futtertrog anstatt zu den Mühlen wandert. Die relativ geringen Erzeugerpreise für Roggen und in gewissem Grade auch für Weizen verhindern außerdem, daß die diesjährige Rekordernte an Kartoffeln in dem an sich möglichen Umfang für Futterzwecke ausgenutzt wird, zumal die überschüssigen Kartoffeln hauptsächlich in Süddeutschland anfallen, während die wichtigsten Schweinemastgebiete in Norddeutschland liegen. Die Kartoffelpreise sind infolgedessen zum Teil stark rückläufig, was wiederum die Gefahr heraufbeschwört, daß im nächsten Jahr die Anbaufläche eingeschränkt wird.

Das Festhalten der inländischen Getreidepreise bildet aber auch ein schwieriges Finanzproblem, da bei der gegenwärtigen Tendenz der Weltmarktpreise die Herabschleusung der Einfuhrpreise auf das inländische Preisniveau wachsende Subventionen erfordert. Als im Sommer dieses Jahres beschlossen wurde, die inländischen Getreidepreise nicht ganz an die Weltmarktpreise anzupassen, sondern die Differenz weiter durch Subventionen zu decken, konnte erwartet werden, daß sich der im ersten Halbjahr zu verzeichnende Rückgang der Weltmarktpreise fortsetzen und damit allmählich von der Seite des Weltmarkts her ein Gleichgewicht geschaffen werden würde, wodurch Subventionen sich erübrigten hätten. Durch die Preisentwicklung, die sich mit dem Ausbruch des Korea-Konflikts angebahnt hat, ist diese Hoffnung jedoch vorläufig zunichte gemacht worden. Zur Anpassung der Einfuhrpreise an die im Sommer festgelegten Inlandspreise sind vielmehr eher steigende Subventionen nötig. Die letzten Schätzungen für das Wirtschaftsjahr 1950/51 beliefen sich bereits auf über 300 Mill. DM allein für Getreide, wobei aber eine weitere Erhöhung durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, besonders wenn infolge der Verfütterung größerer Brotgetreidemengen aus der inländischen Erzeugung und einer weiteren starken Ausdehnung der Schweinebestände der Einfuhrbedarf wachsen sollte.

Auch die Zuckereinfuhr erfordert seit dem starken Preisanstieg, den der Korea-Konflikt auf

dem Weltmarkt auslöste, beim derzeitigen Inlands-Festpreis hohe Subventionen. Zur Zeit beträgt die Preisdifferenz etwa 200 DM je t. Hinzu kommt, daß die inländische Zuckernachfrage in den letzten Monaten sehr stark zugenommen hat, so daß nunmehr für das laufende Zuckerjahr (1. Oktober 1950 bis 30. September 1951) mit einem Bedarf von 1,5 Mill. t gegen 1,2 Mill. t im letzten Jahr gerechnet wird. Würde sich diese Schätzung bewahrheiten, so würde der Einfuhrbedarf — trotz der von 550 000 t auf 850 000 t erhöhten inländischen Zuckergewinnung — mit ungefähr 650 000 t um etwa 50 000 t höher sein als im Vorjahr und einen Subventionsbetrag von mindestens 130 Mill. DM bei den derzeitigen Preisrelationen erfordern.

Was die Lohnentwicklung angeht, so stehen nunmehr die Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung über die Industriearbeiterlöhne für September 1950 zur Verfügung. Bei

Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit¹⁾
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet

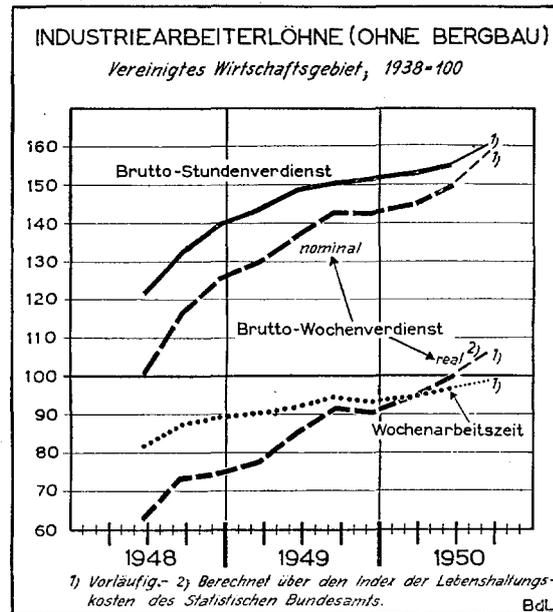
	1948	1949	1950		
	Juni	Dez.	März	Juni	Sept. ²⁾
Industriearbeiterlöhne					
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste	Dpf				
Alle Arbeiter	98,5	121,6	122,9	124,4	127,7
Männer	106,5	132,8	134,0	135,5	139,8
Frauen	63,5	84,8	86,1	86,5	88,9
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste	DM				
Alle Arbeiter	40,51	56,97	58,13	59,91	62,75
Männer	44,31	63,37	64,64	66,51	69,87
Frauen	24,80	37,55	38,27	39,18	41,45
Arbeitszeit					
Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit	Stunden				
Alle Arbeiter	41,1	46,9	47,3	48,2	49,1
Männer	41,6	47,7	48,2	49,1	50,0
Frauen	39,0	44,3	44,4	45,3	46,6
Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ohne Bergbau. — ²⁾ Vorläufig.					

ihrer Beurteilung ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der in letzter Zeit zugebilligten Lohnerhöhungen in ihnen noch nicht zum Ausdruck kommt, da die Mehrzahl der neuen Tarifverträge erst nach dem 30. September 1950 in Kraft getreten ist. Immerhin lagen die durchschnittlichen Stundenverdienste bereits Ende September um etwa 3 vH und die durchschnittlichen Wochenverdienste — bei einer Erhöhung

der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit um weitere 2 vH — um ungefähr 5 vH überdem Stand von Mitte des Jahres, was einen wesentlich stärkeren Anstieg als je in einem anderen Quartal seit über einem Jahr bedeutet. Der offizielle Lebenshaltungskostenindex ist im gleichen Zeitraum unter Einbeziehung der Kosten von Obst und Gemüse noch gesunken, und zwar von 151 auf 148 vH seines Standes von 1938, und nur um einen Punkt — nämlich von 150 auf 151 — gestiegen, wenn man Obst und Gemüse, deren Preise bekanntlich starken Saisonschwankungen unterliegen, außer acht läßt. Der vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften berechnete Lebenshaltungskostenindex für die niedrigsten Einkommensgruppen weist demgegenüber im dritten Quartal zwar bereits durchweg eine Steigerung auf, — nämlich von 96,0 vH (1. Vierteljahr 1949 = 100) im Juni auf 97,3 vH im September unter Einschluß von Obst und Gemüse und von 93,8 auf 98,3 vH ohne Obst und Gemüse. Aber selbst diese Zunahme geht nicht über die Steigerung der Wochenverdienste für den Durchschnitt der Industriearbeiter hinaus, so daß man also annehmen kann, daß sich das Realeinkommen des bei weitem größten Teils der Industriearbeiterschaft im dritten Vierteljahr weiter erhöht hat. Im Vergleich zu seinem — allerdings sehr niedrigen — Stand bei der Währungsreform (Juni 1948) war es — gemessen am offiziellen Lebenshaltungskostenindex und an den durchschnittlichen Brutto-Wochenverdiensten — um etwa 65 vH höher, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich im selben Zeitraum die Industrieproduktion je Beschäftigten annähernd verdoppelt hat.

In der Zeit seit Ende September dürften die Lohnsteigerungen eher noch stärker gewesen sein als im dritten Vierteljahr. An größeren Erhöhungen fallen in diese Periode z. B. die in der chemischen Industrie, in Teilen der Metallindustrie, in der Textilindustrie und im Bekleidungs-gewerbe vorgenommenen Lohnaufbesserungen

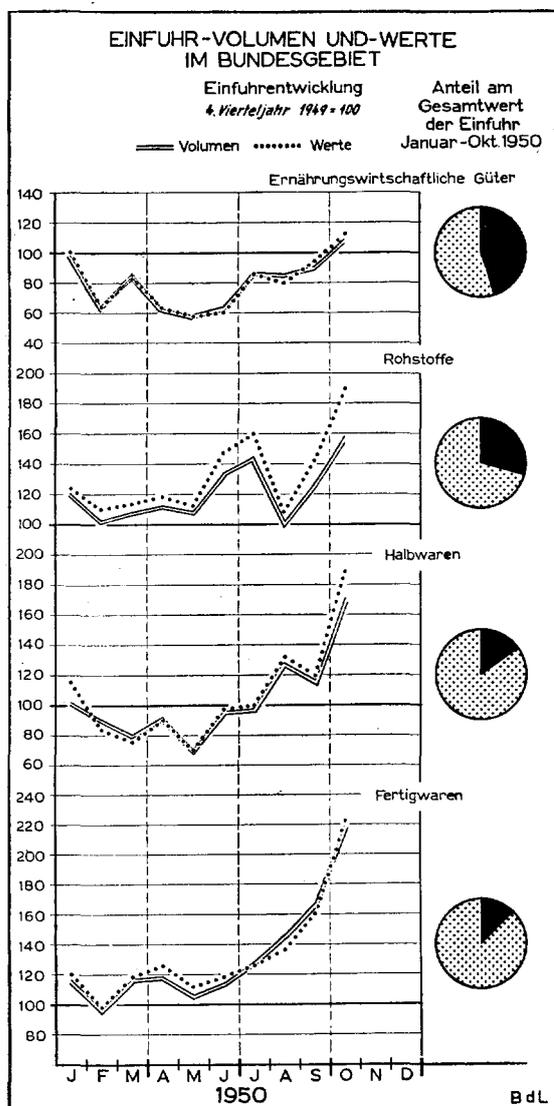
sowie die am 1. November 1950 in Kraft getretene Heraufsetzung der Bergarbeiterlöhne (die im oben erwähnten Index allerdings nicht berücksichtigt werden, da er sich nur auf die Löhne der Industriearbeiter im engeren Sinne des Wortes und der Bauarbeiter bezieht). Vorläufig kann



auch von einem Abklingen der Lohnbewegung noch kaum die Rede sein. Charakteristisch hierfür ist z. B. die Tatsache, daß in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens der erst im August d. J. abgeschlossene Tarifvertrag von den Gewerkschaften bereits wieder zum 31. Dezember 1950 gekündigt wurde. Zahlreiche andere Tarifverträge laufen in den nächsten Wochen automatisch ab, und von Arbeitnehmerseite ist bereits in verschiedenen Fällen erklärt worden, daß diese Gelegenheit zur Durchsetzung höherer Lohnforderungen benutzt werden würde. Wenn die Rohstoffkosten weiter wachsen und die Begrenzung des Kreditvolumens einer Abwälzung höherer Kosten auf die Preise Schranken setzt, wird es allerdings immer schwieriger werden, solche Forderungen durchzusetzen, ohne damit die Aufrechterhaltung des bisherigen Produktions- und Beschäftigungsniveaus zu gefährden.

Außenwirtschaft

Die Lage der Außenwirtschaft hat sich im November 1950 insofern verbessert, als die Defizite im Handels- und Zahlungsverkehr nicht unerheblich geringer waren als in den beiden vorangegangenen Monaten. Der Passivsaldo des Außenhandels belief sich nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes auf insgesamt 230,5 Mill. DM gegenüber 411,7 Mill. DM im Oktober und 307,4 Mill. DM im September.



Im „kommerziellen“ Außenhandel, der neben der Ausfuhr nur die Einfuhr gegen Devisen umfaßt, war die Abnahme des Passivsaldo sogar noch stärker: Im November betrug hier der Einfuhrüberschuß nur noch 71,6 Mill. DM gegen 206,2 Mill. DM im Oktober und 185,4 Mill. DM im September, während im August allerdings

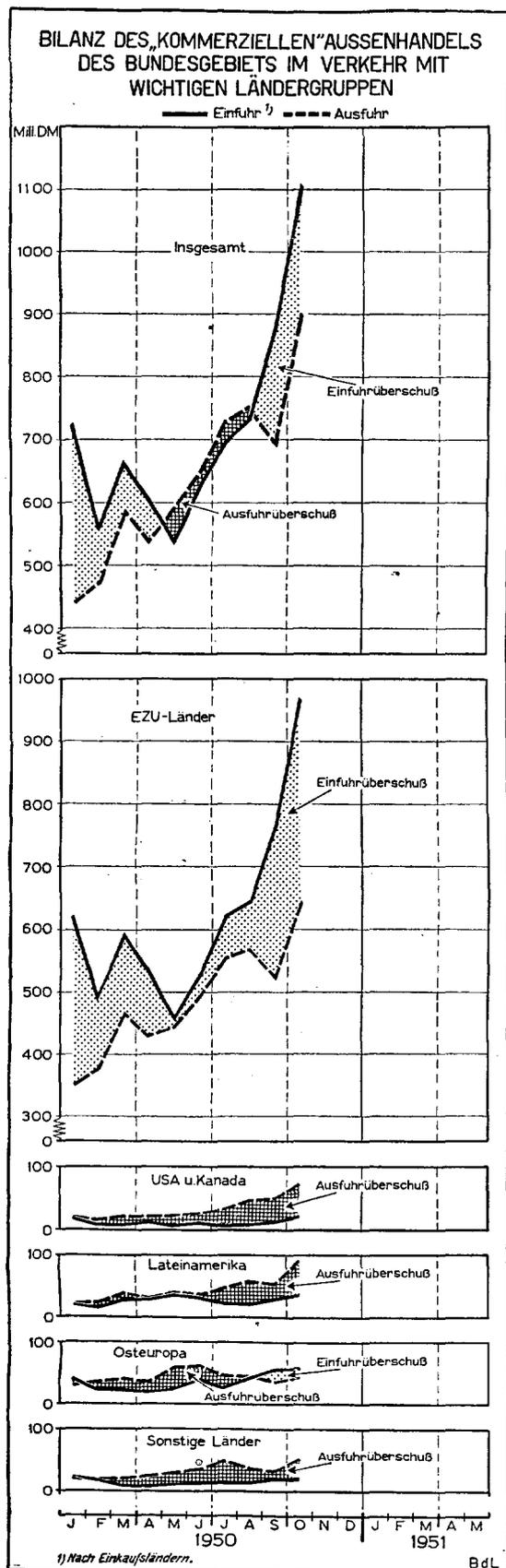
noch ein Ausfuhrüberschuß von 19,1 Mill. DM zu verzeichnen gewesen war. Die Verminderung des Passivsaldo zwischen Oktober und November beruht dabei zu einem erheblichen Teil auf einem weiteren Anstieg der Ausfuhr und nicht nur auf einem Rückgang der Einfuhr: Die Einfuhr ist von 1 313,6 Mill. DM im Oktober auf 1 206,2 Mill. DM im November gesunken, wohingegen die Ausfuhr von 901,9 Mill. DM auf 975,7 Mill. DM gestiegen ist und damit einen neuen Höchststand erreicht hat. Der Rückgang der Einfuhr in Höhe von insgesamt 107,4 Mill. DM entfiel zu 60,8 Mill. DM auf die Einfuhr gegen Devisen

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Warengruppen	1950				
	M.-D. 2. Vj.	August	Sept.	Okt.	Nov.
I. Ausfuhr, gesamt	596,3	752,9	698,9	901,9	975,7
davon:					
Ernährungswirtschaft	10,1	12,0	10,0	27,1	36,4
Gewerbliche Wirtsch.	586,2	740,9	688,9	874,8	939,3
davon:					
Rohstoffe	90,8	102,8	114,3	109,1	112,7
Halbwaren	113,7	155,9	131,1	142,2	151,5
Fertigwaren	381,7	482,2	443,5	623,5	675,1
II. Einfuhr, gesamt	738,8	864,4	1 006,3	1 313,6	1 206,2
davon:					
Ernährungswirtschaft	303,8	399,8	472,1	562,0	478,2
Gewerbliche Wirtsch.	435,0	464,6	534,2	751,6	728,0
davon:					
Rohstoffe	245,6	211,4	275,6	368,3	354,9
Halbwaren	93,4	142,5	129,1	203,7	202,0
Fertigwaren	96,0	110,7	129,5	179,6	171,1
III. Saldo, gesamt ²⁾	-142,5	-111,5	-307,4	-411,7	-230,5
IV. Einfuhr auf Grund von Aus- landshilfe	146,2	130,6	122,0	205,5	158,9
V. Einfuhr gegen Devisen	592,6	733,8	884,3	1 108,1	1 047,3
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ²⁾	+ 3,7	+ 19,1	- 185,4	- 206,2	- 71,6

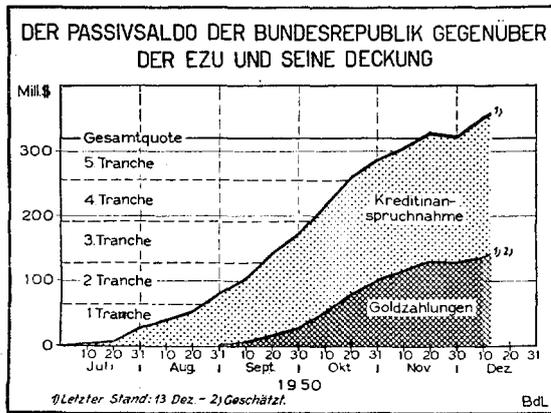
¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschuß = —, Ausfuhrüberschuß = +. — ³⁾ Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.

und zu 46,6 Mill. DM auf die GARIOA- und ERP-Einfuhren, die im Oktober ungewöhnlich hoch gewesen waren. Angaben über die Gliederung des Außenhandels nach Warengruppen und nach Bezugs- und Absatzgebieten stehen für den November bei Abschluß des Berichts noch nicht zur Verfügung. Für den Oktober ist auf Grund der nunmehr vorliegenden Ergebnisse nachzutragen, daß an der sehr starken



Ausfuhrzunahme in diesem Monat in besonderem Maße wieder diejenigen Warengruppen beteiligt waren, auf die ein nicht unbeträchtlicher Teil des Ausfuhrückgangs im September entfallen war, also die Erzeugnisse der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie (Maschinenbau, Fahrzeugbau usw.), so daß die vorübergehende Ausfuhrstockung im September im wesentlichen zufallsbedingt gewesen sein dürfte. Auch die chemische Industrie, die im Verlauf der letzten Monate in einigen Sparten zu einem ausgesprochenen Engpaßgebiet geworden war, hat zu der Ausfuhrsteigerung im Oktober nicht unwesentlich beigetragen.

Die internationale Zahlungsposition der Bundesrepublik hat sich im November ebenfalls entspannt, wengleich es sich auch hier, wie bei der Handelsbilanz, nur um eine Verminderung, aber nicht um eine Überwindung des bisherigen Monatsdefizits handelt. Im Oktober hatte das laufende Zahlungsdefizit allen Ländern gegenüber — gemessen an den zentralen Devisenkonten — rund 98 Mill. \$ betragen, im November dagegen nur 41 Mill. \$. Dem stand freilich eine gegenläufige Bewegung der Devisenkonten der Außenhandelsbanken gegenüber, d. h. ein Teil der als Vorsorge für zukünftige Einfuhrverpflichtungen in den Vormonaten aufgebauten privaten Devisenguthaben wurde im November zur Bezahlung der Einfuhr eingesetzt, so daß die zentralen Zahlungskonten entsprechend weniger belastet wurden. Besonders markant war hier die Verbesserung des Nettodefizits im Handels- und Dienstleistungsverkehr mit den EZU-Ländern (einschließlich der Schweiz, die erst ab 1. November 1950 an der Verrechnung über die EZU beteiligt ist): Es ist von 113,0 Mill. \$ im Oktober auf 42,5 Mill. \$ im November gesunken, und wenn man die Tilgung und Rückzahlung alter Schulden und die Verwendung von existing resources berücksichtigt, betrug das — die Veränderung der westdeutschen Rechnungsposition gegenüber der EZU zum Ausdruck bringende — Defizit im November sogar nur 34,7 Mill. \$ gegen 116,1 Mill. \$ im Oktober. Das kumulative Verrechnungsdefizit der Bundesrepublik gegenüber der EZU, das am 31. Oktober nach den Feststellungen des Agenten in Basel 289,5 Mill. \$ erreicht hatte, ist infolgedessen bis Ende November nur auf 324,2 Mill. \$, d. h. um



Entwicklung der Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der EZU in Mill. \$

	1950				
	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.
Monatliche Nettodefizite aus Handels- und Dienstleistungsverkehr					
einschl. Schweiz	-26,5	-48,1	-98,8	-113,0	-42,5
ohne Schweiz ¹⁾	-28,6	-52,7	-100,3	-114,2	—
Tilgung und Rückzahlung alter Schulden (Saldo)	—	0,6	3,2	1,9	+ 9,4 ²⁾
Nettoposition ¹⁾	-28,6	-53,3	-103,5	-116,1	-33,1 ¹⁾
Verwendung von existing resources	—	—	+ 12,0	—	1,6
Rechnungsposition	-28,6	-53,3	-91,5	-116,1	-34,7
kumulative Rechnungsposition	-28,6	-81,9	-173,4	-289,5	-324,2
davon gedeckt durch:					
a) Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	.	.	142,4	185,9	192,0
b) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	.	.	31,0	103,6	128,0
c) Dollarzahlung außerhalb d. Quote	4,2
zusammen	.	.	173,4	289,5	324,2

¹⁾ Die Schweiz trat erst mit Wirkung vom 1. November 1950 der EZU bei. Von Juli bis Oktober wurde die EZU-Position daher unter Ausschuß der Salden gegenüber der Schweiz errechnet; Nettoposition für November einschl. Schweiz. — ²⁾ Darin die Rückzahlung der am 30. 10. 1950 ausstehenden Verrechnungsschuld der Schweiz in Höhe von 11,3 Mill. Dollar.

nur 4,2 Mill. \$ über die der Bundesrepublik eingeräumte „Quote“, gestiegen.

Allem Anschein nach ging diese Verbesserung der Zahlungsposition sogar weiter, als auf Grund der Verminderung des Defizits im Handels- und Dienstleistungsverkehr zu erwarten gewesen wäre, während sich in den vorangegangenen Monaten umgekehrt die Entwicklung des Zahlungssaldos im allgemeinen erheblich ungünstiger gestaltet hatte als die der Warenhandelssalden. Die Ursachen dieser Wendung (über die genauere

Feststellungen freilich erst nach Vorliegen detaillierter Ziffern über den Handels- und Dienstleistungsverkehr möglich sein werden) liegen einmal darin, daß mit Wirkung vom 1. November 1950 die Schweiz der EZU beigetreten ist und der Guthabensaldo per 30. Oktober 1950 in Höhe von 11,3 Mill. \$, den Westdeutschland ihr gegenüber im laufenden Jahr, besonders in den letzten Monaten, auf Grund erheblicher Ausfuhrüberschüsse erzielt hatte, im November in die Abrechnung einging. Hinzu kommt, daß sich im November zum ersten Mal seit einigen Monaten die Zahlungsmodalitäten im Außenhandel wieder zugunsten Deutschlands geändert zu haben scheinen, was zu einem nicht unerheblichen Teil auf die im Innern eingeleitete Kreditrestriktion zurückzuführen sein dürfte. In den vorangegangenen Monaten waren z. B. Zug um Zug mit den erhöhten Verpflichtungen aus Importakkreditiven die Devisenguthaben der Außenhandelsbanken gestiegen. Ein Teil dieser Guthaben ist nun, wie bereits erwähnt, im November zur effektiven Bezahlung der Importe eingesetzt worden. Aber auch die Importakkreditive sind, wenigstens soweit sie von der Bank deutscher Länder selbst gestellt worden sind, im November zurückgegangen, was darauf hindeutet, daß der Umfang der laufenden Vorauszahlungen für spätere Einfuhren erstmalig seit geraumer Zeit wieder abgenommen hat. Ebenso kann aus verschiedenen Anzeichen entnommen werden, daß sich die Relation zwischen Export und Deviseneingängen im November etwas günstiger gestaltet hat oder m. a. W., die Exportforderungen rascher als bisher realisiert und abgeliefert wurden. Das mag einmal damit zusammenhängen, daß offenbar nicht mehr im gleichen Maße wie früher mit einer Aufwertung des Pfundes gerechnet wird — eine Spekulation, die bisher manchen Exporteur zu einem Ausstehenlassen seiner Pfundforderungen bewogen hatte —, erklärt sich aber in gewissem Umfang sicher auch daraus, daß mit der Verteuerung und Verknappung des Kredits viele Unternehmungen doch gezwungen sind, auch ihre Exportforderungen schneller als bisher einzutreiben und in DM umzuwandeln. Als zusammenfassender Ausdruck für alle diese Vorgänge kann etwa gelten, daß die DM-Einzahlungen auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung

des kommerziellen Außenhandels im November nur noch um 42 Mill. DM über die Auszahlungen an die Exporteure hinausgingen, während im September und Oktober dieser Überschuß 454 bzw. 462 Mill. DM betragen hatte.

Trotz dieser bemerkenswerten Entwicklung wäre es jedoch gänzlich verfehlt, anzunehmen, daß die Bundesrepublik in ihrem Ringen um die Wiedererlangung eines Gleichgewichts ihrer Zahlungsbilanz bereits über den Berg sei. Alle Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß die eigentliche Belastungsprobe noch bevorsteht, da der Importsog zur Zeit noch relativ stark ist. Was die Neuerteilung von Einfuhrlizenzen im liberalisierten Verfahren anbelangt, so haben sich die im Oktober ergriffenen Maßnahmen, vor allem die Bardepotstellung, zwar deutlich ausgewirkt. Im November belief sich die Ausstellung neuer Lizenzen auf nur noch 90 Mill. \$ gegen 319 Mill. \$ im August, 320 Mill. \$ im September und 213 Mill. \$ im Oktober (in dem vom 9. bis 14. keine Lizenzen erteilt wurden). In der ersten Dezember-Hälfte ist die arbeitstägliche Ausgaberate allerdings wieder von etwa 3,6 Mill. \$ im November auf etwa 5,5 Mill. \$ angeschwollen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß hinter den neuen Lizenzen, für die bekanntlich ein Bardepot von 50 vH des DM-Gegenwertes aufgebracht werden muß, aller Wahrscheinlichkeit nach eine weit ernstere Einfuhrabsicht steht als hinter den vor der Einführung des Bardepots erteilten Lizenzen, die vielfach nur vorsorglich aufgenommen worden waren und deshalb zu einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz nicht ausgenutzt wurden. Immerhin entspricht eine arbeitstägliche Rate der Lizenzerteilung von etwa 4 Mill. \$ ungefähr dem entsprechenden Durchschnitt der effektiven liberalisierten Wareneinfuhr im dritten Vierteljahr, der um etwa ein Viertel niedriger war als im Oktober, so daß, wenn nur mit der Realisierung der neu ausgegebenen liberalisierten Einfuhrlizenzen zu rechnen wäre, für die nächste Zeit kaum eine wesentliche Erhöhung der Einfuhr befürchtet zu werden brauchte. Neben den neu ausgegebenen Lizenzen besteht jedoch ein noch immer erheblicher Block an sogenannten „alten“ Einfuhrbewilligungen, der bei der Über-

prüfung im Oktober bereits mit Kontrakten belegt war und infolgedessen erhalten blieb. Seine genaue Größe läßt sich für den gegenwärtigen Zeitpunkt zwar nicht feststellen, da die Ausnutzung alter und neuer Kontrakte statistisch nicht getrennt erfaßt wird, aber zusammen mit den neuen, seit dem 16. Oktober erteilten und bisher noch nicht ausgenutzten Lizenzen standen am 10. Dezember 1950 noch Lizenzen im Gesamtwert von 572 Mill. \$ für liberalisierte und nicht-liberalisierte Einfuhren allein aus dem EZU-Raum aus, wozu noch in Kraft befindliche Devisenzuteilungsbestätigungen in Höhe von 83 Mill. \$ und Einfuhrbewilligungen in Höhe von 88 Mill. \$ für Importe aus Nicht-EZU-Ländern kamen. Ein großer Teil dieser Lizenzen würde nun gegen Ende des Jahres, wenn er bis dahin nicht ausgenutzt ist, verfallen oder er müßte — was keineswegs generell geschehen würde — prolongiert und dabei mit einem Bardepot belegt werden, soweit dieses — wie bei der Mehrzahl der „alten“ Lizenzen — bisher noch nicht gestellt war; viele Importeure sind deshalb zur Zeit um eine möglichst rasche Realisierung der betreffenden Bewilligungen bemüht. Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß im Dezember die Neu-Ausschreibungen für nicht-liberalisierte Einfuhren wieder in erheblichem Umfang aufgenommen wurden und die auf Grund dieser Ausschreibungen abgeschlossenen Kontrakte teilweise schon ab Anfang nächsten Jahres fällig werden dürften.

Es ist also nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß die kommerzielle Einfuhr, besonders die aus dem EZU-Raum, im Dezember und vielleicht auch im Januar erneut wächst, und zwar eventuell sogar stärker als die Ausfuhr, so daß nicht nur mit einem Fortbestand, sondern unter Umständen sogar mit einer abermaligen Erhöhung des Handelsbilanzdefizits zu rechnen wäre. Wenn der Block der „alten“ Lizenzen erst einmal ausgenutzt sein wird (bzw. die Importeure die Lizenzen unausgenutzt zurückgeben) und die Neuerteilung von Lizenzen nicht wesentlich über den bisherigen Umfang hinausgeht oder mit der allmählichen Verminderung des Importsogs vielleicht sogar abnimmt, wird sich diese Situation zwar wieder ändern. Aber zumindest für Dezember und Januar dürfte, entsprechend der voraussichtlichen Handelsentwicklung, eher eine im

Vergleich zum November erhöhte Belastung der Devisenbilanz zu erwarten sein.

Zur Deckung dieser Verpflichtungen steht nun neben den Deviseneingängen aus dem Export allerdings noch der Sonderkredit in Höhe von 120 Mill. \$ zur Verfügung, den die EZU am 13. Dezember 1950 der Bundesrepublik eingeräumt hat. Für die Gewährung dieses Kredits war sogar ausdrücklich die Überlegung maßgebend, daß in den Wintermonaten das Zahlungsbilanzdefizit Westdeutschlands noch recht erheblich sein, ja zunächst wahrscheinlich sogar noch wachsen würde, daß aber vom Frühjahr 1951 ab — vor allem auf Grund der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Bundesregierung und die Bank deutscher Länder im Interesse der Zahlungsbilanzsanierung ergriffen haben — das Defizit zurückgehen und allmählich Überschüssen im Verkehr mit der EZU weichen würde. Der Kredit ist bisher noch nicht in Anspruch genommen worden, da bei der am 15. Dezember 1950 stattgehabten Abrechnung für den November das über die Quote von 320 Mill. \$ hinausgehende Zahlungsbilanzdefizit nur etwas über 4 Mill. \$ betrug, so daß es ganz aus den eigenen Dollarbeständen der Bank deutscher Länder — anstatt, wie es möglich gewesen wäre, zu zwei Dritteln mit Hilfe des Sonderkredits — abgedeckt wurde. Eine nicht unbeträchtliche Inanspruchnahme des Kredits wird jedoch schon bei der Mitte Januar stattfindenden Abrechnung für das Dezemberdefizit erforderlich sein, da die Entwicklung des Zahlungssaldos gegenüber der EZU bereits in der ersten Dezemberhälfte erkennen läßt, daß sich die Zahlungsposition der Bundesrepublik in Übereinstimmung mit den angestellten Erwägungen tatsächlich zunächst wieder verschlechtert.

Trotzdem muß immer im Auge behalten werden, daß diese Kredithilfe nur eine *Ü b e r b r ü c k u n g s h i l f e* für wenige Monate ist, da sich nach den kürzlich getroffenen endgültigen Abmachungen die eingeräumte Kreditlinie von 120 Mill. \$ bereits ab Mai 1951 jeden Monat um 20 Mill. \$ verringern wird, so daß die in Anspruch genommenen Kredite spätestens bis Ende Oktober 1951 getilgt sein müssen. Westdeutschland wird also alles daran setzen müssen, um in dieser Zeit nicht nur zu einem Gleichgewicht seiner Zahlungsbilanz zu kommen, sondern darüber

hinaus auch wieder die Überschüsse zu erzielen (sei es nun innerhalb oder außerhalb der EZU), die zur Abdeckung des Kredits erforderlich sind. Das wird gewiß nicht leicht sein, wenn man bedenkt, daß das Defizit der „kommerziellen“ Handelsbilanz, das also bis zum nächsten Frühjahr eliminiert und durch mehr oder weniger hohe Überschüsse abgelöst werden muß, im September und Oktober durchschnittlich etwa 46 Mill. \$ betrug, und daß gleichzeitig die Auslandshilfe durch GARIOA- und ERP-Einfuhren immer geringer wird. In den ersten zehn Monaten von 1949 etwa hatte die Auslandshilfe noch nahezu 80 Mill. \$ im Monatsdurchschnitt ausgemacht, in den ersten zehn Monaten von 1950 dagegen nur noch rd. 40 Mill. \$. Mit einer weiteren Verminderung der Hilfslieferungen im nächsten, am 1. Juli 1951 beginnenden Marshallplan-Jahr muß gerechnet werden. Gegenüber dem Stande der letzten Monate könnte sich also der „Netto-Außenbeitrag“ zum Sozialprodukt (der sich aus dem Umfang der Auslandshilfe und dem jeweiligen Defizit oder Überschuß der Bilanz des „kommerziellen“ Außenhandels ergibt) im zweiten Halbjahr 1951 leicht um mindestens 60 bis 70 Mill. \$ je Monat vermindern, besonders, wenn in der ersten Jahreshälfte der Sonderkredit der EZU stark in Anspruch genommen wird und im zweiten Halbjahr dann entsprechende Rückzahlungen zu leisten sind.

Zweifelloos wird Deutschland eine so gewaltige Verschiebung in seiner Zahlungsbilanz nur erreichen, wenn die Entwicklung des Einfuhrbedarfs in gewissen Grenzen bleibt, da sonst der Ausfuhr eine wohl unlösbare Aufgabe gestellt würde. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es unerlässlich, nicht nur jede spekulative Übersteigerung der Einfuhr von vornherein auszuschließen, sondern durch eine relative Knapphaltung der inneren Kaufkraft auch den „echten“ Einfuhrbedarf in Schranken zu halten. Wie weit man hierbei wird gehen müssen, wird ganz von der Entwicklung der Ausfuhr abhängen. Von Juni bis November ist diese um rd. 80 Mill. \$ gestiegen. Hält diese Steigerung auch nur annähernd an, so würde es aller Wahrscheinlichkeit nach möglich sein, in den Frühjahrs- und Sommermonaten die Einfuhr auf einer Höhe zu halten, die vielleicht zwar nicht ihrem gegenwärtigen, schon aus Saisongründen ungewöhnlich

hohen Stande entspricht, aber doch sowohl wertmäßig als auch mengenmäßig über dem im dritten Vierteljahr 1950 erreichten Niveau liegen könnte.

Allerdings ist auch für eine derartige Zunahme der Ausfuhr unbedingte Voraussetzung, daß die Entwicklung des Binnenmarktes nicht das Ausfuhrinteresse lähmt oder etwa durch eine Erhöhung der inländischen Preise die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft schwächt. Eine auf die Dauer „expansive“, d. h. die Einfuhr-

möglichkeiten nicht — oder jedenfalls nicht empfindlich — beeinträchtigende Lösung des Zahlungsbilanzproblems wird also nur in Frage kommen, wenn die Wirtschaftspolitik für eine gewisse Zeit die Binnennachfrage bewußt beschränkt, um damit sicherzustellen, daß die Ausfuhr alle ihr durch die Weltkonjunktur gebotenen Chancen nutzt und der Bundesrepublik damit eine stärkere Einschränkung der Einfuhr erspart bleibt, die auf die Dauer auch die inneren Expansionsmöglichkeiten nur beeinträchtigen würde.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	34
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	36
3. Zahlungsmittelumlauf	37
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken	38
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute, aufgegliedert nach Bankengruppen	40
2. Mindestreservesätze	40
III. Halbmonatliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	41
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	42
a) Zwischenausweise	42
zusammengefaßt nach:	
Bundesgebiet	42
Länder	44
Bankengruppen	52
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	56
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	58
2. Postscheckämter und Postsparkasse	59
a) Einlagen und Vermögenswerte	59
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	59
3. Bausparkassen	60
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	60
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	60
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	61
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken	62
zusammengefaßt nach:	
a) Bundesgebiet	62
b) Länder	64
c) Bankengruppen	68
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	70
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.)	70
5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	71
6. Geplante Verwendung und bisherige Inanspruchnahme der zweiten ERP-Tranche	72
VI. Geldvolumen	
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	73
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	74
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	78
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	78
4. Wechselproteste	79
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	80
2. Verschuldung von Bund und Ländern	80
3. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	81
4. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherung im Bundesgebiet	81
5. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherung im Bundesgebiet	81
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets nach Warengruppen	82
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	84
X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	86
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	87
3. Eisen- und Stahlerzeugung	87
4. Arbeitsmarkt	87
5. Verkehr	88
6. Indexziffer der Grundstoffpreise	89
7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten	89
XI. Internationale Übersichten	
1. Wechselkurse in US-Cents	90
2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	92
3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	92
4. Preise wichtiger Welthandelswaren	93

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva									
	Guthaben in aus- ländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postcheck- guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel	Deutsche Scheide- münzen	Lombardforderungen		
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1949										
31. Dezember	833,9	(11,7)	(755,2)	33,4	(3 225,7)	233,7	Infolge des Übergangs der Mürzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbank- systems be- findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert.	357,6	302,3	
1950										
31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1		305,3	275,5	
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6		384,2	354,1	
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3		258,8	241,4	
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7		254,8	224,9	
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5		286,4	257,2	
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen										
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3	431,3	252,5		
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7	240,9	231,2		
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7	261,2	239,0		
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7	312,0	287,3		
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3	300,4	273,7		
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6	310,7	292,4		
Stand	Passiva									
	Zahlungsmittel- umlauf	Einlagen							von Spalte 22 entfallen	
		insgesamt	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postspar- kassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften					insgesamt	sonstige öffentl. Körpers- schaften
				davon						
				Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Bund und Länder	Gemeinden und Gemeinde- verbände				
ab 31. 7. 50 nur Bank- noten- umlauf	(Spalte 23, 24, 29 und 30)									
21	22	23	24	25	26	27	28			
1949										
31. Dezember	[7 737,5]	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)	11,4	353,9		
1950										
31. Januar	[7 609,7]	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)	12,3	373,0		
28. Februar	[7 689,8]	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)	12,0	426,6		
31. März	[7 828,3]	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)	14,2	441,4		
30. April	[7 981,1]	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)	17,9	389,9		
31. Mai	[7 936,4]	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)	12,4	491,4		
Im Juni 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Die nicht mehr vergleichbaren Zahlenreihen										
30. Juni	[8 160,0]	4 248,6	1 014,3	2 854,8	1 194,3	1 294,9	13,7	351,9		
31. Juli	8 100,8	4 076,7	1 036,4	2 502,0	964,9	1 119,7	9,9	407,5		
31. August	8 026,3	4 035,9	1 052,2	2 583,0	1 011,7	1 221,2	10,8	339,3		
30. September	8 213,1	4 072,7	1 055,4	2 383,0	1 036,0	1 000,0	14,2	329,8		
31. Oktober	8 122,8	4 613,7	1 436,1	2 563,8	1 039,9	1 152,1	10,2	301,6		
30. November	8 099,4	4 912,3	1 501,2	2 741,4	940,4	1 361,8	11,3	427,9		

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ³⁾ Sowohl Rücklagen als auch Rücklagen der Bank deutscher Länder in den „Sonstigen Passiven“ enthalten. — ⁴⁾ Darin ist ab 31. 10. 1950 das „Asservatenkonto“

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1)

Mill. DM

Aktiva										
Vorschüsse und kurzfristige Kredite					Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Ver- mögens- werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen		insgesamt	darunter Ausgleichs- forderungen	
	Bund und Bundes- ver- waltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungs- mächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder										
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
983,6	515,5	144,7	323,4	—	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3
1 136,8	550,4	161,8	424,6	—	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0

Passiva							
Einlagen		Verbindlich- keiten aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der BdL und der Landes- zentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen ⁸⁾	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbank- systems	sonstige Verbindlich- keiten	Bilanz- summe
auf Einlagen der							
sonstigen inländischen Einleger ⁴⁾	aus- ländischen Einleger						
29	30	31	32	33	34	35	36
204,3	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4
534,8	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6
426,8	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6
334,0	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
409,9	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7
458,5	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8
sind durch () gekennzeichnet. Vgl. Hinweise im Ausweis der Bank deutscher Länder							
375,6	3,9	1 231,6	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
534,3	4,0	1 392,3	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
389,8	10,9	1 559,2	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
632,0	5,3	2 247,3	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
608,2 ⁴⁾	5,6	2 403,1	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
664,1	5,6	2 342,0	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5

— 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der
stellungen der Bank deutscher Länder sind ab 30. 6. 1950 in diese Position einbezogen. Im BdL-Ausweis sind die Rückstel-
Einfuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken enthalten.

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1)

in Mill. DM

Stand	Aktiva													
	Guthaben in ausländischer Währung 2)	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks 2)	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Postscheckguthaben 3)	Inlandswechsel	Schatzwechsel der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva 3)	
											Ausgleichsforderungen	unverzinsl. Schuldverschreibungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
1949														
31. 12. 1950	833,9	(11,7)	755,2	31,7	(2 820,5)	—	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5	
31. 1.	724,6	(13,1)	913,3	30,5	(2 946,6)	3,0		1 491,8	2,5	0,0	5 137,0	639,2	67,4	
28. 2.	642,5	(14,4)	528,5	27,8	(2 883,0)	27,1		1 618,1	1,0	0,1	5 198,0	639,2	70,9	
31. 3.	657,6	(16,0)	519,5	27,0	(3 139,8)	19,4		1 458,4	24,0	0,2	5 057,2	639,2	75,2	
30. 4.	803,4	(17,6)	482,9	23,4	(3 010,9)	34,0		1 152,7	228,7	0,3	5 168,9	639,2	71,8	
31. 5.	892,7	(19,6)	417,6	28,9	(2 850,1)	29,8		1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5	
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.														
		einschließlich ausländische Wechsel und Schecks (bisher in Spalte 5)	siehe Anmerkung 4)		ohne Auslandswechsel und Schecks (vgl. Spalte 2)		des Zentralbank-systems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 50 akkumuliert							
30. 6.	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9		1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8	
31. 7.	1 317,8	53,7	19,6	26,0	2 667,8	0,7		1 417,2	863,9	260,0	5 272,4	639,2	118,8	
31. 8.	1 321,4	55,1	26,2	17,7	2 480,2	40,0		1 376,6	1 006,8	260,0	5 254,6	639,2	119,6	
30. 9.	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8		1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4	
31. 10.	1 262,5	57,8	24,9	28,2	3 664,6	298,2		1 153,1	838,7	335,0	5 253,7	639,2	140,8	
7. 11.	1 263,3	58,6	12,1	34,6	3 771,2	300,7		898,5	842,8	335,0	5 273,1	639,2	141,6	
15. 11.	1 069,4	60,1	42,3	45,2	3 551,7	297,1		862,1	785,4	335,0	5 271,4	639,2	142,4	
23. 11.	1 086,6	63,6	38,6	39,9	3 505,1	242,1		823,4	799,1	335,0	5 254,2	639,2	143,1	
30. 11.	1 119,7	67,1	35,2	32,4	3 820,9	184,8		1 113,4	974,4	335,0	5 188,9	639,2	143,1	
7. 12.	1 154,8	66,1	22,5	46,0	3 828,5	234,3		970,2	877,3	335,0	5 282,7	639,2	143,3	
Passiva														
Stand	Zahlungsmittel-umlauf ab 31. 7. 1950 nur Banknotenumlauf	Einlagen								Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme
		insgesamt (Spalte 16 bis 21)	aufgegliedert in Einlagen					sonstiger alliierter Dienststellen	sonstige					
			der Landes-zentral-banken	der Dienststellen des Bundes		der Hohen Kom-missare 5)								
14	15	16	Sonder-konten des Bundes	sonstige Gut-haben	19	20	21	22	23	24	25	26		
1949														
31. 12. 1950	[7 737,5]	(860,0)	426,3	—	75,3	323,3	—	35,1	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1	
31. 1.	[7 609,7]	(1 151,0)	304,4	—	117,0	300,9	—	428,7	(2 861,5)	(246,8)	100,0	—	11 969,0	
28. 2.	[7 689,8]	(1 123,3)	320,2	—	212,4	301,0	—	289,7	(2 476,5)	(261,0)	100,0	—	11 650,6	
31. 3.	[7 828,3]	(955,9)	308,7	—	150,8	301,1	—	195,3	(2 485,2)	(264,1)	100,0	—	11 633,5	
30. 4.	[7 981,1]	(779,5)	100,8	—	120,8	301,1	—	256,8	(2 510,3)	(262,9)	100,0	—	11 633,8	
31. 5.	[7 936,4]	(949,4)	193,5	—	170,9	301,3	—	283,7	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2	
Am 7. 6. 1950 wurde das Ausweis-Schema geändert. Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet.														
				GARIOA/ERP-Gegenwert-mittel (bisher in Spalte 22)		JEIA, STEG und ERP-Verwaltung (bisher in Spalte 22)			zum Teil ab 7. 6. in den Einlagen (vergleiche Spalte 17 und 20)	ver-gleiche Spalte 25		bis zum 31. 5. 50 in den sonstigen Passiven enthalten		
30. 6.	[8 160,0]	2 791,7	342,9	1 097,8	173,6	301,8	694,8	180,8	1 231,6	287,8	100,0	70,0	12 641,1	
31. 7.	8 100,8	2 674,3	355,6	951,1	196,1	251,8	566,0	353,7	1 392,3	341,4	100,0	70,0	12 678,8	
31. 8.	8 026,3	2 535,0	313,1	1 002,2	178,0	250,9	588,2	202,6	1 559,2	334,1	100,0	70,0	12 624,6	
30. 9.	8 213,1	2 426,0	186,4	759,3	211,6	250,9	589,8	428,0	2 247,3	335,5	100,0	70,0	13 391,9	
31. 10.	8 122,8	2 691,3	328,9	955,0	262,4	250,5	595,5	299,0	2 403,1	349,6	100,0	70,0	13 736,8	
7. 11.	7 864,7	2 817,4	473,2	954,7	302,2	250,5	590,3	246,5	2 417,4	345,4	100,0	70,0	13 614,9	
15. 11.	7 601,9	2 748,0	433,7	969,2	307,9	250,1	590,2	196,9	2 277,1	352,0	100,0	70,0	13 149,0	
23. 11.	7 289,4	2 895,0	515,5	1 134,7	252,5	250,3	566,8	175,2	2 322,6	344,9	100,0	70,0	13 021,9	
30. 11.	8 099,4	2 742,2	395,9	1 179,0	262,5	250,3	509,6	144,9	2 342,0	356,1	100,0	70,0	13 709,7	
7. 12.	8 024,5	2 675,8	420,7	1 196,9	198,2	250,4	500,3	109,3	2 437,6	353,7	100,0	70,0	13 661,6	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen s. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 4) Ohne DM 400,1 Mill. ERP-Vorlagen, die am 7. 6. 1950 auf die Kassenvorschüsse des Bundes (Spalte 9) übertragen, dann jedoch durch eine Wertpapierübernahme abgelöst wurden. — 5) Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

I. Zentralbank-
Ausweise

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel	
1949			
15. 9.	6 740	7 177	
23. 9.	6 541	6 967	
30. 9.	7 029	7 453	
7. 10.	7 002	7 417	
15. 10.	6 794	7 198	
23. 10.	6 524	6 947	
31. 10.	7 060	7 477	
7. 11.	6 966	7 405	
15. 11.	6 731	7 159	
23. 11.	6 386	6 801	
30. 11.	6 978	7 386	
7. 12.	7 018	7 423	
15. 12.	6 943	7 363	
21. 12.	6 852	7 266	
31. 12.	7 330	7 738	
1950			
7. 1.	7 169	7 570	
15. 1.	6 972	7 365	
23. 1.	6 643	7 038	
31. 1.	7 199	7 609	
7. 2.	7 066	7 472	
15. 2.	6 860	7 260	
23. 2.	6 684	7 080	
28. 2.	7 290	7 690	
7. 3.	7 210	7 607	
15. 3.	7 012	7 405	
23. 3.	6 727	7 116	
31. 3.	7 420	7 828	
7. 4.	7 429	7 834	
15. 4.	7 043	7 445	
23. 4.	6 761	7 158	
30. 4.	7 560	7 981	
7. 5.	7 399	7 817	
15. 5.	7 141	7 544	
23. 5.	6 802	7 206	
31. 5.	7 509	7 937	
7. 6.	7 342	7 767	
15. 6.	7 168	7 575	
23. 6.	6 940	7 338	
30. 6.	7 728	8 160	
7. 7.	7 620	8 049	
15. 7.	7 418	7 844	
23. 7.	7 107	7 518	
	Banknoten und Kleingeld- zeichen	Scheide- münzen des Bundes	
31. 7.	7 681	137	8 238
7. 8.	7 433	139	7 992
15. 8.	7 174	140	7 721
23. 8.	6 797	139	7 346
31. 8.	7 603	140	8 166
7. 9.	7 465	141	8 018
15. 9.	7 279	142	7 827
23. 9.	6 938	141	7 478
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114
15. 10.	7 370	144	7 918
23. 10.	6 974	143	7 520
31. 10.	7 694	145	8 268
7. 11.	7 455	145	8 010
15. 11.	7 202	146	7 748
23. 11.	6 886	146	7 435
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	12,2	32,2	6,3	34,3	14,5
Postscheckguthaben	0,0	1,1	0,0	0,0	0,0
Wechsel und Schecks	0,8	16,4	53,7	31,5	0,8
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	3,5	—	—	26,0	34,9
Wertpapiere	0,6	1,0	—	—	—
Ausgleichsforderungen	94,2	535,6	48,4	218,0	260,3
davon: aus der eigenen Umstellung	(80,1)	(407,4)	(41,0)	(192,3)	(228,5)
angekaufte	(14,1)	(128,2)	(7,4)	(25,7)	(31,8)
Lombardforderungen	15,5	24,0	0,7	6,9	54,7
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(10,5)	(22,7)	(0,7)	(5,7)	(51,8)
Kassenkredite	13,6	50,2	—	—	33,9
davon: an Landesregierung	(13,6)	(50,2)	(—)	(—)	(33,9)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	3,0	53,6	3,8	4,4	33,5
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	145,9	731,6	115,9	329,1	441,1
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	5,3	31,2	3,9	6,8	12,8
Einlagen	101,3	268,1	95,2	277,7	288,0
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(52,6)	(196,7)	(29,0)	(112,6)	(158,5)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(1,0)	(0,8)	(2,1)	(4,5)	(2,8)
öffentliche Verwaltungen	(3,0)	(18,9)	(27,0)	(31,5)	(17,6)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(33,2)	(4,8)	(2,1)	(21,6)	(62,2)
sonstige inländische Einleger	(9,7)	(37,5)	(34,9)	(105,7)	(47,3)
ausländische Einleger	(0,2)	(0,0)	(—)	(1,8)	(2,6)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(1,6)	(9,4)	(0,1)	(—)	(/ 3,0)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	26,2	360,7	—	0,9	84,3
Sonstige Verbindlichkeiten	3,1	21,6	6,8	33,7	26,0
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	145,9	731,6	115,9	329,1	441,1
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	77,5	768,6	127,0	739,8	302,7
darunter Auslandswechsel	(0,3)	(3,1)	(0,8)	(1,3)	(2,5)

†) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

nach dem Stand vom 30. November 1950 +)

I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						1950		
						30. November	31. Oktober	30. September
20,0	198,8	17,2	7,1	29,6	6,1	378,3	197,4	143,4
0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	1,2	2,1	1,6
3,4	33,4	1,2	0,1	8,7	1,8	151,8	235,6	151,0
12,8	61,8	8,5	12,5	—	1,7	161,7	122,0	134,9
2,6	0,4	0,7	—	3,6	0,4	9,3	8,6	7,2
355,0	692,3	131,3	168,3	320,8	56,8	2 881,0	2 787,4	2 740,6
(305,3)	(621,2)	(100,9)	(125,5)	(254,9)	(48,4)	(2 405,5)	(2 341,7)	(2 310,6)
(49,7)	(71,1)	(30,4)	(42,8)	(65,9)	(8,4)	(475,5)	(445,7)	(430,0)
30,3	50,9	53,1	23,4	25,2	20,6	305,3	300,3	292,1
(29,2)	(50,6)	(53,0)	(23,1)	(19,1)	(20,6)	(287,0)	(273,6)	(267,2)
32,1	—	22,2	9,9	0,5	—	162,4	144,8	86,0
(32,1)	(—)	(22,1)	(9,9)	(—)	(—)	(161,8)	(144,7)	(85,8)
(—)	(—)	(0,1)	(—)	(0,5)	(—)	(0,6)	(0,1)	(0,2)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
17,0	54,7	8,1	14,2	9,5	2,2	204,0	194,5	154,5
—	—	—	—	—	—	—	0,1	0,0
484,7	1 120,3	247,9	240,0	406,9	91,6	4 355,0	4 092,8	3 811,3
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
25,1	33,4	5,6	14,3	17,0	2,9	158,3	158,4	146,2
161,5	906,1	143,7	59,1	223,4	49,2	2 573,3	2 276,6	1 837,2
(128,5)	(524,0)	(58,3)	(31,4)	(152,9)	(37,2)	(1 481,7)	(1 415,4)	(1 030,8)
(2,0)	(0,2)	(0,5)	(3,2)	(1,5)	(0,4)	(19,0)	(18,0)	(16,3)
(12,5)	(168,8)	(27,5)	(17,6)	(29,0)	(6,0)	(359,4)	(306,6)	(373,0)
(0,8)	(11,8)	(41,9)	(0,1)	(1,1)	(1,0)	(180,6)	(194,1)	(195,3)
(21,7)	(195,7)	(20,5)	(7,4)	(35,7)	(3,6)	(519,7)	(311,9)	(212,4)
(0,0)	(0,1)	(1,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(5,7)	(5,4)	(5,3)
(/. 4,0)	(5,5)	(/. 6,0)	(/. 0,6)	(3,2)	(1,0)	(7,2)	(25,2)	(4,1)
239,2	53,1	62,8	135,6	122,0	23,1	1 107,9	1 153,1	1 329,4
18,9	62,7	15,8	21,0	14,5	6,4	230,5	219,7	213,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—
484,7	1 120,3	247,9	240,0	406,9	91,6	4 355,0	4 092,8	3 811,3
301,3	743,9	216,4	204,9	380,4	72,5	3 935,0	3 776,3	3 184,3
(2,1)	(13,4)	(2,3)	(0,1)	(4,9)	(0,6)	(31,4)	(27,4)	(22,6)

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen ¹⁾

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950				1950				1950			
	August	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschußreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	464,4	478,1	759,2	788,3	19,5	28,1	26,2	25,8	0,8	0,8	2,5	3,1
a) Nachfolgeinstitute												
ehem. Großbankfilialen	(285,6)	(295,8)	(469,5)	(485,5)	(7,8)	(12,8)	(11,7)	(13,0)	(0,2)	(—)	0,0	(0,1)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(139,7)	(141,8)	(225,1)	(231,9)	(6,7)	(10,5)	(8,9)	(8,0)	(0,0)	(0,2)	(0,8)	(1,0)
c) Privatbanken	(39,1)	(40,5)	(64,6)	(70,9)	(5,0)	(4,8)	(5,6)	(4,8)	(0,6)	(0,6)	(1,7)	(2,0)
2. Hypothekendarlehen und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,0	1,1	2,0	2,3	0,9	1,2	0,9	1,4	—	0,0	0,0	0,0
3. Girozentralen	72,5	73,8	124,6	121,2	21,7	16,7	18,8	8,3	—	—	0,0	—
4. Sparkassen	355,7	360,9	506,0	512,4	11,1	12,2	9,3	9,2	0,8	1,8	3,2	2,9
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	73,5	73,2	97,7	102,0	2,6	2,3	1,6	1,9	0,6	0,6	2,1	3,2
6. Gewerbliche Zentralkassen	1,5	1,4	2,4	2,4	0,3	0,4	0,2	0,2	—	0,0	0,1	0,0
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	63,8	65,1	93,1	94,5	3,5	3,4	3,0	3,7	1,0	1,5	5,4	5,7
8. Sonstige Geldinstitute	85,8	87,1	131,0	132,9	4,1	3,3	3,2	4,2	0,1	0,4	0,4	0,3
Bankengruppen insgesamt	1 118,2	1 140,7	1 716,0	1 756,0	63,7	67,6	63,2	54,7	3,3	5,1	13,7	15,2
	Überschußreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschußreserven (netto) in v. H. der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)				in v. H. der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	18,7	27,3	23,7	22,7	4,0	5,7	3,1	2,9	31,0	43,7	47,9	57,5
a) Nachfolgeinstitute												
ehem. Großbankfilialen	(7,6)	(12,8)	(11,7)	(12,9)	(2,7)	(4,3)	(2,5)	(2,7)	(12,6)	(20,5)	(23,6)	(32,7)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(6,7)	(10,3)	(8,1)	(7,0)	(4,8)	(7,3)	(3,6)	(3,0)	(11,1)	(16,5)	(16,4)	(17,7)
c) Privatbanken	(4,4)	(4,2)	(3,9)	(2,8)	(11,3)	(10,4)	(6,0)	(3,9)	(7,3)	(6,7)	(7,9)	(7,1)
2. Hypothekendarlehen und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	0,9	1,2	0,9	1,4	90,0	109,1	45,0	60,9	1,5	1,9	1,8	3,6
3. Girozentralen	21,7	16,7	18,8	8,3	29,9	22,6	15,1	6,8	35,9	26,7	38,0	21,0
4. Sparkassen	10,3	10,4	6,1	6,3	2,9	2,9	1,2	1,2	17,1	16,6	12,3	15,9
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	2,0	1,7	— 0,5	— 1,3	2,7	2,3	— 0,5	— 1,3	3,3	2,7	— 1,0	— 3,3
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,3	0,4	0,1	0,2	20,0	28,6	4,2	8,3	0,5	0,7	0,2	0,5
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	2,5	1,9	— 2,4	— 2,0	3,9	2,9	— 2,6	— 2,1	4,1	3,1	— 4,8	— 5,1
8. Sonstige Geldinstitute	4,0	2,9	2,8	3,9	4,7	3,3	2,1	2,9	6,6	4,6	5,6	9,9
Bankengruppen insgesamt	60,4	62,5	49,5	39,5	5,4	5,5	2,9	2,3	100,0	100,0	100,0	100,0

*¹⁾ Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Halbmonatliche¹⁾ Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt	
	insgesamt	davon			Wirtschaftsunternehmen und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an				öffentl. rechtl. Körperschaften	davon			Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate					
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite		insgesamt		darunter Akzeptkredite			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
1950														
31. 5.	7 703,9	4 943,3	1 587,3	2 760,6	7 173,8	4 773,4	1 583,7	2 400,4	530,1	169,9	3,6	360,2	1 610,3	
30. 6.	7 836,8	5 018,5	1 538,6	2 818,3	7 277,3	4 844,7	1 538,5	2 432,6	559,5	173,8	0,1	385,7	1 586,1	
15. 7.	7 931,3	5 065,2	1 536,5	2 866,1	7 358,6	4 902,1	1 536,4	2 456,5	572,7	163,1	0,1	409,6	1 594,8	
31. 7.	7 942,0	5 062,8	1 526,9	2 879,2	7 413,8	4 888,0	1 526,7	2 525,8	528,2	174,8	0,2	353,4	1 614,1	
15. 8.	7 911,4	5 058,9	1 499,1	2 852,5	7 415,5	4 905,7	1 498,9	2 509,8	495,9	153,2	0,2	342,7	1 607,2	
31. 8.	8 100,5	5 220,2	1 551,0	2 880,3	7 601,4	5 023,4	1 550,9	2 578,0	499,1	196,8	0,1	302,3	1 607,5	
15. 9.	8 299,5	5 455,3	1 597,5	2 844,2	7 842,8	5 266,6	1 597,3	2 576,2	456,7	188,7	0,2	268,0	1 669,1	
30. 9.	8 582,0	5 632,5	1 745,1	2 949,5	8 111,2	5 432,8	1 745,0	2 678,4	470,8	199,7	0,1	271,1	1 684,5	
15. 10.	8 761,4	5 816,6	1 873,9	2 944,8	8 401,8	5 665,3	1 873,8	2 736,5	359,6	151,3	0,1	208,3	1 768,0	
31. 10.	9 045,0	6 026,4	1 948,8	3 018,6	8 661,9	5 831,6	1 948,7	2 830,3	383,1	194,8	0,1	188,3	1 679,3	
7. 11. ¹⁾	9 083,6	6 070,5	1 960,7	3 013,1	8 702,4	5 879,4	1 960,6	2 823,0	381,2	191,1	0,1	190,1	1 695,3	
15. 11.	9 156,5	6 120,0	1 969,6	3 036,5	8 766,5	5 910,5	1 969,5	2 856,0	390,0	209,5	0,1	180,5	1 709,5	
23. 11.	9 214,9	6 130,7	1 966,1	3 084,2	8 842,9	5 944,6	1 965,9	2 898,3	372,0	186,1	0,2	185,9	1 757,3	
30. 11.	9 322,1	6 180,0	1 958,6	3 142,1	8 948,8	5 974,2	1 958,4	2 974,6	373,3	205,8	0,2	167,5	1 727,4	
7. 12.	9 314,5	6 146,3	1 945,3	3 168,2	8 970,3	5 954,5	1 945,2	3 015,8	344,2	191,8	0,1	152,4	1 760,5	

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termineinlagen		Spareinlagen	
		Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1950					
31. 5.	9 591,5	5 335,6	2 437,1	1 818,8	1 388,5
30. 6.	9 620,0	5 514,3	2 219,8	1 885,9	1 487,9
15. 7.	9 954,7	5 763,2	2 291,8	1 899,7	1 436,4
31. 7.	9 985,9	5 919,7	2 167,7	1 898,5	1 418,7
15. 8.	10 391,4	6 239,3	2 246,1	1 906,0	1 450,8
31. 8.	10 469,7	6 423,5	2 136,9	1 909,3	1 441,9
15. 9.	10 613,7	6 385,1	2 311,5	1 917,1	1 373,0
30. 9.	10 626,5	6 433,0	2 262,3	1 931,2	1 349,3
15. 10.	10 978,1	6 651,8	2 379,9	1 946,4	1 326,1
31. 10.	11 117,8	6 878,6	2 273,4	1 965,8	1 356,1
7. 11. ¹⁾	11 246,4	6 936,8	2 327,2	1 982,4	1 315,0
15. 11.	11 357,7	6 922,1	2 447,1	1 988,5	1 352,7
23. 11.	11 445,0	6 961,6	2 493,7	1 989,7	1 313,9
30. 11.	11 213,9	6 852,9	2 372,1	1 988,9	1 363,6
7. 12.	11 276,1	6 876,8	2 417,6	1 981,7	1 249,7

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ab 7. 11. 1950 wird die Erhebung wöchentlich durchgeführt.

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁶⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder ⁶⁾	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt	
			ins-gesamt ⁵⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel ⁷⁾			Bank-akzpte
1949															
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	
März	3 554	.	1 511,7	1 264,8	52,2	1 342,1	(1 342,1)	.	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	20,4	
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	
Sept.	3 554	.	1 034,8	779,7	44,7	1 707,6	(1 631,8)	259,7	.	.	1 909,8	1 614,7	188,8	117,7	
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	
1950															
Jan.	3 561	.	1 099,9	814,0	47,6	1 544,3	(1 367,2)	328,6	.	.	1 662,1	1 403,0	164,4	176,7	
Febr.	3 562	.	1 035,6	757,2	45,1	1 628,0	(1 414,1)	204,3	.	.	1 726,3	1 463,4	166,3	185,5	
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	
Juli	3 572	25 937,1	1 115,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	823,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	339,8	

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ⁴⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ¹⁰⁾			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter	
					Sicht- und Term-inlagen	Wirtschafts- unternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körper-schaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge-nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus-ländischen Banken benutzte Kredite ¹⁷⁾
						insgesamt	darunter Anlage-konto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949														
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.
März	3 554	.	11 317,7	10 046,6	8 008,5	5 750,0	376,9	2 258,5	2 038,1	1 271,1	146,0	674,1	.	.
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.
Sept.	3 554	.	13 529,4	11 988,4	9 328,2	6 794,0	343,0	2 534,2	2 660,2	1 541,0	24,6	1 153,1	(52,3)	.
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.
1950														
Jan.	3 561	.	13 932,4	12 668,9	9 532,0	6 794,2	316,8	2 737,8	3 136,9	1 263,5	13,8	1 535,5	(90,8)	.
Febr.	3 562	.	14 176,5	12 848,4	9 581,4	6 750,4	314,1	2 831,0	3 267,0	1 328,1	11,2	1 619,7	(94,0)	.
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	22)	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	.	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	.	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	11 984,0	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	.	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	.	1 987,3	262,1	13,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — ³⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Über-Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁵⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁶⁾ Einschließlich mittel-Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — ⁸⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ¹⁰⁾ Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — ¹²⁾ Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien walteten Umstellungsgrundschulden bedingt. — ¹⁴⁾ Die Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ¹⁵⁾ Ein effektiver kannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen. — ¹⁶⁾ Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit ein-anstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM. Stand Juni 1950. — ¹⁹⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. posten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ²¹⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweck-mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ¹⁰⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lr. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt ¹¹⁾	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- in- sti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	.	4 501,0	(4 554,9)	(3 906,9)	(166,7)	(481,3)	Jan.
.	.	4 920,7	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8	.	.	.	März
.	.	4 999,8	.	(6 387,7)	(5 606,4)	(199,7)	(581,6)	(962,6)	820,1	142,5	284,6 ¹³⁾	.	.	.	Juni
.	.	5 138,6	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Sept.
.	Dez.
.	.	5 230,3 ¹⁴⁾	.	(8 234,0)	(7 130,4)	(339,2)	(764,4)	(1 442,1)	1 212,3	229,8	480,9	.	.	.	1950
.	.	5 253,3	.	(8 589,8)	(7 366,5)	(420,6)	(802,7)	(1 549,0)	1 277,3	271,7	514,8	.	.	.	Jan.
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	Febr.
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	März
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	April
44,8	25,8	5 273,5 ¹⁵⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 193,0	597,7	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Sept.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 371,2	712,4	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- laufende Kredite (nur Treuh- hand- geschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²¹⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende	
				insgesamt	darunter		sonstige Passiva ²⁰⁾	Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 53)	öffent- lich- rechtliche Körper- schaften					sonstige
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ¹⁸⁾	darunt. Eigenkap. von neuge- grün- deten Instituten ¹⁹⁾									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	—	33,5	1 350,9	1949
641,3	—	35,8	1 368,4	Jan.
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2	145,0	140,7	403,4	54,9	1 138,7	März
1 191,1	807,0	371,1	302,3 ¹³⁾	676,4	278,9	147,9	854,1	71,1	1 518,3	Juni
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Sept.
.	Dez.
1 802,2	1 067,3 ¹⁴⁾	625,5	511,9	851,2	281,5	151,4	1 285,3	118,2	2 372,5	1950
1 733,4	1 100,1	714,0	547,6	858,1	284,9	151,8	1 481,4	127,0	2 434,4	Jan.
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	Febr.
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3	848,5	148,4	2 393,4	März
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3	816,3	149,5	2 348,2	April
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Mai
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juni
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Sept.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Einregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt, sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristige Guthaben. — ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — ⁸⁾ Bis einschließlich auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ¹¹⁾ Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹³⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder ver- Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM; z. B. haben einige als verlagert aner- bezogen. — ¹⁷⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform — ¹⁸⁾ In der Neubildung enthaltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskredit- die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ²⁰⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichs- gebundene Mittel. — ²²⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ³⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Konbeteili- insgesamt
			insgesamt ⁴⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	Handelswechsel	Bankakzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950 Bundesgebiet															
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	923,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Baden															
Juni	170	614,9	36,7	29,6	1,9	37,8	36,4	1,6	0,0	2,4	26,4	20,8	0,8	7,0	6,2
Juli	170	641,4	42,4	34,7	1,5	38,7	37,6	1,8	0,0	1,9	30,2	25,0	1,0	7,3	6,7
Aug.	170	643,7	45,4	37,0	1,6	37,5	35,6	2,5	—	1,8	33,0	28,6	0,7	11,3	6,7
Sept.	170	648,6	38,7	31,6	1,5	42,2	40,2	3,1	0,0	1,7	33,7	29,0	0,6	11,2	7,0
Okt.	170	677,7	58,1	50,6	1,7	34,6	33,0	3,2	0,0	2,1	33,7	25,9	2,6	9,3	7,0
Bayern															
Juni	578	4 068,4	173,4	121,0	7,2	214,8	163,7	8,4	0,5	22,9	206,5	154,2	18,2	—	46,1
Juli	578	4 130,2	179,1	121,7	7,0	192,8	139,6	6,1	0,4	22,7	214,6	160,6	17,6	—	49,1
Aug.	578	4 322,9	195,0	128,5	8,4	217,1	159,5	16,1	0,3	23,8	225,0	170,3	20,5	4,0	53,8
Sept.	578	4 502,6	201,5	145,0	6,8	207,5	148,2	17,7	0,4	21,4	191,9	149,6	8,5	1,1	52,1
Okt.	577	4 762,3	237,7	176,4	6,8	241,2	186,1	19,8	0,4	22,8	210,8	165,6	11,9	0,1	53,2
Bremen															
Juni	28	771,5	51,6	45,3	1,6	57,0	47,5	4,9	0,0	4,6	50,8	49,4	1,3	5,9	6,5
Juli	28	822,6	55,5	48,1	1,4	55,2	49,4	12,0	0,0	3,5	57,2	54,6	2,5	3,7	7,1
Aug.	28	846,3	58,8	50,6	1,4	49,6	43,6	13,2	0,0	4,0	55,9	52,4	2,3	3,7	5,3
Sept.	28	909,8	38,4	32,4	1,3	59,8	53,8	50,2	0,2	2,6	38,7	35,8	1,8	3,6	5,7
Okt.	28	998,2	38,9	31,5	2,3	71,8	65,8	67,8	0,0	3,5	50,8	49,6	0,6	2,0	5,4
Hamburg															
Juni	54	1 858,5	84,7	69,7	1,6	143,9	127,1	20,0	0,0	9,3	195,4	179,7	13,5	12,8	22,9
Juli	54	1 987,8	104,2	86,4	2,3	185,8	162,5	47,0	0,0	12,2	201,1	192,4	6,5	14,3	22,0
Aug.	54	2 223,6	82,6	65,0	1,8	237,0	216,2	88,3	0,0	9,6	222,8	210,5	7,6	17,8	24,1
Sept.	53	2 390,1	96,3	78,0	2,1	248,8	223,6	120,9	0,1	10,7	175,2	167,1	3,6	13,8	23,9
Okt.	53	2 513,3	98,0	79,4	1,8	261,6	240,7	120,2	0,0	14,8	171,9	158,9	5,2	12,8	23,0
Hessen															
Juni	308	2 179,4	107,6	82,6	5,2	247,7	243,3	9,4	0,2	19,9	243,3	188,6	39,4	18,0	37,0
Juli	308	2 265,7	111,3	83,0	4,3	243,3	239,8	7,6	0,1	12,3	284,2	209,1	58,0	31,8	37,6
Aug.	308	2 408,6	126,2	97,9	5,1	297,9	294,2	17,8	0,1	15,1	311,8	230,5	61,6	39,2	39,9
Sept.	306	2 426,9	118,1	90,5	5,9	287,1	283,9	24,9	0,2	16,2	270,5	205,9	48,1	26,0	40,1
Okt.	306	2 559,6	160,2	131,9	4,9	294,9	290,2	28,3	0,1	18,4	248,2	201,6	35,5	20,7	45,9
Niedersachsen															
Juni	611	2 427,6	100,4	66,7	5,3	159,1	141,2	1,5	0,1	17,9	194,7	178,7	3,6	20,6	22,9
Juli	611	2 435,2	114,8	77,8	5,2	117,7	102,3	2,0	0,0	17,0	193,7	178,8	3,5	19,0	23,4
Aug.	611	2 486,2	113,2	75,7	4,9	120,1	106,8	2,0	0,1	17,5	184,4	167,5	3,9	18,2	24,1
Sept.	611	2 547,0	125,2	89,8	5,0	101,3	87,3	1,7	0,0	16,5	154,9	140,2	2,7	8,9	24,4
Okt.	611	2 686,7	157,3	117,5	5,9	122,2	110,9	3,6	0,0	16,2	146,8	130,8	2,8	4,6	24,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ³⁾ Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁵⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debit eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁶⁾ Ein effektiver Rückgang in im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen.

Mill. DM

Aktiva

papier- sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebä- ude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															1950
44,8	25,8	5 273,5 ⁹⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
62,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 193,0	597,7	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Sept.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 371,2	712,4	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
Baden															
1,9	0,3	174,2	177,3	235,2	207,0	9,9	18,3	21,2	15,2	3,3	2,1	1,2	9,3	51,4	Juni
1,9	0,3	172,6	177,2	237,6	207,7	11,3	18,6	23,4	17,0	3,4	2,9	1,3	9,3	63,5	Juli
1,8	1,2	169,5	189,2	234,8	207,6	11,7	15,5	27,2	18,4	4,0	3,5	1,2	9,4	57,1	Aug.
1,8	1,3	169,4	189,6	240,1	211,9	11,8	16,4	29,5	20,0	4,4	4,4	1,3	9,4	54,1	Sept.
1,7	1,4	174,3	195,1	255,4	224,8	12,3	18,3	32,6	22,2	4,6	4,5	1,5	9,5	48,8	Okt.
Bayern															
0,4	10,3	956,4	1 062,6	1 539,2	1 275,3	107,9	156,0	521,6	360,6	66,1	118,7	13,2	84,4	144,8	Juni
1,3	11,9	969,2	1 064,1	1 555,7	1 292,9	108,3	154,5	560,3	388,5	68,8	125,2	12,5	90,1	133,5	Juli
1,3	11,3	970,2	1 068,0	1 609,5	1 319,9	132,9	156,7	625,1	423,2	74,7	130,5	12,6	91,9	128,3	Aug.
1,3	11,9	972,0	1 073,2	1 759,1	1 455,3	141,7	162,1	684,4	462,2	83,6	137,9	13,6	93,2	130,1	Sept.
0,7	12,4	990,5	1 091,7	1 833,9	1 523,7	127,7	182,5	752,1	505,1	118,8	146,7	13,8	95,4	124,7	Okt.
Bremen															
0,1	1,4	129,9	132,8	298,8	282,9	0,5	15,4	122,8	68,6	34,1	4,2	2,0	11,2	18,3	Juni
0,1	1,3	129,8	133,4	308,1	290,9	0,5	16,7	145,3	81,5	45,8	3,7	2,4	11,3	25,1	Juli
0,1	1,0	129,6	133,4	330,5	301,5	0,3	28,7	154,5	86,1	49,2	4,1	2,4	11,6	20,7	Aug.
0,1	1,7	130,2	134,6	374,1	343,2	0,5	30,4	161,9	91,3	50,7	5,4	2,4	11,6	22,0	Sept.
0,1	1,8	131,5	138,8	410,0	374,1	0,3	35,6	168,5	96,2	52,1	6,3	2,5	11,9	23,2	Okt.
Hamburg															
1,0	0,7	275,6	309,7	850,8	809,1	5,8	35,9	122,9	102,1	0,3	32,1	3,7	25,1	57,0	Juni
1,5	0,7	281,1	315,5	849,3	807,8	5,2	36,3	134,4	114,5	0,3	43,6	4,0	25,2	60,6	Juli
1,5	10,1	280,5	315,1	965,6	924,2	6,4	35,0	148,3	126,4	0,3	45,5	4,4	25,4	59,8	Aug.
1,6	10,1	279,6	315,1	1 112,5	1 064,1	2,0	46,4	154,3	131,7	0,3	47,6	4,4	25,3	64,5	Sept.
1,4	9,8	283,7	319,7	1 214,6	1 168,9	1,5	44,2	164,8	133,3	0,4	41,9	4,5	25,7	64,2	Okt.
Hessen															
2,9	2,0	458,3	483,5	736,9	666,0	8,9	62,0	162,0	123,2	23,9	21,8	11,6	35,9	62,6	Juni
2,9	2,2	460,2	485,3	763,2	681,1	9,0	73,1	172,8	122,6	26,8	21,9	11,9	36,6	64,4	Juli
3,0	2,5	459,6	486,6	755,5	684,8	8,7	62,0	195,6	128,2	40,5	23,2	12,2	37,2	69,7	Aug.
3,0	2,6	459,1	486,1	813,1	729,7	10,5	72,9	208,4	138,3	42,7	26,0	12,4	38,0	78,3	Sept.
2,9	2,9	466,0	492,8	867,5	779,9	10,8	76,8	234,6	149,1	51,0	32,3	8,4	38,2	88,1	Okt.
Niedersachsen															
6,7	2,6	691,0	724,9	696,9	601,0	19,8	76,1	389,3	264,0	98,2	26,7	3,4	38,7	56,5	Juni
6,8	3,1	688,9	727,0	708,7	611,9	21,0	75,8	422,2	284,6	104,8	29,2	3,5	39,3	47,5	Juli
6,8	2,7	688,5	727,2	719,9	619,3	18,1	82,5	461,6	307,7	112,4	33,1	3,5	40,3	52,1	Aug.
6,7	2,9	687,7	727,9	774,1	658,9	20,7	94,5	508,0	327,6	124,6	41,5	3,5	40,8	50,6	Sept.
6,8	3,6	694,7	736,0	794,5	671,4	29,3	93,8	556,8	353,4	139,5	54,2	3,9	41,7	55,8	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Ein-toren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ⁶⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM. Z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Wäh-rungs- und DM-Gut-haben bei der Bdl für ge-stellte Akkred-itive	fällige Zins- und Di-viden-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zins-liche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				darunter				
											ins-gesamt	Hand-dels-wechsel	Bank-akzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1950															
Nordrhein-Westfalen															
Juni	838	6 600,9	297,8	222,5	17,1	614,7	447,9	17,0	0,0	57,8	893,1	798,4	63,5	282,0	81,6
Juli	838	6 805,8	298,7	212,3	15,7	635,9	465,3	14,5	0,1	52,5	1 024,3	907,2	83,7	250,0	84,9
Aug.	838	7 007,2	331,0	248,4	15,6	649,5	453,4	19,3	0,0	56,4	1 080,4	979,2	70,0	183,1	90,8
Sept.	833	7 190,3	306,0	225,7	14,9	682,1	488,6	25,1	0,3	51,6	1 100,0	1 013,2	56,6	183,7	96,3
Okt.	833	7 654,2	466,1	375,9	15,0	846,1	649,5	34,2	0,1	54,4	995,1	929,0	24,0	113,4	100,7
Rheinland-Pfalz															
Juni	278	1 115,3	49,8	37,8	2,4	49,0	44,1	1,5	0,0	6,6	58,8	53,9	0,6	8,6	8,9
Juli	278	1 137,7	49,4	36,2	2,3	49,4	43,3	2,0	0,0	6,0	63,5	59,0	0,6	10,8	10,0
Aug.	278	1 174,1	57,0	43,2	3,0	54,0	48,8	3,0	0,0	6,8	64,2	59,9	0,5	8,8	10,2
Sept.	278	1 196,1	53,5	41,5	2,3	52,2	46,6	3,2	0,0	5,8	63,1	58,5	0,5	7,7	10,9
Okt.	278	1 255,0	67,6	54,2	2,2	51,6	45,9	2,3	0,0	5,7	63,7	59,1	0,5	6,4	11,2
Schleswig-Holstein															
Juni	185	850,1	34,4	22,2	1,8	24,1	21,3	1,3	—	5,1	34,1	30,6	0,4	—	2,8
Juli	185	872,0	36,1	22,5	1,8	23,9	19,6	1,8	0,0	4,9	39,1	35,6	0,6	—	2,9
Aug.	185	913,8	40,3	25,5	1,4	24,6	19,9	1,7	—	5,3	40,8	37,9	0,3	—	2,9
Sept.	185	960,9	39,7	25,9	1,8	24,7	20,5	2,2	0,0	5,0	36,6	33,4	0,4	—	2,9
Okt.	185	1 000,0	50,0	35,3	1,9	23,1	19,7	1,3	—	5,5	36,9	34,0	0,2	—	3,1
Württemberg-Baden															
Juni	363	2 933,9	113,5	87,2	3,9	301,6	222,6	3,9	0,3	12,7	186,2	163,7	15,3	40,7	37,6
Juli	364	2 988,1	129,6	98,9	4,9	268,8	196,5	5,5	0,1	14,9	194,1	177,7	9,6	25,7	37,9
Aug.	364	3 094,9	118,4	86,7	4,7	284,0	233,0	5,5	0,1	13,6	213,6	194,9	10,5	24,8	39,1
Sept.	364	3 144,1	133,3	107,3	4,6	249,6	212,8	11,0	0,2	13,0	188,1	171,2	9,2	24,8	40,7
Okt.	364	3 306,1	147,8	116,2	4,1	246,4	218,7	11,4	0,1	14,1	175,1	158,5	8,0	22,7	40,5
Württemberg-Hohenzollern															
Juni	146	578,6	32,0	23,2	1,0	57,4	46,5	0,2	0,0	1,1	21,3	17,3	1,5	3,5	4,1
Juli	146	609,8	34,8	25,3	0,9	69,3	48,8	0,9	0,0	1,4	22,3	18,0	1,7	3,5	4,1
Aug.	146	621,1	37,2	26,8	1,0	70,5	50,3	0,6	0,0	1,3	25,2	21,4	1,7	3,5	4,1
Sept.	146	624,4	37,4	29,2	0,9	60,8	46,7	0,8	0,0	1,8	24,5	20,8	1,5	3,5	4,2
Okt.	146	647,1	53,1	43,1	0,8	57,0	38,3	0,9	0,0	1,6	23,5	18,7	2,5	3,8	4,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	—	1,9
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5
Sept.	13	1 519,4	27,8	26,9	0,9	54,5	48,5	3,9	0,0	1,1	55,6	42,4	7,0	2,1	20,3
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute.
²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ³⁾ Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁵⁾ Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes.

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand ⁹⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder		18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen															
26,7	3,5	1 224,9	1 266,6	1 979,4	1 854,9	19,9	104,6	600,2	319,1	105,6	219,6	21,7	83,7	206,8	Juni
26,9	3,4	1 229,5	1 272,5	2 013,7	1 882,3	25,3	106,1	654,6	342,9	116,5	239,7	22,3	85,8	180,2	Juli
27,3	3,4	1 236,7	1 280,3	2 062,3	1 919,0	28,2	115,1	710,2	369,9	127,1	265,0	22,4	87,2	193,9	Aug.
27,4	3,6	1 236,9	1 281,5	2 133,8	1 973,5	26,3	134,0	767,0	402,0	142,4	292,8	22,8	89,4	184,0	Sept.
27,9	3,6	1 274,0	1 318,9	2 292,9	2 114,9	27,5	150,5	835,3	435,7	181,1	317,8	22,9	94,7	187,9	Okt.
Rheinland-Pfalz															
3,7	0,6	288,1	306,3	466,1	372,6	9,1	84,4	77,1	50,8	12,6	12,5	0,5	18,7	66,1	Juni
3,7	3,2	303,8	324,5	467,3	375,7	9,6	82,0	90,7	57,1	14,8	12,5	0,5	18,9	47,4	Juli
3,4	3,3	298,6	321,4	479,7	385,8	9,9	84,0	100,7	62,4	17,5	14,0	0,5	18,9	51,4	Aug.
3,8	4,7	296,8	324,1	500,6	403,7	10,1	86,8	108,5	67,6	20,3	15,1	0,5	19,2	52,0	Sept.
3,6	4,8	296,6	324,4	529,4	421,6	11,0	96,8	117,4	74,3	21,5	16,4	0,7	20,8	58,2	Okt.
Schleswig-Holstein															
0,3	0,3	193,7	225,1	371,5	320,5	14,6	36,4	97,3	45,3	22,5	43,7	2,6	18,0	19,4	Juni
0,3	0,3	193,9	225,4	374,6	327,3	16,2	31,1	111,8	48,9	23,7	44,8	2,8	18,2	15,1	Juli
0,3	0,5	194,5	226,0	374,2	335,1	15,8	23,3	134,7	51,3	26,9	50,9	3,1	18,3	20,6	Aug.
0,3	0,5	194,2	225,7	390,6	344,8	17,0	28,8	159,0	56,2	28,6	59,4	3,3	18,7	22,3	Sept.
0,2	0,5	194,7	226,2	406,4	350,7	19,2	36,5	171,4	60,2	30,0	62,3	3,3	18,9	20,7	Okt.
Württemberg-Baden															
0,1	3,7	582,0	612,9	1 005,4	905,0	31,3	69,1	447,5	325,5	57,9	48,7	10,6	42,3	93,3	Juni
0,1	4,0	574,7	611,3	1 030,4	919,9	36,8	73,7	484,7	350,6	61,1	54,1	10,9	43,9	103,9	Juli
0,1	4,0	573,0	612,5	1 037,7	926,5	36,6	74,6	535,3	384,6	64,5	57,8	11,0	44,5	127,8	Aug.
0,1	3,9	569,3	611,8	1 076,9	948,6	42,9	85,4	581,2	418,3	68,3	62,4	11,4	45,3	128,4	Sept.
0,1	2,8	576,5	627,2	1 173,9	1 019,7	47,7	106,5	628,8	457,9	77,0	78,2	11,4	45,9	126,4	Okt.
Württemberg-Hohenzollern															
0,8	0,0	148,3	149,7	216,2	181,2	4,8	30,2	27,8	20,0	4,4	1,8	0,8	7,6	55,5	Juni
0,8	0,0	147,6	149,1	212,3	178,5	4,8	29,0	33,7	21,9	5,9	2,5	0,8	7,6	68,1	Juli
0,8	0,0	148,0	149,7	210,1	175,7	5,1	29,3	37,9	24,3	7,2	2,6	0,8	7,6	70,7	Aug.
0,8	0,0	147,8	150,0	223,0	186,8	5,5	30,7	41,4	27,2	7,7	2,5	0,9	7,6	67,3	Sept.
0,8	0,0	148,9	152,3	232,8	193,5	6,3	33,0	49,3	29,6	12,5	2,9	0,7	8,2	59,4	Okt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	Juni
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	30,2	23,9	90,2	6,3	1,9	130,1	Juli
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	48,0	23,9	114,8	6,0	2,2	146,9	Aug.
18,5	0,6	172,9	176,6	469,2	307,2	132,5	29,5	421,9	50,7	23,8	130,1	6,0	2,3	150,2	Sept.
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	54,3	23,9	144,6	6,0	2,5	140,0	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁵⁾ Ein- toren auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaftsunternehmen und Private		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						insgesamt	darunter Anlagekonto						öffentlich-rechtliche Körperschaften
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1950													
Bundesgebiet													
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	9 108,7	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	1 987,3	262,1	13,6
Baden													
Juni	170	614,9	514,4	477,1	319,3	209,5	10,7	109,8	157,8	37,3	22,0	2,4	0,0
Juli	170	641,4	532,4	491,4	332,9	217,2	.	115,7	158,5	41,0	23,9	0,9	—
Aug.	170	643,7	543,5	506,4	345,8	232,4	.	113,4	160,6	37,1	22,3	0,9	—
Sept.	170	648,6	554,3	511,8	352,1	237,9	10,7	114,2	159,7	42,5	21,6	1,0	—
Okt.	170	677,7	549,2	515,8	353,9	244,1	.	109,8	161,9	33,4	32,5	1,3	—
Bayern													
Juni	578	4 068,4	2 435,7	2 227,8	1 613,2	1 189,7	48,0	423,5	614,6	207,9	273,4	48,2	0,5
Juli	578	4 130,2	2 475,4	2 295,2	1 676,7	1 266,7	.	410,0	618,5	180,2	277,6	49,8	0,5
Aug.	578	4 322,9	2 578,2	2 393,7	1 775,1	1 346,0	.	429,1	618,6	184,5	295,8	48,0	—
Sept.	578	4 502,6	2 643,2	2 452,5	1 811,9	1 322,6	47,0	489,3	640,6	190,7	288,3	44,6	—
Okt.	577	4 762,3	2 726,3	2 536,5	1 876,8	1 390,9	.	485,9	659,7	189,8	315,9	42,6	—
Bremen													
Juni	28	771,5	395,6	343,2	293,3	186,4	3,4	106,9	49,9	52,4	45,0	0,1	1,0
Juli	28	822,6	410,5	356,7	306,8	200,6	.	106,2	49,9	53,8	43,8	1,1	1,8
Aug.	28	846,3	413,4	364,3	314,2	216,6	.	97,6	50,1	49,1	51,9	1,1	1,2
Sept.	28	909,8	432,7	382,3	331,7	240,6	4,1	91,1	50,6	50,4	50,8	1,1	4,2
Okt.	28	998,2	470,6	428,2	376,3	282,1	.	94,2	51,9	42,4	58,9	1,1	6,4
Hamburg													
Juni	54	1 858,5	1 162,8	1 053,4	925,0	749,4	12,3	175,6	128,4	109,4	110,3	11,2	2,8
Juli	54	1 987,8	1 259,4	1 158,4	1 028,4	864,6	.	163,8	130,0	101,0	114,2	12,4	4,7
Aug.	54	2 223,6	1 421,6	1 302,3	1 171,2	1 022,7	.	148,5	131,1	119,3	139,2	11,7	5,4
Sept.	53	2 390,1	1 457,5	1 329,0	1 195,8	1 058,3	11,7	137,5	133,2	128,5	146,8	15,3	7,9
Okt.	53	2 513,3	1 480,4	1 365,0	1 228,5	1 116,9	.	111,6	136,5	115,4	152,0	18,0	2,3
Hessen													
Juni	308	2 179,4	1 504,9	1 322,7	1 007,3	826,4	26,2	180,9	315,4	182,2	182,1	3,8	1,9
Juli	308	2 265,7	1 578,5	1 407,5	1 089,9	899,8	.	190,1	317,6	171,0	161,2	2,6	0,2
Aug.	308	2 408,6	1 712,6	1 513,8	1 196,6	978,5	.	218,1	317,2	198,8	154,2	3,7	0,2
Sept.	306	2 426,9	1 712,4	1 516,8	1 201,0	985,7	25,8	215,3	315,8	195,6	157,1	3,8	0,2
Okt.	306	2 559,6	1 772,0	1 564,8	1 242,9	1 007,9	.	235,0	321,9	207,2	167,3	3,5	0,0
Niedersachsen													
Juni	611	2 427,6	1 609,4	1 473,0	993,9	798,6	42,7	195,3	479,1	136,4	135,0	6,9	0,0
Juli	611	2 435,2	1 590,4	1 480,7	997,0	819,7	.	177,3	483,7	109,7	126,3	5,3	0,0
Aug.	611	2 486,2	1 628,8	1 524,7	1 038,3	851,3	.	187,0	486,4	104,1	126,1	5,4	0,1
Sept.	611	2 547,0	1 585,0	1 485,1	998,0	815,1	43,0	182,9	487,1	99,9	164,5	5,1	0,4
Okt.	611	2 686,7	1 656,3	1 548,2	1 053,6	876,3	.	177,3	494,6	108,1	156,0	5,7	0,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute. 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — 3) Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entkonto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — 4) Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 5) Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet ausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 6) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weiterge-

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁶⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet															
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3 ⁷⁾	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	Juni
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Sept.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Okt.
Baden															
34,5	0,0	2,4	2,1	16,0	2,3	—	23,5	1,4	4,7	0,4	0,8	9,6	3,0	41,7	Juni
35,8	0,0	2,4	2,9	16,1	2,3	—	27,9	1,4	4,2	0,7	0,6	9,8	2,6	41,7	Juli
26,0	0,0	3,1	3,5	16,1	2,4	—	29,2	1,8	4,6	0,9	0,7	11,0	2,5	33,7	Aug.
20,9	0,0	3,9	4,4	16,3	2,7	—	27,2	2,3	5,0	2,2	0,6	11,7	2,3	36,9	Sept.
31,7	0,0	4,9	4,5	17,3	3,0	—	37,6	2,4	5,8	2,9	0,7	11,8	3,4	48,9	Okt.
Bayern															
299,1	316,1	187,8	118,7	129,2	42,8	1,0	308,4	131,2	89,4	127,6	17,5	134,7	39,4	333,1	Juni
279,2	324,8	221,1	125,2	131,6	41,6	1,0	295,3	139,3	100,4	143,7	19,5	136,8	43,2	324,4	Juli
270,6	326,5	277,5	130,5	131,9	42,3	1,0	311,9	169,6	107,7	166,4	20,4	161,7	41,4	320,6	Aug.
340,0	334,6	312,7	137,9	132,9	42,1	1,0	313,0	183,8	112,8	186,8	21,5	178,2	41,1	364,3	Sept.
393,7	347,0	363,1	146,7	135,2	36,2	1,0	334,4	206,8	123,5	210,9	22,0	200,2	39,9	376,1	Okt.
Bremen															
44,2	107,6	106,0	4,2	20,0	1,7	1,3	48,9	56,3	31,0	24,0	2,1	45,2	1,2	53,9	Juni
57,0	108,8	128,5	3,7	20,0	1,9	1,3	50,3	68,2	38,9	25,9	2,6	37,9	1,3	63,2	Juli
59,2	109,2	137,8	4,1	19,7	1,9	1,3	51,0	70,4	44,6	27,3	2,9	50,4	1,2	65,1	Aug.
84,2	110,1	146,8	5,4	21,6	2,7	1,3	58,2	76,0	46,5	29,5	2,6	59,3	1,2	86,1	Sept.
116,9	110,4	148,1	6,3	22,4	2,8	1,3	64,6	77,2	47,1	29,1	2,8	59,9	1,1	89,7	Okt.
Hamburg															
215,5	40,5	64,3	32,1	62,5	21,9	1,0	170,5	44,5	6,3	33,1	24,1	176,5	2,0	224,6	Juni
218,1	41,2	72,4	43,6	62,8	21,9	1,0	176,1	52,9	16,9	33,2	25,8	191,5	2,0	244,7	Juli
237,0	53,2	82,0	45,4	63,0	22,0	1,0	182,2	61,3	17,7	34,4	26,0	255,2	1,7	257,1	Aug.
352,5	53,9	83,1	47,6	62,8	22,0	1,0	185,9	62,4	20,6	36,0	27,3	301,8	1,6	322,2	Sept.
430,0	53,8	92,0	41,9	64,1	22,1	1,0	199,1	69,6	14,6	38,2	30,0	321,7	1,6	388,8	Okt.
Hessen															
106,0	87,8	61,5	21,8	71,4	10,6	2,0	143,9	36,1	23,4	22,4	7,9	78,0	11,8	143,3	Juni
99,7	90,5	67,9	21,9	72,5	10,6	2,0	173,5	39,8	23,9	21,4	8,1	86,6	11,6	132,6	Juli
100,1	93,3	76,2	23,2	74,7	11,5	2,0	174,3	45,0	29,5	21,7	8,0	92,4	11,8	139,6	Aug.
100,9	95,8	82,1	26,0	74,6	11,3	2,0	178,0	51,6	33,5	22,1	8,9	94,8	13,5	187,9	Sept.
111,2	100,8	94,8	32,3	79,2	11,8	2,0	202,0	60,0	40,1	25,2	9,3	99,3	15,1	222,8	Okt.
Niedersachsen															
56,1	141,0	235,7	26,7	82,1	9,9	—	141,6	40,2	65,2	147,4	18,0	46,2	19,6	151,4	Juni
57,4	143,7	253,1	29,2	84,4	9,9	—	150,7	41,3	76,0	157,5	16,0	45,5	22,2	164,7	Juli
50,8	145,8	271,6	33,1	84,5	10,1	—	145,5	49,0	88,8	160,7	15,4	47,2	21,5	158,5	Aug.
62,0	149,1	306,9	41,5	85,1	9,6	—	152,9	60,7	96,5	184,8	16,0	51,4	21,0	193,0	Sept.
71,7	152,4	345,6	54,2	86,4	10,2	—	164,1	76,0	118,5	202,6	14,3	57,5	24,1	221,5	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Ab Juni 1950 sind auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit einbezogen. — ⁶⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzleitete zweckgebundene Mittel.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
noch: Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	davon		öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)
						Wirtschaftsunternehmen und Private	insgesamt						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Nordrhein-Westfalen													
Juni	838	6 600,9	4 753,8	4 220,7	3 164,4	2 325,3	71,5	839,1	1 056,3	533,1	427,8	118,4	2,0
Juli	838	6 805,8	4 911,5	4 381,8	3 311,5	2 495,6	.	815,9	1 070,3	529,7	422,1	107,6	2,2
Aug.	838	7 007,2	5 060,7	4 545,2	3 466,1	2 685,6	.	780,5	1 079,1	515,5	453,2	114,3	0,9
Sept.	833	7 190,3	5 158,4	4 685,7	3 599,2	2 720,4	69,6	878,8	1 086,5	472,7	433,3	111,4	2,8
Okt.	833	7 654,2	5 479,3	4 956,1	3 848,4	2 953,7	.	894,7	1 107,7	523,2	444,0	114,2	4,1
Rheinland-Pfalz													
Juni	278	1 115,3	725,9	659,5	415,7	312,3	18,4	103,4	243,8	66,4	133,1	10,3	—
Juli	278	1 137,7	747,0	679,8	436,3	331,9	.	104,4	243,5	67,2	116,8	8,2	—
Aug.	278	1 174,1	764,3	695,3	451,5	346,9	.	104,6	243,8	69,0	126,8	6,0	—
Sept.	278	1 196,1	766,5	698,4	456,5	344,7	19,0	111,8	241,9	68,1	128,0	5,3	—
Okt.	278	1 255,0	780,7	706,5	463,4	350,1	.	113,3	243,1	74,2	150,7	6,2	—
Schleswig-Holstein													
Juni	185	850,1	436,8	410,6	284,2	215,9	13,9	68,3	126,4	26,2	95,1	20,4	—
Juli	185	872,0	452,1	419,5	292,4	229,6	.	62,8	127,1	32,6	75,5	22,0	—
Aug.	185	913,8	460,9	428,5	301,1	242,6	.	58,5	127,4	32,4	85,7	22,2	—
Sept.	185	960,9	472,5	442,6	313,3	247,5	13,5	65,8	129,3	29,9	77,4	21,5	—
Okt.	185	1 000,0	465,7	438,6	306,4	245,5	.	60,9	132,2	27,1	96,3	20,5	—
Württemberg-Baden													
Juni	363	2 933,9	1 793,6	1 572,5	1 179,5	764,0	33,0	415,5	393,0	221,1	152,1	26,9	1,1
Juli	364	2 988,1	1 787,1	1 585,7	1 193,0	804,1	.	388,9	392,7	201,4	144,3	5,2	0,0
Aug.	364	3 094,9	1 877,9	1 653,7	1 260,8	850,6	.	410,2	392,9	224,2	139,3	5,1	0,2
Sept.	364	3 144,1	1 822,1	1 639,3	1 250,4	852,4	32,1	398,0	388,9	182,8	171,1	4,8	—
Okt.	364	3 306,1	1 827,9	1 684,7	1 291,8	887,7	.	404,1	392,9	143,2	253,9	17,4	—
Württemberg-Hohenzollern													
Juni	146	578,6	445,7	368,5	238,1	168,8	11,0	69,3	130,4	77,2	40,2	2,0	0,1
Juli	146	609,8	476,1	392,2	262,4	178,6	.	83,8	129,8	83,9	31,1	2,1	—
Aug.	146	621,1	491,1	413,8	284,6	195,4	.	89,2	129,2	77,3	25,1	2,3	—
Sept.	146	624,4	481,5	410,5	281,9	193,8	10,6	88,1	128,6	71,0	37,5	5,8	—
Okt.	146	647,1	491,6	418,6	287,9	197,3	.	90,6	130,7	73,0	30,8	5,5	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	59,8	136,4	25,6	—
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	112,5	19,5	—
Sept.	13	1 519,4	240,5	192,5	192,4	89,8	0,6	102,6	0,1	48,0	122,7	19,9	—
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. — 3) Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entgegen dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — 4) Ab August 1949 sind die Valutaverpflichtungen zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 5) Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet ausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 6) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weiterge-

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzente im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁶⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
219,4	144,5	295,9	219,7	176,7	12,1	2,2	363,1	81,4	208,0	368,2	25,5	279,3	13,1	672,7	Juni
189,5	148,4	324,8	239,7	184,5	12,7	2,2	385,3	95,4	231,4	340,5	24,0	294,7	13,0	577,0	Juli
143,7	155,7	351,5	265,0	185,2	12,9	2,2	392,2	108,6	245,5	367,3	35,4	323,7	11,2	498,4	Aug.
175,3	159,9	386,5	292,8	184,6	11,0	1,2	399,5	119,8	271,6	408,1	29,7	348,6	7,2	482,4	Sept.
202,7	164,3	409,2	317,8	186,0	11,5	1,2	450,9	145,5	284,5	436,6	12,4	373,0	6,7	499,0	Okt.
Rheinland-Pfalz															
63,6	28,6	14,9	12,5	31,3	3,6	—	105,4	9,2	14,9	13,9	1,9	33,8	8,1	111,6	Juni
60,7	30,8	26,0	12,5	32,2	3,7	—	111,7	14,9	18,3	12,1	1,9	34,0	7,9	110,3	Juli
56,0	31,0	32,7	14,0	32,2	4,7	—	117,1	17,3	23,0	12,8	2,0	35,1	8,2	107,2	Aug.
60,6	33,3	38,4	15,1	32,8	4,1	—	121,4	20,4	24,7	14,7	1,8	33,2	8,4	111,5	Sept.
65,3	34,0	44,5	16,5	33,7	4,4	—	129,6	22,5	30,8	16,1	1,5	32,9	9,7	127,7	Okt.
Schleswig-Holstein															
96,1	18,2	81,3	43,7	29,8	6,2	4,0	49,1	46,1	38,1	53,0	8,0	18,9	11,3	126,0	Juni
89,6	19,2	105,4	44,8	30,0	6,5	4,2	55,4	58,2	49,5	52,4	12,3	22,9	11,7	120,3	Juli
88,0	19,5	118,5	50,9	32,3	9,0	4,2	58,0	71,0	51,9	57,5	12,2	23,5	11,6	106,9	Aug.
93,5	19,7	145,3	59,4	32,1	9,0	4,2	61,0	83,2	62,3	67,1	14,6	33,2	10,3	115,3	Sept.
104,0	20,5	150,3	62,3	31,5	8,7	3,8	69,4	86,1	63,0	70,7	14,6	65,1	9,9	135,7	Okt.
Württemberg-Baden															
167,5	165,4	173,9	48,7	218,4	136,5 ⁷⁾	—	214,3	43,4	41,4	142,4	24,9	66,1	23,4	205,7	Juni
166,5	171,3	186,4	54,1	223,7	138,3	—	254,7	54,5	34,2	147,9	10,3	68,8	22,9	205,7	Juli
137,6	174,9	213,5	57,8	227,0	140,7	—	266,9	69,1	36,7	161,8	10,6	79,5	22,2	194,0	Aug.
175,3	177,7	233,0	62,4	230,3	144,3	—	272,2	75,6	39,4	177,5	10,3	79,8	23,3	217,7	Sept.
197,2	178,1	255,1	78,2	233,0	144,9	—	282,7	85,3	51,0	207,0	10,1	84,6	10,6	250,0	Okt.
Württemberg-Hohenzollern															
31,7	—	6,3	1,8	12,2	3,5	—	40,7	1,0	8,6	0,3	—	9,1	3,0	34,2	Juni
32,5	—	9,6	2,5	12,3	3,4	—	45,7	2,9	10,8	0,3	—	10,6	3,6	33,6	Juli
28,2	—	10,3	2,6	12,6	3,4	—	51,2	3,6	10,7	0,7	—	11,1	2,5	30,1	Aug.
26,6	—	12,0	2,5	12,7	2,5	—	51,6	2,8	12,0	8,2	0,0	9,7	2,3	33,9	Sept.
27,5	—	20,6	2,9	13,2	2,6	—	60,5	3,3	17,2	9,0	0,0	10,1	2,2	37,5	Okt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.
198,9	190,6	320,6	130,1	211,5	153,4	153,4	104,5	305,4	15,3	116,8	40,1	16,2	0,2	277,7	Sept.
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Ab Juni 1950 sind auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit einbezogen. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁸⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzleitete zweckgebundene Mittel.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
Aktiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-gut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten 6)		Wäh-rungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für ge-stellte Akkre-ditive	fällige Zins- und Di-viden-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und un-verzins-liche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- berteili- ins-gesamt
			ins-gesamt 4)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel	Bank-akzepte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
Alle Banken															
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 937,1	1 175,9	866,1	47,7	1 950,5	1 568,1	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 126,0	1 215,3	894,5	49,5	2 117,3	1 730,9	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 060,2	1 216,0	923,8	47,9	2 070,8	1 700,8	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 600,8	1 544,5	1 220,8	47,6	2 307,2	1 950,0	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Kreditbanken															
Juni	256	8 925,1	413,0	324,2	19,6	554,9	541,5	62,9	0,9	116,6	1 189,6	1 040,9	93,1	56,5	111,1
Juli	256	9 290,7	448,2	339,0	18,5	538,6	523,2	91,0	0,5	102,2	1 369,8	1 191,3	119,0	66,4	113,5
Aug.	256	9 869,0	477,4	368,2	21,1	698,5	679,1	151,5	0,4	106,9	1 501,0	1 326,0	116,3	59,5	125,2
Sept.	254	10 346,7	467,4	368,5	19,6	759,0	726,3	242,7	1,1	100,6	1 446,2	1 301,7	83,9	42,6	126,7
Okt.	255	11 218,7	612,0	504,2	21,5	946,3	926,1	272,3	0,6	109,8	1 454,9	1 328,7	53,8	18,1	132,5
Hypothekenzentralen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Juni	38	1 664,0	7,9	7,1	0,5	196,8	120,3	—	0,0	0,1	0,5	0,1	—	0,9	6,4
Juli	38	1 727,4	3,3	2,7	0,5	179,0	111,6	—	0,0	0,0	0,5	0,0	—	3,4	6,8
Aug.	38	1 797,6	2,9	2,2	0,4	155,6	109,1	—	0,0	0,0	0,6	0,1	—	3,4	4,3
Sept.	38	1 889,3	5,1	4,4	0,5	157,8	126,4	—	0,0	0,0	0,6	0,1	—	3,4	4,8
Okt.	38	1 986,1	3,3	2,7	0,3	150,8	126,1	—	0,0	0,1	0,6	0,1	—	3,4	4,8
Girozentralen															
Juni	18	3 425,0	97,1	87,3	5,4	373,9	259,2	3,6	0,2	10,6	496,3	440,5	50,2	260,6	59,3
Juli	18	3 462,8	88,1	78,6	4,8	347,8	244,1	2,5	0,1	13,2	517,8	459,1	51,8	224,9	59,9
Aug.	18	3 562,6	87,6	76,7	5,6	338,3	230,2	8,3	0,1	14,0	494,2	443,7	45,1	183,4	60,2
Sept.	18	3 662,2	81,7	71,4	5,5	365,1	254,7	8,5	0,1	11,1	436,9	395,9	35,9	168,0	60,5
Okt.	18	3 843,2	128,2	117,7	3,6	447,4	318,6	7,3	0,1	14,7	327,4	291,8	24,1	112,0	62,4
Sparkassen															
Juni	884	6 823,0	413,0	280,5	13,3	599,7	444,7	0,2	0,1	18,3	248,4	231,9	5,4	80,2	77,6
Juli	885	6 988,4	440,8	300,6	13,3	638,6	461,0	0,1	0,0	18,1	257,3	240,7	5,6	70,6	82,0
Aug.	885	7 184,2	472,6	323,9	12,1	653,4	458,6	0,1	0,0	20,0	263,7	245,3	6,3	67,5	87,2
Sept.	885	7 292,1	484,4	345,8	12,3	549,3	370,5	0,0	0,2	19,8	250,8	232,0	7,0	69,5	92,1
Okt.	884	7 534,8	593,0	440,5	12,2	513,9	344,5	0,2	0,0	18,4	232,3	215,4	6,0	61,8	95,7
Zentralkassen															
Juni	32	738,3	42,1	38,0	2,3	33,6	33,4	0,2	0,0	3,2	53,6	30,5	7,4	0,7	4,7
Juli	32	736,1	53,5	49,6	2,2	30,8	26,8	0,2	0,0	5,4	48,2	25,4	7,7	0,7	5,2
Aug.	32	762,6	43,2	39,1	2,7	30,4	26,4	0,1	0,0	3,8	55,7	26,6	10,6	0,5	5,8
Sept.	32	793,7	34,4	30,3	1,6	31,2	27,2	0,3	0,0	3,0	38,2	19,5	5,2	0,5	6,0
Okt.	32	844,8	47,8	43,1	2,1	32,1	28,1	0,1	0,0	3,7	40,4	22,1	8,2	0,4	6,3
Kreditgenossenschaften															
Juni	2 295	2 115,9	102,0	64,7	7,1	114,9	109,8	0,1	0,0	11,1	80,5	53,3	0,4	0,1	12,7
Juli	2 295	2 161,2	115,8	71,4	7,6	111,9	105,2	0,1	0,0	10,2	83,8	57,2	0,4	0,0	13,3
Aug.	2 295	2 205,9	114,7	69,6	6,6	120,4	113,1	0,0	0,0	10,4	90,8	63,4	0,7	0,1	13,4
Sept.	2 295	2 248,3	108,3	71,0	7,0	111,1	104,7	0,5	0,0	11,6	89,3	61,4	0,3	0,2	13,2
Okt.	2 295	2 311,4	138,4	92,7	7,0	113,0	108,8	0,3	0,1	12,0	85,1	58,8	0,4	0,1	13,4
Sonstige Kreditinstitute															
Juni	36	307,8	6,6	5,8	0,6	33,4	32,6	2,8	—	0,4	41,6	38,2	1,4	—	4,8
Juli	36	329,8	6,4	5,3	0,4	33,9	32,8	7,4	0,0	0,3	46,7	44,2	0,8	—	4,9
Aug.	36	360,5	6,6	5,5	0,5	45,1	44,8	10,0	—	0,2	51,0	47,9	0,5	—	4,7
Sept. ¹⁰⁾	30	308,5	6,7	5,5	0,5	42,7	42,3	8,5	—	0,3	15,4	14,2	1,1	—	4,6
Okt.	29	321,4	12,1	10,9	0,4	47,0	46,6	13,1	—	0,3	15,9	14,6	1,3	—	4,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juni	12	1 203,2	11,5	10,7	1,2	76,2	69,9	0,1	0,4	1,0	65,5	51,1	13,1	—	1,9
Juli	12	1 240,8	19,8	19,1	0,5	69,9	63,4	0,2	0,4	0,7	66,9	53,1	12,3	—	2,2
Aug.	13	1 383,6	10,3	9,2	0,5	75,6	69,6	6,3	0,0	0,8	74,9	63,4	9,9	0,9	17,5
Sept.	13	1 519,4	27,8	26,9	0,9	54,5	48,5	3,9	0,0	1,1	55,6	42,4	7,0	2,1	20,3
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. — 3) Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch mittel- und langfristiger Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — 5) Bis einschließlich Mai 1950 enthalten die Debitoren des Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 6) Ein effektiver Rückgang in Höhe von erstmalig Ausgleichsforderungen ausgewiesen. — 10) Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abgang von 6 Instituten, die ab

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- ungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren 7)				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva 8)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand 6)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Alle Banken															
44,8	25,8	5 273,5 ⁹⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 723,9	452,9	621,0	77,2	376,9	964,2	1950
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,6	7 831,1	379,2	709,3	3 135,6	1 860,3	495,9	670,4	79,1	387,9	939,5	Juni
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 169,9	8 075,0	374,9	720,0	3 493,5	2 030,4	548,1	745,0	80,2	394,5	999,3	Juli
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 867,1	8 627,8	421,6	817,7	3 825,5	2 193,0	597,7	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Aug.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 474,3	9 134,4	433,7	906,2	4 173,5	2 371,2	712,4	908,1	79,8	413,4	997,3	Sept.
Kreditbanken															
0,6	5,5	1 292,1	1 368,6	4 353,3	4 140,9	104,6	107,8	341,3	162,0	8,8	31,2	41,2	126,0	209,4	1950
1,5	6,1	1 313,0	1 374,4	4 403,7	4 182,0	104,8	116,9	383,3	170,8	9,1	44,7	41,9	128,3	221,0	Juni
1,6	5,3	1 324,6	1 385,6	4 526,4	4 276,6	132,4	117,4	431,1	179,1	9,2	48,2	42,5	129,9	219,5	Juli
1,5	6,0	1 323,1	1 379,8	4 899,8	4 629,1	138,9	131,8	456,6	189,1	10,5	49,9	44,0	131,5	229,9	Aug.
0,6	6,7	1 390,5	1 448,2	5 290,7	5 022,2	126,0	142,5	498,2	201,5	12,2	49,6	40,2	137,7	237,1	Sept.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
0,1	14,5	353,4	418,9	45,5	40,3	1,5	3,7	844,3	734,8	85,4	147,2	1,3	14,1	30,6	1950
0,0	18,8	352,5	419,0	37,7	29,6	4,3	3,8	920,5	789,2	99,9	157,6	1,3	14,1	31,4	Juni
0,0	18,5	350,1	418,4	51,8	43,6	4,1	4,1	997,4	849,4	107,5	165,9	1,3	14,2	31,2	Juli
0,5	21,0	344,3	418,4	54,3	46,2	4,5	3,6	1 071,8	907,6	113,9	178,2	1,3	14,3	31,9	Aug.
0,2	20,6	338,6	421,1	58,9	49,1	5,9	3,9	1 149,3	977,7	121,6	197,8	1,6	14,2	41,8	Sept.
Girozentralen															
36,2	5,4	262,1	285,6	861,5	491,3	76,1	294,1	571,4	195,0	256,0	292,0	1,8	21,4	102,4	1950
36,0	5,5	260,9	286,8	883,3	500,6	86,7	296,0	609,4	209,3	275,0	313,7	1,9	21,7	107,3	Juni
36,1	16,1	257,3	286,9	925,6	536,9	87,5	301,2	678,5	222,8	303,3	345,4	1,9	22,2	123,9	Juli
36,1	16,2	258,3	287,9	994,9	564,2	86,8	343,9	739,7	236,5	331,3	382,3	2,1	22,6	108,7	Aug.
36,1	16,4	259,9	289,7	1 105,1	600,6	100,5	404,0	819,8	255,1	420,2	408,0	2,1	22,8	106,0	Sept.
Sparkassen															
5,1	—	2 415,9	2 546,4	1 700,3	1 644,1	43,4	12,8	739,4	578,0	77,4	40,4	5,9	143,5	326,8	1950
5,5	—	2 423,4	2 572,3	1 740,4	1 682,8	46,0	11,6	813,8	635,7	85,7	43,3	6,4	147,7	292,6	Juni
5,8	—	2 416,5	2 569,8	1 771,9	1 717,6	43,5	10,8	905,3	703,6	101,4	48,0	6,5	150,0	309,4	Juli
5,8	—	2 418,9	2 584,5	1 861,3	1 796,4	52,3	12,6	1 003,1	778,6	114,4	59,3	6,6	152,6	311,9	Aug.
6,2	—	2 444,7	2 615,3	1 922,5	1 859,2	54,0	9,3	1 101,1	853,5	130,3	73,4	6,5	157,3	301,8	Sept.
Zentralkassen															
0,3	—	57,9	62,7	394,9	134,6	1,1	259,2	39,9	6,2	—	4,8	3,9	10,8	85,7	1950
0,6	—	59,6	64,7	389,1	131,0	0,8	257,3	46,6	10,0	—	4,0	4,0	13,2	73,4	Juni
0,7	—	59,3	64,6	411,0	148,0	0,7	262,3	51,8	11,4	—	4,5	4,2	13,5	76,1	Juli
0,6	—	59,4	64,6	462,2	175,1	0,8	286,3	55,3	12,6	—	4,9	4,2	13,5	79,0	Aug.
0,6	—	58,9	64,1	489,4	184,2	0,8	304,4	61,0	10,2	—	10,6	4,3	13,6	74,1	Sept.
Kreditgenossenschaften															
2,2	0,0	714,2	742,0	887,2	876,4	5,7	5,1	48,0	13,3	1,3	11,8	5,8	52,1	68,3	1950
2,2	0,0	715,5	744,1	903,2	892,5	5,3	5,4	54,7	14,8	2,3	12,3	5,9	53,8	73,1	Juni
2,1	—	714,7	756,7	923,3	913,1	5,4	4,8	59,1	15,8	2,8	13,8	6,4	55,1	77,1	Juli
2,1	—	714,0	757,0	965,6	955,0	5,7	4,9	64,8	17,8	3,8	16,1	6,6	56,6	83,4	Aug.
2,1	—	716,9	760,4	982,3	971,4	5,9	5,0	69,6	18,5	4,1	19,7	7,4	58,1	88,0	Sept.
Sonstige Kreditinstitute															
0,3	—	26,8	27,2	153,8	147,9	0,0	5,9	5,5	5,1	—	4,6	11,3	7,3	8,3	1950
0,3	—	26,5	27,0	163,6	157,5	0,0	6,1	5,8	0,3	—	4,6	11,3	7,4	10,6	Juni
0,3	—	26,3	27,4	169,7	163,8	0,0	5,9	8,0	0,3	—	4,3	11,4	7,6	15,1	Juli
0,3	—	25,0	27,4	159,7	154,4	0,0	5,3	12,4	0,3	—	4,4	11,7	7,5	9,1	Aug.
0,3	—	21,9	24,3	162,4	156,6	0,4	5,4	12,6	0,4	—	4,3	11,6	7,3	8,4	Sept.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
0,2	0,4	151,0	152,3	393,3	218,1	163,6	11,6	271,4	29,4	24,0	89,1	5,9	1,8	132,5	1950
0,5	0,4	151,1	152,5	398,6	255,1	131,2	12,3	301,6	30,2	23,9	90,2	6,3	1,9	130,1	Juni
15,7	0,6	173,8	175,6	390,1	275,6	101,1	13,4	362,4	48,0	23,9	114,8	6,0	2,2	146,9	Juli
18,5	0,6	172,9	176,6	469,2	307,2	132,5	29,5	421,9	50,7	23,8	130,1	6,0	2,3	150,2	Aug.
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	54,3	23,9	144,6	6,0	2,5	140,0	Sept.
															Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 5) Einschließlich langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — 6) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahl-18,5 Mill. DM wurde überdeckt durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichtet.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
Passiva Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschafts- unternehmen und Private		öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)
						insgesamt	darunter Anlage-konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
1950													
Alle Banken													
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	1 752,7	276,2	9,3
Juli	3 572	25 937,1	16 398,5	14 798,4	11 076,7	8 388,1	.	2 688,6	3 721,7	1 600,1	1 657,8	243,6	9,3
Aug.	3 573	27 126,0	17 164,0	15 519,9	11 783,4	9 068,3	.	2 715,1	3 736,5	1 644,1	1 732,0	240,2	8,1
Sept.	3 565	28 060,2	17 326,6	15 746,4	11 984,0	9 108,7	287,6	2 875,3	3 762,4	1 580,2	1 799,1	239,5	15,6
Okt.	3 564	29 600,8	17 915,1	16 318,3	12 485,1	9 639,9	.	2 845,2	3 833,2	1 596,8	1 987,3	262,1	13,6
Kreditbanken													
Juni	256	8 925,1	6 028,5	5 451,9	5 041,8	4 385,8	39,7	656,0	410,1	576,6	549,0	67,3	8,4
Juli	256	9 290,7	6 383,1	5 885,1	5 468,8	4 800,5	.	668,3	416,3	498,0	499,5	34,3	6,5
Aug.	256	9 869,0	6 934,8	6 410,2	5 988,9	5 309,3	.	679,6	421,3	524,6	518,0	37,5	6,4
Sept.	254	10 346,7	7 113,6	6 590,4	6 155,6	5 403,4	36,1	752,2	434,8	523,2	517,9	36,4	14,3
Okt.	255	11 218,7	7 636,9	7 090,6	6 644,3	5 833,1	.	811,2	446,3	546,3	530,3	48,2	11,9
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Juni	38	1 664,0	25,7	23,7	23,4	5,6	0,0	17,8	0,3	2,0	32,3	12,0	—
Juli	38	1 727,4	14,3	12,8	12,5	4,2	.	8,3	0,3	1,5	32,9	7,8	—
Aug.	38	1 797,6	16,3	13,5	13,2	4,5	.	8,7	0,3	2,8	41,2	7,6	—
Sept.	38	1 889,3	20,8	17,6	17,3	4,6	0,1	12,7	0,3	3,2	41,3	7,6	—
Okt.	38	1 986,1	21,9	19,6	19,3	4,2	.	15,1	0,3	2,3	42,8	7,8	—
Girozentralen													
Juni	18	3 425,0	1 999,0	1 238,6	1 188,9	283,3	7,5	905,6	49,7	760,4	267,8	98,5	0,2
Juli	18	3 462,8	1 944,7	1 176,6	1 126,4	326,3	.	800,1	50,2	768,1	258,5	102,7	1,3
Aug.	18	3 562,6	1 919,8	1 144,8	1 094,3	342,9	.	751,4	50,5	775,0	296,1	104,4	1,0
Sept.	18	3 662,2	1 885,9	1 192,2	1 141,9	325,3	6,9	816,6	50,3	693,7	301,6	107,5	0,5
Okt.	18	3 843,2	1 847,7	1 163,6	1 112,5	354,1	.	758,4	51,1	684,1	389,0	113,2	1,7
Sparkassen													
Juni	884	6 823,0	5 749,3	5 677,1	3 078,0	2 027,0	186,2	1 051,0	2 599,1	72,2	301,6	43,6	0,0
Juli	885	6 988,4	5 856,7	5 784,8	3 170,2	2 086,2	.	1 084,0	2 614,6	71,9	283,2	41,6	0,0
Aug.	885	7 184,2	6 011,4	5 941,5	3 318,2	2 182,5	.	1 135,7	2 623,3	69,9	287,9	39,7	—
Sept.	885	7 292,1	6 008,6	5 933,5	3 299,9	2 166,8	186,1	1 133,1	2 633,6	75,1	342,2	40,1	—
Okt.	884	7 534,8	6 089,8	6 018,9	3 339,7	2 205,1	.	1 134,6	2 679,2	70,9	394,9	40,4	—
Zentralkassen													
Juni	32	738,3	355,2	130,4	120,5	102,8	3,1	17,7	9,9	224,8	153,2	2,5	—
Juli	32	736,1	356,3	138,9	128,8	109,7	.	19,1	10,1	217,4	158,2	1,4	—
Aug.	32	762,6	347,7	124,4	114,4	94,7	.	19,7	10,0	223,3	168,6	1,4	—
Sept.	32	793,7	331,8	111,9	101,9	83,6	3,0	18,3	10,0	219,9	179,3	2,1	—
Okt.	32	844,8	344,6	125,8	115,4	97,1	.	18,3	10,4	218,8	215,8	2,0	0,0
Kreditgenossenschaften													
Juni	2 295	2 115,9	1 535,4	1 526,2	907,9	871,3	52,6	36,6	618,3	9,2	246,3	17,1	—
Juli	2 295	2 161,2	1 568,0	1 558,5	935,8	898,7	.	37,1	622,7	9,5	234,5	18,1	—
Aug.	2 295	2 205,9	1 610,8	1 600,4	976,4	937,1	.	39,3	624,0	10,4	232,7	17,2	—
Sept.	2 295	2 248,3	1 606,7	1 594,6	968,2	930,0	52,9	38,2	626,4	12,1	264,4	16,1	—
Okt.	2 295	2 311,4	1 644,4	1 633,7	994,6	956,2	.	38,4	639,1	10,7	259,2	16,2	—
Sonstige Kreditinstitute													
Juni	36	307,8	85,6	81,1	73,4	70,4	1,9	3,0	7,7	4,5	66,0	9,7	0,7
Juli	36	329,8	97,5	92,2	84,8	82,7	.	2,1	7,4	5,3	70,1	11,2	1,5
Aug.	36	360,5	112,2	107,0	99,9	97,6	.	2,3	7,1	5,2	75,0	13,0	0,7
Sept. 11)	30	308,5	118,8	113,8	106,9	105,2	1,9	1,7	6,9	5,0	29,7	9,8	0,7
Okt.	29	321,4	114,9	111,1	104,3	102,7	.	1,6	6,8	3,8	26,4	8,3	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Juni	12	1 203,2	236,8	177,0	176,9	84,3	0,6	92,6	0,1	59,8	136,4	25,6	—
Juli	12	1 240,8	178,0	149,6	149,5	79,7	.	69,8	0,1	28,4	121,0	26,5	0,0
Aug.	13	1 383,6	211,1	178,2	178,1	99,7	.	78,4	0,1	32,9	112,5	19,5	—
Sept.	13	1 519,4	240,5	192,5	192,4	89,8	0,6	102,6	0,1	48,0	122,7	19,9	—
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — 3) Einschließlich selbständig Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen ent-konto je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — 4) Ab August 1949 sind die Valutaverpflicht-an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 5) Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 6) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten.

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neu-gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken															
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3 ⁷⁾	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	1950 Juni
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Juli
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Aug.
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Sept.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,5	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	124,3	2 755,4	Okt.
Kreditbanken															
1 059,7	185,0	211,5	31,2	197,0	15,1	4,0	663,2	136,5	90,5	38,2	50,5	705,8	25,5	1 298,3	Juni
1 006,2	188,2	249,2	44,7	197,8	14,9	4,0	722,0	162,4	96,8	39,5	37,5	734,9	29,7	1 190,9	Juli
924,2	189,0	309,2	48,2	198,5	14,7	4,0	747,1	215,0	106,2	43,5	47,3	876,3	29,5	1 082,2	Aug.
1 155,1	191,4	348,4	49,9	198,8	13,9	4,0	771,6	249,4	107,1	46,6	43,8	961,0	29,6	1 234,0	Sept.
1 354,6	195,7	373,2	49,6	203,5	14,2	4,0	874,9	290,3	98,7	55,5	30,3	1 063,9	26,0	1 336,0	Okt.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
—	689,3	341,6	147,2	250,9	157,6 ⁷⁾	1,8	177,0	119,1	55,5	309,3	27,3	2,2	—	—	Juni
—	704,8	383,7	157,6	255,6	162,4	1,8	178,5	140,4	55,0	331,4	25,2	2,3	—	—	Juli
—	713,8	426,9	165,9	257,5	164,2	1,8	176,0	150,5	63,8	366,6	25,0	3,0	—	—	Aug.
—	726,1	476,4	178,2	261,0	167,8	1,8	185,5	165,7	65,4	412,9	25,1	3,3	—	—	Sept.
—	738,5	525,7	197,8	263,9	166,4	1,8	195,5	175,7	85,5	455,3	25,5	3,9	—	—	Okt.
Girozentralen															
7,2	174,8	449,8	292,0	54,3	18,7	—	180,1	220,0	140,4	499,8	28,5	36,3	1,7	76,8	Juni
11,0	185,2	502,5	313,7	54,9	18,7	—	192,3	252,8	177,7	470,8	32,9	38,2	1,7	93,5	Juli
5,7	205,8	542,6	345,4	55,8	18,7	—	191,4	287,0	183,8	500,6	34,2	47,6	1,6	107,5	Aug.
31,9	216,0	590,1	382,3	57,1	19,1	—	197,3	309,5	213,7	555,8	37,8	67,1	1,4	183,5	Sept.
51,6	226,5	649,8	408,0	59,1	19,1	—	211,5	352,8	239,9	581,4	37,0	68,4	1,1	252,3	Okt.
Sparkassen															
36,3	0,0	179,6	40,4	190,7	11,9	—	325,1	9,9	190,0	69,9	9,3	39,2	10,4	146,3	Juni
42,0	—	205,2	43,3	199,4	7,1	—	358,6	6,8	213,0	78,9	9,0	41,3	9,7	149,0	Juli
41,8	—	225,8	48,1	200,4	8,3	—	368,8	6,8	233,8	84,3	9,5	42,5	8,3	153,2	Aug.
43,1	—	251,8	59,3	201,2	7,0	—	385,9	6,4	256,0	103,5	9,1	42,6	8,7	157,3	Sept.
61,3	—	287,1	73,5	207,0	2,5	—	421,2	7,4	284,9	128,5	8,3	38,9	10,4	187,8	Okt.
Zentralkassen															
87,5	0,5	26,6	4,8	18,6	4,0	—	91,9	2,6	30,0	0,7	1,4	58,8	28,8	332,9	Juni
85,3	0,5	32,4	4,0	19,6	4,0	—	79,8	3,5	32,9	0,6	1,5	61,8	29,6	336,4	Juli
90,8	0,5	38,6	4,5	21,9	6,1	—	90,0	4,1	39,1	0,3	1,5	60,7	29,0	319,9	Aug.
117,9	0,5	44,5	4,9	22,7	7,2	—	92,1	4,4	45,1	0,4	2,1	67,1	29,1	343,1	Sept.
118,2	0,5	49,5	10,6	22,9	7,7	—	82,7	4,7	48,2	7,5	2,1	79,6	16,7	366,1	Okt.
Kreditgenossenschaften															
105,1	0,0	16,3	11,8	109,5	36,7	0,2	91,5	2,4	19,1	6,2	9,1	39,5	53,9	174,0	Juni
103,4	0,0	20,1	12,3	114,2	38,1	0,2	108,7	2,8	22,8	6,0	9,2	41,5	56,2	177,1	Juli
99,1	0,0	22,7	13,8	116,5	41,0	0,2	110,3	3,3	23,2	7,1	9,8	41,0	53,5	176,0	Aug.
98,6	0,0	25,9	16,0	118,4	40,8	0,2	118,3	3,4	24,5	8,4	9,7	41,8	54,2	183,1	Sept.
110,9	0,0	29,1	19,7	121,2	43,3	0,2	126,9	3,7	27,9	10,7	8,7	43,3	62,1	207,9	Okt.
Sonstige Kreditinstitute															
37,8	—	4,4	4,6	28,6	6,8	5,5	80,8	—	5,8	8,4	4,5	15,8	15,5	69,9	Juni
38,0	—	4,5	4,6	28,8	7,7	5,7	86,3	—	6,1	8,5	5,7	19,1	15,3	71,5	Juli
35,6	—	9,0	4,3	28,8	7,7	5,7	95,6	—	11,0	8,7	6,6	19,9	13,8	72,7	Aug.
45,3	—	13,7	4,4	26,5	5,6	4,7	70,1	—	12,8	9,3	5,8	18,6	9,2	50,2	Sept.
55,3	—	14,0	4,3	24,2	5,2	4,3	82,3	—	11,4	9,4	5,8	18,1	7,9	47,6	Okt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
116,4	146,2	210,6	89,1	197,4	153,4	153,4	70,3	188,7	14,2	101,4	28,3	10,0	0,2	219,8	Juni
162,4	147,0	235,2	90,2	197,5	153,4	153,4	109,5	211,1	20,7	88,7	39,0	9,9	0,1	225,6	Juli
170,9	180,8	273,6	114,8	211,4	153,4	153,4	108,5	250,0	14,1	111,2	39,3	12,2	0,2	224,7	Aug.
198,9	190,6	320,6	130,1	211,5	153,4	153,4	104,5	305,4	15,3	116,8	40,1	16,2	0,2	277,7	Sept.
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe Überregionale Institute mit stehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — ⁴⁾ Ab Juni 1950 sind auch die Einlagen auf Fest-tungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁷⁾ In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ¹¹⁾ Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abgang von 6 Instituten, die ab September

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach

(ohne

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)					
	insgesamt ⁸⁾	davon				
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁹⁾		
		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentlich- rechtliche Körper- schaften
insgesamt	darunter Anlagekonten					
	1	2	3	4	5	6
1949						
Januar	7 381,5	4 653,3	1 347,9	617,5	329,9	762,8
März	8 008,5	4 943,8	1 331,0	806,2	376,9	927,5
Juni	8 829,6 ⁶⁾	5 464,7 ⁶⁾	1 598,9	924,5 ⁶⁾	383,5	841,5
Juli	8 827,3 ⁶⁾	5 392,5 ⁶⁾	1 545,2	943,3 ⁶⁾	352,7	946,3
August	9 152,5	5 557,4	1 657,2	1 016,4	347,6	921,5
September	9 328,2	5 767,1	1 641,5	1 026,9	343,0	892,7
Oktober	9 693,9	6 090,0	1 650,2	1 045,8	335,6	907,9
November	9 733,6	6 068,8	1 623,6	992,3	327,9	1 048,9
Dezember	9 786,1	6 013,9	1 685,5	1 091,9	318,9	994,8
1950						
Januar	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6
Februar	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1
Juni ⁷⁾	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2
September	11 984,0	7 017,8	1 338,8	2 090,9	287,6	1 536,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung meldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheck- deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre- 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend berei- ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ²⁾ In den be- haltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (Juni 267,7 Mill. DM, Juli 270,9 Mill. DM) sind schätzungs- Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo aufgegliedert.

banken

Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet

Spareinlagen)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungstrist bzw. Laufzeit von:								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	
7	8	9	10	11	12	13	14	
								1949
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	425,2	53,9	Januar
								März
								Juni
233,4	455,2	179,0	211,9	99,2	222,5	400,8	56,7	Juli
273,3	434,7	197,7	175,4	102,4	249,6	407,4	61,8	August
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	413,0	64,1	September
272,4	465,5	199,7	137,7	129,3	231,0	409,7	73,7	Oktober
237,3	551,6	188,6	160,3	137,1	231,7	394,5	105,3	November
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	409,0	115,2	Dezember
								1950
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7	Januar
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	428,9	131,3	Februar
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4	März
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6	April
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0	Mai
497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9	Juni ⁷⁾
603,2	744,8	522,8	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9	September

der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrektur-
ämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni
nigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der
fristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁶⁾ Die hierin ent-
weise zu 99 vH den Sichteinlagen und zu 1 vH den befristeten Einlagen zugeschlagen. — ⁷⁾ Ab Juni 1950 werden die

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Monatliche Bankenstatistik*)¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

in Mill. DM

Stand	Spar- einlagen- bestand am Monats- anfang ⁴⁾	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ³⁾ Veränderungen (z. B. Umstel- lung, Umbu- chung, Zu- bzw. Abgang v. Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁴⁾	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1949								
Jan.	1 560,1	1 722,9	.
März	1 873,8	2 038,1	.
Juni	2 294,3	207,3	147,2	+ 60,1	0,8	+ 37,5	2 392,7	13,8
Juli	2 393,1	236,8	153,2	+ 83,6	1,3	+ 23,6	2 501,6	20,6
Aug.	2 501,6	221,2	142,2	+ 79,0	0,5	+ 15,4	2 596,5	25,1
Sept.	2 596,4	222,6	171,3	+ 51,3	0,4	+ 12,1	2 660,2	32,8
Okt.	2 659,9	225,2	165,5	+ 59,7	0,3	+ 9,1	2 729,0	48,2
Nov.	2 729,0	234,0	163,7	+ 70,3	0,4	+ 8,1	2 807,8	60,4
Dez.	2 807,3	309,5	189,7	+ 119,8	32,9	+ 6,2	2 966,2	89,9
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	- 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	- 3,1	3 833,2	222,8

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung. — ⁴⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6).

2. Postscheckämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾						
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3 + 7) (Sp. 3 + 8)		Spalte 1 gliedert sich in:									Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen		
			Einlagen auf Postscheckkonto						Einlagen auf Postsparkassenkonto		davon							
			davon Einlagen von Nichtbanken			Einlagen von Kreditinstituten	Post-scheck-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Wirtschaftsunternehmen und Private	dar. Anl.konto	öffentl.-rechtl. Körperschaften					Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl.-rechtl. Körperschaften	Kreditinstitute
	insgesamt (Spalte 4+6)	insgesamt	dar. Anl.konto	insgesamt	dar. Anlagekonto							Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl.-rechtl. Körperschaften	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentl.-rechtl. Körperschaften			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																		
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	—
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	—
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	—
Juli	793,5	684,1	594,1	497,9	6,8	96,2	109,4	90,0	7,2	2,0	1,6	—	—	—	—	—	—	—
Aug.	782,5	676,7	581,2	475,2	6,3	106,0	105,8	95,5	7,4	1,7	1,4	—	—	—	—	—	—	—
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	—
Okt.	837,0	721,7	623,1	505,4	5,6	117,7	115,3	98,6	6,5	1,4	1,1	—	—	—	—	—	—	—
Nov.	836,6	720,1	619,9	506,1	5,3	113,8	116,5	100,2	6,5	1,3	1,0	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	—
1950																		
Jan.	811,7	699,3	589,7	475,1	5,0	114,6	112,4	109,6	6,3	1,2	1,1	161,7	107,7	136,0	308,8	—	67,8	32,0
Febr.	818,0	704,8	588,8	474,0	5,0	114,8	113,2	116,0	6,5	1,1	0,9	154,4	112,7	136,0	308,9	—	74,0	34,0
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1
April	858,1	743,7	617,8	500,2	4,9	117,6	114,4	125,9	6,5	1,1	0,8	208,4	112,7	136,0	306,0	—	62,3	34,6
Mai	903,4	767,9	637,9	522,3	4,1	115,6	135,5	130,0	6,5	0,7	0,7	239,2	112,7	136,0	336,1	—	50,7	30,1
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ³⁾	· ³⁾	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1
Juli	905,9	791,1	650,5	544,4	4,1	106,1	114,8	140,6	6,5	·	·	163,2	217,7	136,0	215,6	—	143,8	29,6
Aug.	888,0	770,1	630,7	533,5	4,1	97,2	117,9	139,4	6,5	·	·	95,4	232,7	164,1	217,1	—	149,1	29,6
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6
Okt.	933,4	818,1	676,8	571,7	4,1	105,1	115,3	141,3	6,7	·	·	109,9	264,3	167,0	214,2	—	148,4	29,6

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
Juli	76,5	11,5	8,1	+ 3,4	0,0	+ 2,9	82,8
August	82,8	12,9	9,5	+ 3,4	0,0	+ 1,9	88,1
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Oktober	91,1	9,8	9,8	0,0	0,0	+ 1,0	92,1
November	92,1	8,9	7,9	+ 1,0	0,0	+ 0,6	93,7
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	·/· 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	·/· 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsforderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypotheken	Zwischenkredite	Ausgleichsforderungen im Bestand	verkaufte Ausgleichsforderungen	Spar-einlagen	aufgenommene Fremdmittel
Bausparkassen insgesamt						
1950 Januar	75,1	57,5	56,8	4,2	230,5	23,6
Februar	79,6	64,3	56,6	5,4	246,9	24,8
März	85,1	73,2	54,7	7,1	277,5	25,2
April	91,1	77,6	53,4	9,5	299,9	25,2
Mai	99,9	91,8	52,8	10,2	323,0	22,8
Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	26,8
Juli	122,4	121,2	52,3	10,5	378,6	27,2
August	137,1	147,6	52,5	10,4	403,7	27,7
September	149,6	168,6	49,4	13,4	431,9	26,0
Oktober	164,9	189,7	49,5	13,1	453,3	28,5
November	182,9	207,7	50,0	12,8	471,6	36,1
Private Bausparkassen						
1950 Januar	43,2	10,9	44,3	3,4	145,3	0,4
Februar	47,4	12,5	43,0	4,6	152,5	0,4
März	52,4	11,7	41,0	5,8	168,7	0,3
April	57,7	12,1	38,6	8,2	176,7	0,1
Mai	64,9	14,7	37,9	8,9	185,4	0,4
Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	0,4
Juli	77,9	20,4	37,5	9,2	208,8	0,9
August	89,6	27,0	37,6	9,1	219,4	0,9
September	98,0	33,4	34,5	12,1	236,5	0,9
Oktober	109,2	36,9	34,7	11,8	244,7	1,3
November	123,2	40,8	35,2	11,5	252,1	1,1
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Januar	31,9	46,6	12,5	0,8	85,2	23,2
Februar	32,2	51,8	13,6	0,8	94,4	24,4
März	32,7	61,5	13,7	1,3	108,8	24,9
April	33,4	65,5	14,8	1,3	123,2	25,1
Mai	35,0	77,1	14,9	1,3	137,6	22,4
Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	26,4
Juli	44,5	100,8	14,8	1,3	169,8	26,3
August	47,5	120,6	14,9	1,3	184,3	26,8
September	51,6	135,2	14,9	1,3	195,4	25,1
Oktober	55,7	152,8	14,8	1,3	208,6	27,2
November	59,7	166,9	14,8	1,3	219,5	35,0

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute	Vermögenswerte			Verbindlichkeiten										
		Barreserve und Bankguthaben ¹⁾	Wechsel	Debitoren	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten			
													1	2	3
1950															
September	64	2,5	64,3	57,5	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	3,4	6,2	36,4			
Oktober	65	3,2	69,7	69,7	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	3,8	7,8	51,4			

¹⁾ Einschließlich Postscheckguthaben.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbank-system (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ⁸⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008 ¹⁰⁾	12 402
Juni	11 466	.	175	11 641	1 592 ⁹⁾ 10)	13 233 ⁹⁾
Juli	11 640	.	177	11 817	1 418 ¹⁰⁾	13 235
August	11 849 ¹¹⁾	.	179	12 028	1 564 ¹⁰⁾	13 592
September	12 442 ¹¹⁾	.	185	12 627	1 483 ¹⁰⁾	14 110
Oktober	13 055	.	190	13 245	1 583	14 828

1) Ohne Kredite an Geldinstitute. — 2) Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (siehe Tabelle S. 60); Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. — 3) Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 4) Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — 5) Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. — 6) Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. — 7) Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — 8) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 9) Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“. — 10) Verminderung gegenüber früheren Zahlen durch Herausnahme der Kassenkredite an KfW. — 11) Nachträglich berichtigte Zahlen.

Stand am Monats- ende	Kredite an															
	insgesamt						von den Spalten 1									
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private						mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		Debi- toren	durch- laufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
1949																
Jan.	4 900,6	2 855,6	.	2 045,0	614,6	4 623,6	2 788,4	.	1 835,2		524,1					
März	5 551,2	3 368,3	.	2 182,9	705,3	5 234,9	3 299,8	.	1 935,1		607,1					
Juni	6 406,7	4 088,4	1 082,2	2 318,3	1 420,1	6 017,1	3 932,6	1 081,4	2 084,5		1 270,4					
Juli	6 823,1	4 421,3	1 184,8	2 401,8	1 435,5	6 447,0	4 269,4	1 179,2	2 177,6		1 250,5					
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	5 069,0	1 388,1	2 555,5	1 401,3 ⁸⁾	7 238,4 ⁸⁾	4 943,4	1 387,7	2 295,0		1 194,4 ¹⁰⁾					
Sept.	8 060,1	5 436,3	1 567,6	2 623,8	1 530,2	7 673,3	5 292,8	1 567,2	2 380,5		1 314,6					
Okt.	8 871,9	6 114,0	1 868,1	2 757,9	1 693,1	8 468,8	5 961,8	1 865,2	2 507,0		1 465,6					
Nov.	9 501,7	6 617,4	2 073,2	2 884,3	1 840,8	8 931,0	6 346,0	2 005,9	2 585,0		1 615,3					
Dez.	9 848,2	6 653,2	2 063,8	3 195,0	2 085,5	9 120,9	6 215,1	1 982,1	2 905,8		1 817,8					
1950																
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9 ¹¹⁾	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6		2 067,8 ¹¹⁾					
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3		2 226,4					
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0		2 463,5					
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3		2 652,3					
Mai	11 221,9 ¹²⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ¹³⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8		2 836,8					
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7		
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2		
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9		
Sept.	12 441,9 ¹⁴⁾	8 283,2	2 326,6	4 158,7	852,9	3 948,0	11 676,5 ¹⁵⁾	7 928,2	2 326,2	3 748,3	781,5	699,9	81,6	3 414,0		
Okt.	13 055,0	8 756,0	2 570,5	4 299,0	896,9	4 352,4	12 358,7	8 392,5	2 568,3	3 966,2	821,7	742,4	79,3	3 725,0		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen darlegen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ³⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁵⁾ Bis einschließlich Mai 1949 ohne August wurden ausgebucht rd. 130 Mill. DM für Rechnung der Länder verwaltete Umstellungsgrundschulden. — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ¹¹⁾ Die meldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ¹³⁾ Vgl. Anmerkung ¹²⁾. — ¹⁴⁾ Zu- verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — ¹⁵⁾ Vgl. Anmerk. ¹⁴⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:															
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							davon				davon				
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung- sonstige Wechsel ⁶⁾		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite			ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite			Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
277,0	67,2	209,8			90,5		1 049,4	388,3		661,1			55,7	1949	
316,3	68,5	247,8			98,2		1 122,7	411,8		710,9			69,5	Jan.	
389,6	155,8	233,8			149,7		1 375,1	478,8	9,0	896,3			123,0	März	
376,1	151,9	224,2			185,0		1 543,3	506,8	11,4	1 036,5			133,5	Juni	
386,1 ⁸⁾	125,6	260,5			206,9 ¹⁰⁾		1 593,3	528,5	12,3	1 064,8			138,2	Juli	
386,8	143,5	243,3			215,6		1 560,5	495,9	15,0	1 064,6			172,5	Aug.	
403,1	152,2	250,9			227,5		1 685,2	624,1	19,7	1 061,1			183,7	Sept.	
570,7	271,4	299,3			225,5		1 638,6	675,0	20,1	963,6			206,9	Okt.	
727,3	438,1	289,2			267,7		1 618,3	609,7	23,2	1 008,6			215,7	Nov.	
														Dez.	
602,9	285,7	317,2			303,1 ¹¹⁾		1 730,2	656,0	21,3	1 074,2			218,3	1950	
699,5	361,7	337,8			352,0		1 758,9	678,9	22,2	1 080,0			240,3	Jan.	
907,9	476,7	431,2			416,4		1 732,8	664,8	19,7	1 068,0			262,8	Febr.	
877,8	419,0	458,8			452,9		1 703,2	664,9	21,2	1 038,3			273,3	März	
906,3 ¹²⁾	415,7	490,6 ¹²⁾			490,1		1 762,2 ¹⁰⁾	684,5	17,0	1 077,7 ¹³⁾			331,6	April	
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 853,3	779,7	23,0	1 073,6	45,3	37,7	7,6	608,6	
696,3	363,5	332,8	75,2	70,2	5,0	627,4	1 868,5	865,9	23,3	1 002,6	46,3	39,8	6,5	638,4	

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung, sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunal-unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung 7). — ⁶⁾ Im Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ⁷⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrektur-nahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist

Stand am Monatsende	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private				mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Bundesgebiet														
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Sept.	12 441,9 ⁶⁾	8 283,2	2 326,6	4 158,7	852,9	3 948,0	11 676,5 ⁷⁾	7 928,2	2 326,2	3 748,3	781,5	699,9	81,6	3 414,0
Okt.	13 055,0	8 756,0	2 570,5	4 299,0	896,9	4 352,4	12 358,7	8 392,5	2 568,3	3 966,2	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Baden														
Juni	258,3	199,2	49,1	59,1	18,5	21,5	244,2	192,3	49,1	51,9	15,5	14,7	0,8	18,1
Juli	262,8	200,4	50,5	62,4	20,2	23,7	247,1	192,2	50,5	54,9	17,1	15,5	1,6	19,9
Aug.	265,4	199,5	49,3	65,9	21,5	27,5	245,3	190,9	49,3	54,4	18,4	16,7	1,7	23,3
Sept.	272,1	203,5	46,6	68,6	21,9	30,7	252,5	195,3	46,6	57,2	18,3	16,6	1,7	26,1
Okt.	288,6	217,0	50,5	71,6	21,8	33,8	270,5	208,4	50,5	62,1	18,1	16,4	1,7	28,6
Bayern														
Juni	1 768,1	1 290,6	404,3	477,5	109,4	583,9	1 662,9	1 185,9	404,2	477,0	101,6	89,5	12,1	510,9
Juli	1 786,9	1 306,5	406,6	480,4	112,5	630,2	1 680,3	1 200,3	406,4	480,0	105,5	92,7	12,8	548,0
Aug.	1 846,1	1 353,7	408,0	492,4	115,9	695,1	1 711,1	1 223,1	407,9	488,0	109,0	96,9	12,1	604,9
Sept.	1 987,0	1 492,6	470,1	494,4	121,0	759,3	1 846,6	1 353,7	470,0	492,9	114,2	101,6	12,6	658,8
Okt.	2 052,2	1 544,4	509,7	507,8	124,6	860,0	1 927,0	1 419,5	509,6	507,5	117,5	104,4	13,1	721,1
Bremen														
Juni	375,9	275,8	67,3	100,1	8,1	98,8	369,5	275,3	67,3	94,2	8,1	7,6	0,5	94,7
Juli	397,9	283,9	77,5	114,0	8,0	113,3	393,7	283,4	77,5	110,3	8,0	7,5	0,5	109,2
Aug.	408,6	293,8	81,0	114,8	8,5	119,5	404,6	293,5	81,0	111,1	8,5	8,0	0,5	115,4
Sept.	452,9	335,4	108,4	117,5	8,8	126,5	448,8	334,9	108,4	113,9	8,8	8,3	0,5	119,6
Okt.	497,6	365,6	135,1	132,0	9,2	133,6	495,3	365,3	135,1	130,0	9,2	8,8	0,4	126,7
Hamburg														
Juni	1 150,3	770,4	298,0	379,9	46,9	143,3	1 131,9	764,8	298,0	367,1	46,7	44,3	2,4	142,8
Juli	1 175,6	765,0	300,8	410,6	60,1	155,4	1 156,3	760,0	300,8	396,3	59,9	47,8	12,1	154,8
Aug.	1 332,2	881,4	340,9	450,8	62,1	169,5	1 308,3	875,3	340,9	433,0	61,8	48,9	12,9	169,0
Sept.	1 476,1	1 010,9	434,8	465,2	68,9	176,7	1 460,5	1 009,1	434,8	451,4	68,7	55,0	13,7	176,2
Okt.	1 625,1	1 108,3	515,7	516,8	70,4	186,1	1 610,9	1 106,9	515,7	504,0	70,3	62,0	8,3	185,5
Hessen														
Juni	931,8	622,8	134,3	309,0	57,2	172,3	907,2	616,5	134,0	290,7	54,6	49,6	5,0	151,5
Juli	966,5	634,7	127,5	331,8	60,2	182,6	930,5	630,8	127,2	299,7	55,1	50,3	4,8	157,7
Aug.	979,5	628,8	125,9	350,7	69,9	205,9	935,9	624,7	125,6	311,2	65,3	60,2	5,1	169,4
Sept.	1 006,9 ⁸⁾	672,1	134,9	334,8	73,3	220,2	975,0 ⁹⁾	666,4	134,6	308,6	68,5	63,3	5,2	181,5
Okt.	1 064,8	718,6	156,6	346,2	78,6	249,0	1 038,2	713,0	156,3	325,2	73,4	67,0	6,4	201,7
Niedersachsen														
Juni	893,0	597,6	79,4	295,4	31,7	374,4	852,3	578,5	79,4	273,8	31,0	22,7	8,3	290,4
Juli	922,6	610,2	74,7	312,4	31,9	405,4	882,1	589,9	74,7	292,2	31,2	22,0	9,2	335,9
Aug.	926,2	613,1	77,8	313,1	34,0	443,4	889,4	595,7	77,8	293,7	33,3	23,6	9,7	367,8
Sept.	960,5	653,0	81,6	307,5	37,6	489,8	930,3	633,0	81,6	297,3	36,9	25,9	11,0	406,7
Okt.	989,0	672,3	85,6	316,7	40,2	544,3	953,5	643,8	85,6	309,7	39,4	27,6	11,8	447,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ³⁾ Einschließlich mittel- ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Zunahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM berichtet. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Zunahme im September 1950 rd. 43 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. rungsinstituten berichten. — ⁹⁾ Vgl. Anmerkung ⁸⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obli- go der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite				
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen, sonstige Wechsel	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon	durch- lau- fende Kredite	langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite						ins- gesamt	durch- lau- fende Kredite	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Bundesgebiet															1950		
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Juni		
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli		
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	Aug.		
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 853,3	779,7	23,0	1 073,6	45,3	37,7	7,6	608,6	Sept.		
696,3	363,5	332,8	75,2	70,2	5,0	627,4	1 868,5	865,9	23,3	1 002,6	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.		
Baden																	
14,1	6,9	7,2	3,0	3,0	—	3,4	38,5	18,2	—	20,3	0,1	0,1	—	1,0	Juni		
15,7	8,2	7,5	3,1	3,1	—	3,8	39,2	18,5	—	20,7	0,1	0,1	—	1,0	Juli		
20,1	8,6	11,5	3,1	3,1	—	4,2	31,6	15,4	—	16,2	0,1	0,1	—	1,5	Aug.		
19,6	8,2	11,4	3,6	3,6	—	4,6	33,0	16,3	—	16,7	0,1	0,1	—	1,5	Sept.		
18,1	8,6	9,5	3,7	3,7	—	5,2	43,8	18,1	—	25,7	0,2	0,2	—	1,6	Okt.		
Bayern																	
105,2	104,7	0,5	7,8	3,1	4,7	73,0	255,5	148,9	3,0	106,6	7,1	7,1	0,0	39,6	Juni		
106,6	106,2	0,4	7,0	2,1	4,9	82,2	251,5	145,2	3,1	106,3	9,2	9,2	0,0	37,6	Juli		
135,0	130,6	4,4	6,9	2,3	4,6	90,2	254,6	149,7	3,1	104,9	6,9	6,9	0,0	43,8	Aug.		
140,4	138,9	1,5	6,8	2,8	4,0	100,5	263,7	155,1	1,4	108,6	7,0	7,0	0,0	46,4	Sept.		
125,2	124,9	0,3	7,1	2,8	4,3	138,9	299,2	175,7	1,6	123,5	6,6	6,6	0,0	21,4	Okt.		
Bremen																	
6,4	0,5	5,9	—	—	—	4,1	25,5	14,4	—	11,1	1,0	1,0	—	27,7	Juni		
4,2	0,5	3,7	—	—	—	4,1	27,8	16,7	—	11,1	—	—	—	35,2	Juli		
4,0	0,3	3,7	—	—	—	4,1	39,2	28,7	—	10,5	—	—	—	38,7	Aug.		
4,1	0,5	3,6	—	—	—	6,9	42,0	30,4	—	11,6	—	—	—	40,3	Sept.		
2,3	0,3	2,0	—	—	—	6,9	46,7	35,6	—	11,1	—	—	—	40,8	Okt.		
Hamburg																	
18,4	5,6	12,8	0,2	0,2	—	0,5	94,6	33,3	3,1	61,3	4,9	2,6	2,3	7,0	Juni		
19,3	5,0	14,3	0,2	0,2	—	0,6	89,7	33,9	3,7	55,8	4,8	2,4	2,4	8,1	Juli		
23,9	6,1	17,8	0,3	0,3	—	0,5	86,4	33,2	3,6	53,2	4,3	1,8	2,5	8,9	Aug.		
15,6	1,8	13,8	0,2	0,2	—	0,5	96,7	44,6	5,8	52,1	4,3	1,8	2,5	9,0	Sept.		
14,2	1,4	12,8	0,1	0,1	—	0,6	103,7	42,5	6,7	61,2	4,1	1,7	2,4	9,9	Okt.		
Hessen																	
24,6	6,3	18,3	2,6	2,6	0,0	20,8	176,9	58,0	0,6	118,9	3,9	3,9	—	6,5	Juni		
36,0	3,9	32,1	5,1	5,1	—	24,9	210,9	69,8	1,5	141,1	4,2	3,3	0,9	6,4	Juli		
43,6	4,1	39,5	4,6	4,6	—	36,5	226,5	58,4	1,9	168,1	4,4	3,5	0,9	6,9	Aug.		
31,9	5,7	26,2	4,8	4,8	—	38,7	248,8	69,8	2,8	179,0	4,1	3,1	1,0	8,0	Sept.		
26,6	5,6	21,0	5,2	5,2	—	47,3	248,1	73,1	4,3	175,0	4,6	3,6	1,0	10,5	Okt.		
Niedersachsen																	
40,7	19,1	21,6	0,7	0,7	0,0	84,0	170,1	73,2	0,0	96,9	2,7	2,7	—	33,3	Juni		
40,5	20,3	20,2	0,7	0,7	0,0	69,5	167,2	73,1	0,0	94,1	2,7	2,7	—	36,8	Juli		
36,8	17,4	19,4	0,7	0,7	0,0	75,6	156,6	79,7	0,1	76,9	2,8	2,8	—	41,6	Aug.		
30,2	20,0	10,2	0,7	0,7	0,0	83,1	167,6	91,7	0,1	75,9	2,8	2,8	—	48,7	Sept.		
35,5	28,5	7,0	0,8	0,8	0,0	96,4	174,6	90,9	0,0	83,7	2,9	2,9	—	54,9	Okt.		

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁴⁾ ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten 15 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 2 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzie-

Stand am Monatsende	Kredite an														
	insgesamt						von den Spalten 1								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre ³⁾)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft	insgesamt	darunter Akzeptkredite		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
1950															
Nordrhein-Westfalen															
Juni	3 212,8	1 682,5	343,4	1 530,3	210,5	643,5	2 914,8	1 667,4	342,4	1 247,4	205,7	187,5	18,2	546,0	
Juli	3 223,4	1 703,2	344,5	1 520,2	220,8	709,8	2 957,5	1 688,1	344,5	1 269,4	210,6	194,2	16,4	609,1	
Aug.	3 178,8	1 727,4	346,5	1 451,4	238,8	775,7	2 979,7	1 712,3	346,5	1 267,4	225,7	206,7	19,0	667,2	
Sept.	3 242,6 ⁶⁾	1 781,8	352,2	1 460,8	236,3	847,9	3 046,0 ⁷⁾	1 769,8	352,2	1 276,2	222,0	203,9	18,1	726,8	
Okt.	3 331,1	1 897,1	388,8	1 434,0	262,0	932,3	3 185,3	1 885,3	387,1	1 303,0	246,3	229,7	16,6	794,8	
Rheinland-Pfalz															
Juni	484,5	346,8	84,7	137,7	35,5	81,1	468,2	339,7	84,7	128,5	33,5	33,1	0,4	69,0	
Juli	486,3	347,2	81,0	139,1	38,4	93,5	467,7	339,9	81,0	127,8	36,1	35,8	0,3	79,9	
Aug.	493,6	355,9	78,7	137,7	40,1	103,9	476,8	348,4	78,7	128,4	37,7	37,4	0,3	88,3	
Sept.	514,0	375,3	80,4	138,7	38,7	111,8	498,0	367,4	80,4	130,6	36,5	36,3	0,2	93,7	
Okt.	541,0	393,6	90,4	147,4	39,2	120,6	525,8	385,1	90,4	140,7	36,7	36,5	0,2	101,0	
Schleswig-Holstein															
Juni	411,2	293,4	98,4	117,8	51,4	129,8	397,5	280,2	98,4	117,3	50,0	40,3	9,7	107,0	
Juli	420,4	300,5	94,1	119,9	49,4	145,0	405,6	286,2	94,1	119,4	47,4	41,1	6,3	121,1	
Aug.	419,2	308,0	95,3	111,2	47,4	173,9	404,9	294,1	95,3	110,8	45,4	41,0	4,4	146,8	
Sept.	434,7	317,7	99,9	117,0	48,4	202,8	419,5	302,9	99,9	116,6	46,1	41,9	4,2	173,9	
Okt.	461,4	327,3	109,5	134,1	48,0	218,3	443,3	310,2	109,5	133,1	45,8	40,5	5,3	188,1	
Württemberg-Baden															
Juni	1 176,7	834,8	261,8	341,9	111,0	455,3	1 125,7	824,8	261,8	300,9	89,1	80,2	8,9	362,2	
Juli	1 189,1	852,6	261,6	336,5	114,2	497,1	1 152,5	841,9	261,6	310,6	87,5	78,0	9,5	396,6	
Aug.	1 208,3	860,9	259,1	347,4	112,5	552,7	1 173,0	850,6	259,1	322,4	85,5	75,9	9,6	447,5	
Sept.	1 232,4	879,2	274,7	353,2	123,4	602,2	1 195,5	867,2	274,7	328,3	91,9	81,4	10,5	491,8	
Okt.	1 323,6	951,9	298,4	371,7	127,8	653,4	1 287,7	938,8	298,4	348,9	92,6	80,9	11,7	530,9	
Württemberg-Hohenzollern															
Juni	225,0	178,4	35,5	46,6	7,8	26,2	216,6	173,7	35,5	42,9	7,7	7,5	0,2	21,8	
Juli	224,8	176,5	35,5	48,3	8,4	33,4	216,4	171,8	35,5	44,6	8,3	6,7	1,6	27,6	
Aug.	220,2	170,9	32,9	49,3	11,4	35,9	211,5	165,9	32,9	45,6	11,3	9,8	1,5	28,7	
Sept.	237,1	185,4	30,3	51,7	8,2	39,5	228,2	180,1	30,3	48,1	8,0	6,7	1,3	31,8	
Okt.	246,9	192,7	30,3	54,2	8,3	43,2	236,9	186,6	30,3	50,3	8,1	6,9	1,2	34,4	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4	
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6	
Aug.	571,1	323,5	187,2	247,6	55,8	299,4	349,8	224,4	187,2	125,4	53,8	51,2	2,6	285,8	
Sept.	625,7	376,2	212,6	249,5	66,2	340,8	375,5	248,1	212,6	127,4	61,8	59,1	2,7	327,2	
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ³⁾ Einschließlich mittelfristiger Kredite. — ⁴⁾ Vgl. Anmerkung 4). — ⁵⁾ Zunahme im September 1950 rd. 133 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 69 Mill. DM berichten. — ⁶⁾ Vgl. Anmerkung 6).

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							davon											
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Debitoren				Wechsel- obligo der Kund- schaft			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾				
	Debi- toren	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung, sonstige Wechsel		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite			ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite			Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Nordrhein-Westfalen																1950		
298,0	15,1	282,9	4,8	4,8	—	97,5	468,0	96,3	3,1	371,7	9,0	8,3	0,7	157,4	Juni			
265,9	15,1	250,8	10,2	10,2	—	100,7	479,4	96,7	3,3	382,7	9,6	9,4	0,2	167,9	Juli			
199,1	15,1	184,0	13,1	13,1	—	108,5	479,2	105,4	2,5	373,8	9,9	9,7	0,2	180,3	Aug.			
196,6	12,0	184,6	14,3	14,3	—	121,1	479,1	125,8	2,2	353,3	8,2	8,0	0,2	193,6	Sept.			
145,8	11,8	134,0	15,7	15,7	—	137,5	375,6	141,4	3,2	234,2	9,4	9,0	0,4	203,8	Okt.			
Rheinland-Pfalz																		
16,3	7,1	9,2	2,0	2,0	—	12,1	134,9	82,7	—	52,2	1,6	1,5	0,1	8,0	Juni			
18,6	7,3	11,3	2,3	2,3	—	13,6	136,7	80,3	—	56,4	1,7	1,7	—	9,4	Juli			
16,8	7,5	9,3	2,4	2,4	—	15,6	135,8	82,3	—	53,5	1,7	1,7	—	10,5	Aug.			
16,0	7,9	8,1	2,2	2,2	—	18,1	140,3	85,2	—	55,1	1,6	1,6	—	11,6	Sept.			
15,2	8,5	6,7	2,5	2,5	—	19,6	158,2	95,1	—	63,1	1,7	1,7	—	13,0	Okt.			
Schleswig-Holstein																		
13,7	13,2	0,5	1,4	1,4	—	22,8	89,4	35,6	0,1	53,8	0,8	0,8	—	1,5	Juni			
14,8	14,3	0,5	2,0	1,9	0,1	23,9	81,9	30,3	0,0	51,6	4,3	0,8	3,5	1,7	Juli			
14,3	13,9	0,4	2,0	1,9	0,1	27,1	70,8	22,5	0,1	48,3	4,1	0,8	3,3	3,9	Aug.			
15,2	14,8	0,4	2,3	2,2	0,1	28,9	73,2	27,7	0,0	45,5	4,4	1,1	3,3	8,0	Sept.			
18,1	17,1	1,0	2,2	2,1	0,1	30,2	84,0	35,4	0,1	48,6	2,9	1,1	1,8	8,2	Okt.			
Württemberg-Baden																		
51,0	10,0	41,0	21,9	21,3	0,6	93,1	188,5	68,0	9,9	120,5	1,5	1,1	0,4	31,0	Juni			
36,6	10,7	25,9	26,7	26,1	0,6	100,5	192,6	72,5	10,2	120,1	1,6	1,2	0,4	31,2	Juli			
35,3	10,3	25,0	27,0	26,3	0,7	105,2	190,3	73,5	10,3	116,8	1,5	1,1	0,4	29,7	Aug.			
36,9	12,0	24,9	31,5	30,9	0,6	110,4	193,3	84,2	9,8	109,1	1,6	1,2	0,4	29,9	Sept.			
35,9	13,1	22,8	35,2	34,6	0,6	122,5	202,4	104,5	6,2	97,9	2,4	2,0	0,4	40,9	Okt.			
Württemberg-Hohenzollern																		
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	4,4	41,3	25,1	0,9	16,2	5,1	5,1	—	3,2	Juni			
8,4	4,7	3,7	0,1	0,1	—	5,8	39,2	23,7	0,9	15,5	5,3	5,3	—	1,2	Juli			
8,7	5,0	3,7	0,1	0,1	—	7,2	36,9	24,0	0,9	12,9	5,3	5,3	—	3,1	Aug.			
8,9	5,3	3,6	0,2	0,2	—	7,7	38,9	25,4	0,9	13,5	5,3	5,3	—	3,1	Sept.			
10,0	6,1	3,9	0,2	0,2	—	8,8	41,3	27,7	1,2	13,6	5,3	5,3	—	7,8	Okt.			
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																		
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	13,4	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3	140,2	Juni			
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	14,6	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli			
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	13,6	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.			
250,2	128,1	122,1	4,4	4,4	—	13,6	76,6	23,7	—	52,9	5,9	5,8	0,1	208,4	Sept.			
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.			

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ fristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁴⁾ ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 5 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten

Stand am Monats- ende	Kredite an															
	insgesamt						von den Spalten 1									
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Wirtschaftsunternehmen und Private					mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
1950																
Alle Banken																
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7		
Juli	11 639,9	7 517,6	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,6	7 193,1	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2		
Aug.	11 849,4	7 717,2	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 090,5	7 399,1	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9		
Sept.	12 441,9 ⁶⁾	8 283,2	2 326,6	4 158,7	852,9	3 948,0	11 676,5 ⁷⁾	7 928,2	2 326,2	3 748,3	781,5	699,9	81,6	3 414,0		
Okt.	13 055,0	8 756,0	2 570,5	4 299,0	896,9	4 352,4	12 358,7	8 392,5	2 568,3	3 966,2	821,7	742,4	79,3	3 725,0		
Kreditbanken																
Juni	6 525,1	4 169,4	1 568,0	2 355,7	98,6	346,6	6 363,3	4 065,2	1 567,0	2 298,1	96,6	75,7	20,9	339,3		
Juli	6 628,2	4 204,6	1 570,9	2 423,6	117,1	390,4	6 457,2	4 101,2	1 570,7	2 356,0	114,1	80,8	33,3	377,9		
Aug.	6 763,3	4 319,2	1 600,3	2 444,1	127,5	438,9	6 572,2	4 188,7	1 600,1	2 383,5	123,9	87,9	36,0	425,2		
Sept.	7 189,6	4 668,2	1 771,7	2 521,4	137,9	465,1	7 009,7	4 531,8	1 771,6	2 477,9	134,1	97,3	36,8	448,9		
Okt.	7 652,4	5 023,5	1 973,4	2 628,9	160,3	507,5	7 509,4	4 900,8	1 971,6	2 608,6	155,4	121,4	34,0	485,9		
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																
Juni	34,4	33,0	—	1,4	19,0	932,0	32,3	31,8	—	0,5	17,2	8,6	8,6	812,4		
Juli	29,1	25,2	—	3,9	19,2	1 012,3	21,6	21,1	—	0,5	17,2	8,5	8,7	908,0		
Aug.	42,2	38,3	—	3,9	19,2	1 097,6	34,9	34,4	—	0,5	17,3	9,2	8,1	985,6		
Sept.	45,4	41,5	—	3,9	19,2	1 184,3	37,6	37,1	—	0,5	17,5	9,1	8,4	1 060,6		
Okt.	48,5	44,6	—	3,9	20,6	1 277,4	39,3	38,8	—	0,5	18,9	10,3	8,6	1 143,0		
Girozentralen																
Juni	868,1	429,4	20,4	438,7	162,0	611,3	554,8	378,0	20,4	176,8	135,2	113,3	21,9	404,7		
Juli	877,1	439,6	21,8	437,5	170,1	662,8	597,4	386,1	21,8	211,3	134,9	114,5	20,4	444,8		
Aug.	872,7	466,6	22,9	406,1	179,5	739,6	636,5	415,0	22,9	221,5	141,8	121,9	19,9	502,4		
Sept.	894,2	490,2	35,3	404,0	181,7	817,6	677,5	442,7	35,3	234,8	140,6	121,5	19,1	562,7		
Okt.	917,9	536,6	55,2	381,3	183,7	926,4	726,9	478,9	55,2	248,0	139,2	121,7	17,5	614,8		
Sparkassen																
Juni	1 924,4	1 462,7	42,3	461,7	231,8	759,9	1 807,8	1 428,4	42,0	379,4	222,7	215,7	7,0	679,1		
Juli	1 954,2	1 494,2	41,3	460,0	242,7	835,1	1 848,6	1 460,9	41,1	387,7	229,9	221,9	8,0	742,4		
Aug.	1 989,5	1 519,7	41,2	469,8	249,4	930,5	1 888,8	1 488,2	40,9	400,6	237,3	229,4	7,9	821,3		
Sept.	2 072,9	1 596,6	45,0	476,3	261,5	1 038,0	1 964,4	1 559,4	44,8	405,0	246,3	237,0	9,3	914,3		
Okt.	2 132,6	1 647,3	60,0	485,3	275,8	1 150,1	2 031,8	1 609,9	59,8	421,9	259,1	249,3	9,8	1 007,5		
Zentralkassen																
Juni	242,4	134,2	87,8	108,2	1,6	18,5	240,7	133,2	87,8	107,5	1,5	1,4	0,1	18,5		
Juli	236,1	130,3	84,3	105,8	1,5	19,6	234,7	129,6	84,3	105,1	1,4	1,4	—	19,6		
Aug.	256,5	147,2	93,6	109,3	1,5	21,5	255,4	146,6	93,6	108,8	1,4	1,4	—	21,5		
Sept.	233,7	174,2	118,6	109,5	1,7	19,5	282,5	173,5	118,6	109,0	1,6	1,6	—	19,5		
Okt.	301,9	183,2	120,0	118,7	1,8	21,4	300,8	182,5	120,0	118,3	1,7	1,7	0,0	21,4		
Kreditgenossenschaften																
Juni	1 046,0	740,0	98,1	306,0	147,3	55,2	1 044,7	739,1	98,0	305,6	142,5	137,9	4,6	53,8		
Juli	1 068,7	754,1	94,3	314,6	148,6	62,3	1 067,5	753,2	94,2	314,3	144,2	139,5	4,7	59,9		
Aug.	1 080,7	770,1	93,4	316,6	153,6	68,0	1 085,6	769,3	93,3	316,3	149,0	144,1	4,9	65,2		
Sept.	1 130,4	808,3	94,0	322,1	158,2	75,5	1 129,2	807,5	93,9	321,7	153,3	147,9	5,4	73,4		
Okt.	1 168,9	823,1	105,8	345,8	160,0	84,0	1 167,5	821,9	105,7	345,6	155,3	150,0	5,3	80,4		
Sonstige Geldinstitute																
Juni	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	6,6	247,3	123,6	39,8	123,7	27,8	24,3	3,5	6,6		
Juli	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	6,8	262,8	132,6	41,8	130,2	24,9	24,9	0,0	6,8		
Aug.	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	7,0	267,4	132,5	44,1	134,9	31,3	31,3	0,0	7,0		
Sept. ⁸⁾	200,0	127,9	49,3	72,1	26,5	7,5	200,0	127,9	49,3	72,1	26,5	26,5	0,0	7,5		
Okt.	199,2	130,5	56,2	68,7	28,0	7,6	198,8	130,1	56,2	68,7	28,0	24,5	1,5	7,6		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
Juni	578,3	334,3	145,5	244,0	49,6	217,8	304,6	174,3	145,5	130,3	46,0	43,8	2,2	204,4		
Juli	583,7	337,0	180,3	246,7	51,5	230,2	340,8	208,5	180,3	132,3	48,8	46,6	2,2	215,6		
Aug.	571,1	323,5	187,2	247,6	55,8	299,4	349,8	224,4	187,2	125,4	53,8	51,2	2,6	285,8		
Sept.	625,7	376,2	212,6	249,5	66,2	340,8	375,5	248,1	212,6	127,4	61,8	59,1	2,7	327,2		
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. — ³⁾ Einschließlich mittel- ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Zunahme im September 1950 rd. 682 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM berichten. — ⁷⁾ Vgl. Anmerkung ⁶⁾. — ⁸⁾ Die Rückgänge im September 1950 sind z. T. bedingt durch den Abgang von 6 Instituten, die ab September

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute												Stand am Monatsende
bis 6 entfallen auf:																			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾					
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		insgesamt	darunter Akzeptkredite		Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren	durchlaufende Kredite		
15	16	17		18	19		20				21			22				23	24
Alle Banken																1950			
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Juni				
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli				
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	Aug.				
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 853,3	779,7	23,0	1 073,6	45,3	37,7	7,6	608,6	Sept.				
696,3	363,5	332,8	75,2	70,2	5,0	627,4	1 868,5	865,9	23,3	1 002,6	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.				
Kreditbanken																			
161,8	104,2	57,6	2,0	0,4	1,6	7,3	360,8	107,0	14,1	253,8	3,4	0,8	2,6	0,8	Juni				
171,0	103,4	67,6	3,0	1,4	1,6	12,5	393,1	116,2	15,9	276,9	3,4	0,7	2,7	—	Juli				
191,1	130,5	60,6	3,6	1,9	1,7	13,7	407,1	116,8	16,3	290,3	3,3	0,6	2,7	—	Aug.				
179,9	136,4	43,5	3,8	2,5	1,3	16,2	415,5	131,2	15,5	284,3	3,2	0,6	2,6	0,7	Sept.				
143,0	122,7	20,3	4,9	3,3	1,6	21,6	404,6	142,0	17,6	262,6	3,1	0,5	2,6	2,1	Okt.				
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																			
2,1	1,2	0,9	1,8	0,2	1,6	119,6	0,2	0,2	—	0,0	3,5	3,5	0,0	49,3	Juni				
7,5	4,1	3,4	2,0	0,2	1,8	104,3	0,2	0,2	—	0,0	3,6	3,6	0,0	55,3	Juli				
7,3	3,9	3,4	1,9	0,2	1,7	112,0	0,3	0,2	—	0,1	3,9	3,9	0,0	55,9	Aug.				
7,8	4,4	3,4	1,7	0,1	1,6	123,7	0,4	0,3	—	0,1	3,3	3,3	0,0	55,7	Sept.				
9,2	5,8	3,4	1,7	0,1	1,6	134,4	0,3	0,2	—	0,1	3,7	3,7	0,0	59,5	Okt.				
Girozentralen																			
313,3	51,4	261,9	26,8	24,7	2,1	206,6	700,0	273,5	3,1	426,5	21,3	20,6	0,7	227,4	Juni				
279,7	53,5	226,2	35,2	33,2	2,0	218,0	699,4	273,6	3,1	425,8	23,5	22,4	1,1	236,8	Juli				
236,2	51,6	184,6	37,7	35,9	1,8	237,2	688,5	280,5	3,2	408,0	21,9	20,7	1,2	261,4	Aug.				
216,7	47,5	169,2	41,1	39,3	1,8	254,9	731,1	325,1	5,9	406,0	20,0	18,8	1,2	282,3	Sept.				
191,0	57,7	133,3	44,5	42,8	1,7	311,6	724,7	384,3	4,4	340,4	21,2	19,7	1,5	280,7	Okt.				
Sparkassen																			
116,6	34,3	82,3	9,1	9,1	0,0	80,8	41,5	8,8	—	32,7	4,1	4,0	0,1	12,8	Juni				
105,6	33,3	72,3	12,8	12,7	0,1	92,7	43,5	8,0	—	35,5	3,7	3,6	0,1	13,8	Juli				
100,7	31,5	69,2	12,1	12,0	0,1	109,2	39,6	7,1	—	32,5	3,9	3,7	0,2	14,6	Aug.				
108,5	37,2	71,3	15,2	15,1	0,1	123,7	28,9	8,8	—	20,1	4,1	3,8	0,3	14,7	Sept.				
100,8	37,4	63,4	16,7	16,6	0,1	142,6	22,0	5,9	—	16,1	3,6	3,4	0,2	14,3	Okt.				
Zentralkassen																			
1,7	1,0	0,7	0,1	0,1	—	—	567,2	257,9	3,1	309,3	1,4	1,3	0,1	26,0	Juni				
1,4	0,7	0,7	0,1	0,1	—	—	566,2	256,1	3,4	310,1	1,2	1,2	0,0	31,0	Juli				
1,1	0,6	0,5	0,1	0,1	—	—	558,1	261,1	2,7	297,0	1,2	1,2	0,0	34,8	Aug.				
1,2	0,7	0,5	0,1	0,1	—	—	587,3	284,8	1,6	302,5	1,5	1,5	0,0	40,7	Sept.				
1,1	0,7	0,4	0,1	0,1	—	—	608,1	302,2	1,3	305,9	2,2	2,2	0,0	50,2	Okt.				
Kreditgenossenschaften																			
1,3	0,9	0,4	4,8	4,8	0,0	1,4	4,9	1,3	0,3	3,6	3,2	3,2	—	—	Juni				
1,2	0,9	0,3	4,4	4,4	—	2,4	5,6	1,9	0,4	3,7	3,3	3,3	—	—	Juli				
1,1	0,8	0,3	4,6	4,6	—	2,8	6,5	1,9	0,2	4,6	2,6	2,6	—	—	Aug.				
1,2	0,8	0,4	4,9	4,9	—	2,1	6,6	1,5	—	5,1	3,0	3,0	—	—	Sept.				
1,4	1,2	0,2	4,7	4,7	—	3,6	10,9	1,1	—	9,8	3,4	3,4	—	—	Okt.				
Sonstige Geldinstitute																			
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,3	4,9	—	3,4	1,0	1,0	—	—	Juni				
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	8,4	5,0	—	3,4	4,7	1,1	3,6	—	Juli				
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	7,9	5,0	—	2,9	4,2	0,9	3,3	2,0	Aug.				
0,0	0,0	—	0,0	0,0	—	—	7,0	4,3	—	2,7	4,3	1,0	3,3	6,0	Sept.				
0,4	0,4	—	0,0	0,0	—	—	7,1	4,4	—	2,7	2,8	1,0	1,8	6,0	Okt.				
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																			
273,7	160,0	113,7	3,6	3,6	—	13,4	50,5	8,8	—	41,7	3,1	2,8	0,3	140,2	Juni				
242,9	128,5	114,4	2,7	2,7	—	14,6	52,8	6,7	—	46,1	5,8	5,6	0,2	159,2	Juli				
221,3	99,1	122,2	2,0	2,0	—	13,6	55,1	6,9	—	48,2	6,7	6,5	0,2	175,0	Aug.				
250,2	128,1	122,1	4,4	4,4	—	13,6	76,6	23,7	—	52,9	5,9	5,8	0,1	208,4	Sept.				
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.				

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — fristige „durchlaufende Kredite“. — ⁴⁾ Hypotheken, Kommundarlehnen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten.

3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunter- nehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	730,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1950			1950			1950		
	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
1. Wohnungsbau	64,3	67,7	82,8	952,7	1 249,5	1 817,8	85,5	133,4	160,4
2. Industrie und Handwerk	4 372,9	4 578,0	4 799,2	1 164,9	1 564,9	1 982,9	842,4	1 048,9	1 351,3
3. Land-, Forst- und Wasser- wirtschaft, Jagd, Fischerei	110,4	118,8	118,1	96,4	158,9	256,0	46,9	93,2	141,7
4. Handel	2 572,1	2 597,0	3 244,3	77,9	116,1	149,7	0,2	0,3	0,4
5. Fremdenverkehr	31,1	32,5	34,1	20,8	30,4	31,9	0,3	0,9	5,2
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	102,5	119,9	122,8	72,9	91,1	110,8	41,7	46,4	48,2
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	5,5	4,7	5,8	5,5	4,9	10,3	1,2	1,5	9,1
8. Sonst. öffentl. Kreditneh- mer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	192,9	165,2	191,4	151,4	227,5	314,4	—	0,5	0,5
9. Sonstige private Kredit- nehmer	252,5	287,3	298,7	125,5	209,2	253,0	—	0,0	—
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9)	7 704,2	7 971,1	8 897,2	2 668,0	3 652,5	4 926,8	1 018,2	1 325,1	1 716,8
darunter Kredite für Im- und Export	1 199,6	1 182,1	1 549,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 30. 9. 1950 73,0 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ohne Schatzwechsel). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dezember	31. März	30. Juni	1950		
				30. September	31. Oktober	30. November
Summe der Freigaben	470,0	1 200,0	1 580,0	2 300,0	2 300,0	2 300,0
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 042,6	1 411,4	1 880,8	2 004,4	2 156,5
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	274,5	337,7	436,0	440,1	443,3
Kohlenbergbau	185,0	289,7	317,8	346,9	360,2	375,8
Sonstige Industrie	35,0	143,7	201,5	290,5	328,9	357,8
Landwirtschaft	5,0	46,9	93,2	141,7	159,4	170,2
Wohnungsbau	0,0	53,9	99,4	126,4	134,5	162,1
Seeschifffahrt	—	49,6	49,9	84,7	84,9	85,2
Gas und Wasser	—	16,8	32,3	38,0	46,9	61,2
Straßenbahnen	—	1,7	6,4	8,2	10,0	11,7
Fischdampfer	—	3,6	4,8	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	6,6	36,5	37,4	42,4	52,7
Fremdenverkehr	—	—	—	3,8	4,8	7,6
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	—	—	50,0	50,0	50,0
Binnenschifffahrt	—	—	—	0,3	0,3	2,5
Binnenhäfen	—	—	—	1,7	2,6	4,2
Privatbahnen	—	—	—	0,3	1,3	1,3
Seehäfen	—	—	—	—	0,7	1,1
Verkehrsgewerbe	—	—	—	—	—	0,3
Bundespost	—	—	—	—	—	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	—	—	—	0,1
Bewag (Berlin)	44,0	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	31,6	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für:						
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	0,4	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,2	1,5	1,9	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:						
Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	—	20,0	20,0	20,0
Forschung	—	—	—	—	11,3	11,6
Industriebank AG Berlin für:						
Verschiedene Zwecke	—	24,4	86,3	144,0	155,1	166,8
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	157,4	168,6	419,2	295,6	143,5

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat.

6. Geplante Verwendung und bisherige Inanspruchnahme der zweiten ERP-Tranche

Stand vom 30. November 1950

in Mill. DM¹⁾

Verwendungsbereiche	Vorgesehener Betrag	Bis 30. Nov. 1950 abgerufen	Somit noch verfügbar
im Bundesgebiet			
Energiewirtschaft	128,5 ²⁾	125,5	3,0
Kohlenbergbau	116,0 ³⁾	40,8	75,2
Eisen- und Stahlindustrie	55,0	15,1	39,9
Übrige Industrie	202,2	124,6	77,6
Landwirtschaft	111,9	52,7	59,2
Wohnungsbau	115,3	80,6	34,7
Gas und Wasser	35,4 ²⁾	25,5	9,9
Straßenbahnen	10,3	4,7	5,6
Privatbahnen	6,7	1,3	5,4
Seeschifffahrt	36,3	35,2	1,1
Binnenschifffahrt	9,4	2,5	6,9
Binnenhäfen	10,0	4,2	5,8
Seehäfen	5,2	1,1	4,1
Verkehrsgewerbe	1,1	0,3	0,8
Fremdenverkehr	23,2	7,6	15,6
Kleininvestitionen (Flüchtlingsbetriebe)	71,0	50,0	21,0
Bundespost	20,0	20,0	—
als Zuschüsse für:			
Landwirtschaft	73,6	20,0	53,6
Forschung	20,9	11,6	9,3
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollarraum	2,3	0,1	2,2
zusammen	1.054,3 ³⁾	623,4	430,9
in Berlin	111,7	68,4	43,3
Insgesamt	1.166,0 ⁴⁾	691,8	474,2 ⁵⁾

¹⁾ Abgerundete Beträge. Vgl. auch: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1950, S. 33 ff. — ²⁾ Von dem für Gas und Wasser vorgesehenen Betrag von 41,4 Mill. DM sind nachträglich 6 Mill. DM für die Energiewirtschaft abgezweigt worden. — ³⁾ Im November um 16 Mill. DM für den Braunkohlenbergbau erhöht. — ⁴⁾ Davon 814 Mill. DM freigegeben. — ⁵⁾ Davon 352 Mill. DM noch nicht freigegeben.

VI. Geldvolumen

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet ¹⁾

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen)
	insgesamt	davon			insgesamt	davon							Sonderkonten des Bundes	Sonderkonten KfW, Berliner Industrie-bank		
		Bargeld-umlauf ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäfts-banken ²⁾	Öffentl. Spar-einlagen	Hohe Kommis-sare und sonstige alliierte Dienst-stellen					
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾		bei Ge-schäfts-banken ²⁾	beim Zentralbanksystem	auf Giro-konto				jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1948																
Dez.	11 743	6 319	5 199	225	6 176	1 451	880	200	979	612	1 599	455	.	—	135	(18 054)
1949																
März	11 833	6 187	5 422	224	7 041	1 453	933	90	949	953	2 097	566	.	—	153	(19 027)
Juni	12 776	6 553	5 949	274	7 574	1 701	702	191	991	842	2 469	592	.	86	170	(20 520)
Sept.	13 225	7 029	6 010	186	8 073	1 744	605	411	1 068	892	2 751	486	.	116	182	(21 480)
Dez.	14 071	7 330	6 534	207	10 103	1 806	539	402	1 120	995	3 061	1 152	1 024	4	504 ⁵⁾	24 678
	(13 646)		(6 109)		(8 389)							(462)	(. .)			(22 539)
1950																
Jan.	13 478	7 199	6 102	177	10 037	1 775	676	540	1 190	1 078	3 240	1 018	157	363	504	24 019
	(13 159)		(5 783)		(9 328)							(466)	(. .)			(22 991)
Febr.	13 477	7 290	5 998	189	10 781	1 682	825	481	1 246	1 264	3 377	1 034	629	243	508	24 766
	(13 281)		(5 802)		(9 587)							(469)	(. .)			(23 376)
März	13 684	7 420	6 080	184	10 932	1 659	703	625	1 333	1 251	3 498	1 025	683	155	513	25 129
	(13 569)		(5 965)		(9 662)							(438)	(. .)			(23 744)
April	14 020	7 560	6 284	176	11 324	1 624	751	498	1 446	1 350	3 611	1 070	736	238	522	25 866
	(13 921)		(6 185)		(9 966)							(448)	(. .)			(24 409)
Mai	14 274	7 509	6 560	205	11 854	1 657	724	580	1 518	1 493	3 702	1 091	831	258	532	26 660
	(14 188)		(6 474)		(10 377)							(445)	(. .)			(25 097)
Juni	14 548	7 728	6 609	211	12 060	1 493	563	557	1 757	1 405	3 825	1 194	1 098	168	535	27 143
Juli ⁶⁾	.	7 818	.	208	.	.	586	437	.	.	3 855	965	951	330	544	27 429
Aug. ⁶⁾	.	7 743	.	204	.	.	569	435	.	.	3 869	1 012	1 002	196	554	28 005
Sept.	15 707	7 923	7 566	218	12 222	1 453	585	437	2 102	1 537	3 894	1 036	759	419	559	28 488
Okt. ⁶⁾	.	7 839	.	318	.	.	569	369	.	.	3 968	1 040	955	296	569	29 092

¹⁾ Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumschlag. — ²⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — ³⁾ Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalte 14 der obigen Übersicht. — ⁴⁾ Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — ⁵⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁶⁾ Infolge Änderung des Erhebungsschemas der Monatlichen Bankenstatistik fällt die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit nur noch zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 421 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 169 Mill. DM. — *) Vgl. Anmerkung ¹⁾ im Oktoberheft 1950, S. 67.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾		Hessen ³⁾		Württemberg-Baden ³⁾		Bremen ³⁾		Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6		6		6		6		6	
Lombardsatz	7		7		7		7		7	
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Lombardsatz	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1 1/2 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o		+ 1 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o	
Kreditprovision	1/6 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.		1/5 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.	
	10 ¹ / ₂		10 ¹ / ₂		10 ² / ₅		10 ¹ / ₂		10 ¹ / ₂	
b) Kontoüberziehungen										
Lombardsatz	Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz		Lombardsatz	
Zinsen	+ 1 1/2 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o		+ 1 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o		+ 1/2 ⁰ /o	
Überziehungsprovision	1/8 ⁰ /o p. T.		1/8 ⁰ /o p. T.		1/8 ⁰ /o p. T.		1/8 ⁰ /o p. T.		1/8 ⁰ /o p. T.	
	13		12		12 ¹ / ₂		12		12	
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o	
Akzeptprovision	1/6 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.		1/4 ⁰ /o p. M.	
	9		9 ¹ / ₂		9 ¹ / ₂		9 ¹ / ₂		9 ¹ / ₂	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	
Diskontprovision	1 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.		1/12 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.		1/24 ⁰ /o p. M.	
	8 ⁷ / ₁₀		8		8		8 - 8 ¹ / ₂		8	
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	
Diskontprovision	1 ⁰ /o p. M.		1/6 ⁰ /o p. M.		1/12 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.		1/12 ⁰ /o p. M.	
	8 ⁷ / ₁₀		8 ¹ / ₂		8		8 - 8 ¹ / ₂		8 ¹ / ₂	
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	
Diskontprovision	1/8 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M. ¹⁰⁾		1/6 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.	
	9		9		8 ¹ / ₂		8 ¹ / ₂ - 9		9	
d) Abschnitte unter DM 1 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1/2 ⁰ /o - 1 ⁰ /o		Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /o	
Diskontprovision	1/6 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.		1/6 ⁰ /o p. M. ¹⁰⁾		1/4 ⁰ /o p. M.		1/8 ⁰ /o p. M.	
	9 ¹ / ₂		9		9		9 ¹ / ₂ - 10		9 ⁰	
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /o		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	keine Vereinbarung		1/4 ⁰ /o p. M.		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
			10 ¹ / ₂							
Umsatzprovision	1/8 ⁰ /o pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8 ⁰ /o mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2 ⁰ /o d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 ⁰ /o pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8 ⁰ /o pro Semester	
Mindestdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2 ⁰ /o min.DM-.50		1/2 ⁰ /o min.DM-.50		1/2 ⁰ /o		1/2 ⁰ /o		1/2 ⁰ /o min.DM-.50	

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsatz, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — 4) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — 10) Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ⁵⁾		Württemberg- ⁶⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ /0 1/24 ⁰ -1/12 ⁰ /0 p. M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10	Diskontsatz + 1 ¹ / ₂ ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/6 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1/000 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstzoll per Quartal		1/000 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁸⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersetzen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
2) von 12 Monaten und darüber	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 1/4 4 1/2	4 3/8 ³⁾ 4 5/8 ³⁾	4 3/8 ³⁾ 4 5/8 ³⁾	4 3/8 ³⁾ 4 5/8 ³⁾	4 3/8 4 5/8
d) 12 Monate und darüber	4 3/4 5	4 3/4 ³⁾ 5 ³⁾	4 3/4 ³⁾ 5 ³⁾	4 3/4 ³⁾ 5 ³⁾	4 3/4 5
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 1/4 3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
b) 90 bis 179 Tage	3 1/2 3 3/4	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
c) 180 bis 359 Tage	4 4 1/4	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
d) 360 Tage und darüber	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000,- und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1 1/4% o. — 7) Der Bankierkundschaft 1 3/4% o. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines ande-Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündi-falls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾
in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ²⁾³⁾⁸⁾	Hamburg ²⁾⁸⁾	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 % von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 % von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4 %. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Ändern-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indizes, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamtindex	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen	
		Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern	Durchschnittskurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0
August	106,2	7,78	103,6	7,69	108,3	7,25	117,7
September	106,8	7,84	104,3	7,70	108,4	7,30	118,5
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien		Summe	
	davon						monatlich insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	monatlich	seit der Währungsreform insgesamt	seit der Währungsreform insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Anleihen der öffentlich. Hand						
1948											
Seit der Währungsreform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5	
1949											
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5	
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5	
März	90,5	30,0	10,0	—	—	130,5	290,0	13,5	13,5	303,5	
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	352,0	12,0	25,5	377,5	
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	372,0	12,9	38,4	410,4	
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ²⁾	132,0	504,0	3,1	41,5	545,5	
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ²⁾	451,4	955,4	3,8	45,3	1 000,7	
August	14,5	4,0	36,7	—	—	55,2	1 010,6	1,7	47,0	1 057,6	
September	73,5	16,0	21,0	150,0	—	260,5	1 271,1	3,0	50,0	1 321,1	
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 272,6	1,0	51,0	1 323,6	
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 277,6	1,6	52,6	1 330,2	
Dezember	20,0	18,0	—	—	—	38,0	1 315,6	1,6	54,2	1 369,8	
1950											
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 357,1	0,7	54,9	1 412,0	
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 387,1	1,1	56,0	1 443,1	
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 443,1	5,3	61,3	1 504,4	
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 458,1	1,0	62,3	1 520,4	
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 504,1	5,8	68,1	1 572,2	
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 567,1	8,1	76,2	1 643,3	
Juli	14,5	10,0	13,0	—	—	38,0	1 604,6	4,8	81,0	1 685,6	
August	45,0	—	69,0	—	—	114,0	1 718,6	1,5	82,5	1 801,1	
September	10,0	0,1	20,0	—	160,0 ³⁾	190,1	1 908,7	5,8	88,3	1 997,0	
Oktober	23,0	15,0	—	—	—	38,0	1 946,7	11,6	99,9	2 046,6	
November	20,0	95,0	—	—	—	115,0	2 061,7	11,3	111,2	2 172,9	
zusammen:	661,5	287,6	454,2 ³⁾	158,0	500,4 ²⁾	2 061,7	2 061,7 ¹⁾	111,2	111,2	2 172,9	
davon waren am 30. November 1950 untergebracht:	407,4	105,1	156,2 ⁴⁾	114,6 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 283,7	—	107,3	1 391,0	

1) Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3 1/2%, 0,1 Mill. DM mit 4 1/2%, 912,5 Mill. DM mit 5%, 150,0 Mill. DM mit 5 1/2%, 543,9 Mill. DM mit 6%, 447,2 Mill. DM mit 6 1/2% verzinslich. — 2) Reichsbahnanleihe. — 3) Hiervon sind 235,3 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — 4) Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — 5) Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — 6) Erhöhung der Reichsbahnanleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM.

4. Wechselproteste

auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken und der Kreditinstitute

VII. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Zeit	Wechselproteste		Wechselfälligkeiten	Anteil der Wechselproteste an den fällig gewordenen Wechseln in vH
	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
1949				
Januar	7,2	.	.	.
Februar	7,9	.	.	.
März	13,4	.	.	.
April	12,4	.	.	.
Mai	12,6	.	.	.
Juni	11,7	10 060	1 375,9	0,85
Juli	9,8	9 497	1 290,3	0,76
August	9,5	9 210	1 413,0	0,67
September	9,5	9 450	1 465,3	0,65
Oktober	9,4	9 908	1 629,2	0,58
November	10,6	10 772	1 954,9	0,54
Dezember	10,8	11 688	2 000,9	0,54
1950				
Januar	10,8	11 598	2 039,0	0,53
Februar	12,5	13 224	2 103,3	0,59
März	15,8	17 327	2 200,6	0,72
April	14,8	17 450	2 055,2	0,72
Mai	15,9	19 895	2 254,6	0,71
Juni	15,1	20 591	2 308,4	0,65
Juli	13,7	19 548	2 124,6	0,64
August	13,9	19 535	2 240,8	0,62
September	12,6	18 511	2 269,6	0,56
Oktober	13,5	19 559	2 343,1	0,58

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen an Bundes- und Ländersteuern ¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50				Rechnungsjahr 1950/51							
	Insges. ²⁾	Jan.	Febr.	März	April ³⁾	Mai ³⁾	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	
I. Besitz- und Verkehrssteuern												
Insgesamt	11 203,6	1 188,7	841,6	867,0	979,4	757,9	920,8	686,1	654,9	1 196,3	853,0	
darunter:												
Lohnsteuer	2 113,2	200,6	183,2	181,8	172,2	155,8	76,4	63,2	87,7	119,6	146,8	
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	53,1	307,8	89,3	
Körperschaftsteuer	1 448,1	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6	262,1	33,8	
Vermögensteuer	115,2	2,8	16,7	3,8	2,8	20,0	3,2	2,3	19,0	4,7	3,3	
Umsatzsteuer	3 991,1	427,7	323,6	321,8	358,9	329,5	340,9	383,2	381,7	395,5	474,3	
Kraftfahrzeugsteuer												
einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	62,6	20,9	22,1	29,6	21,0	22,9	36,0	21,9	22,1	28,1	
Wechselsteuer	33,9	3,3	3,3	3,3	3,8	3,2	3,1	3,9	3,6	3,7	4,1	
Beförderungssteuer	261,7	20,6	18,0	28,1	20,5	15,3	8,9	27,3	23,1	23,5	23,7	
Notopfer Berlin	325,7	34,8	23,4	24,3	33,3	24,3	35,8	27,1	23,8	38,2	27,0	
II. Verbrauchssteuern und Zölle												
Insgesamt	4 205,9	362,2	322,0	405,9	234,9	341,5	352,8	379,6	397,0	375,8	452,3	
darunter:												
Tabaksteuer	2 190,6	183,3	161,1	192,9	95,4	174,6	179,9	184,5	186,6	188,8	193,5	
Kaffeesteuer	280,7	22,2	23,7	26,6	22,9	21,8	23,3	33,5	29,5	28,0	34,2	
Zuckersteuer	378,1	28,6	27,5	40,4	6,7	24,8	20,4	23,8	32,9	27,7	32,9	
Salzsteuer	36,3	3,4	3,7	3,2	2,1	2,7	2,9	2,7	2,9	4,6	3,7	
Biersteuer	302,4	25,9	20,9	25,3	23,7	28,7	35,5	42,3	46,0	13,8	38,0	
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	49,7	34,6	62,8	23,7	36,1	30,4	31,5	29,0	33,6	50,9	
Zündwarensteuer	53,1	3,1	5,8	4,8	5,0	4,0	4,8	5,3	6,3	6,8	5,4	
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	4,1	4,2	3,2	4,4	5,3	5,3	6,7	6,9	6,5	7,2	
Zölle	346,5	35,3	34,3	40,3	45,0	38,8	44,8	42,7	49,5	57,8	78,4	
Insgesamt	15 409,5	1 551,0⁴⁾	1 163,6	1 272,8⁴⁾	1 214,3	1 099,4	1 273,7⁴⁾	1 065,7	1 051,9	1 572,1	1 305,3	
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	100,8	89,9	101,7	605,3	682,5	703,5	774,5	776,2	841,6	927,7	

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Verschuldung von Bund und Ländern

Bund
in Mill. DM

Länder¹⁾
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechsellumlauf	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt	Direktkredite des Banksystems			Post	Arbeitsstock ²⁾	Schatzwechsel und Schatzanweisungen	Insgesamt
						insgesamt	davon					
							Zentralbank-system	Geschäfts-banken				
1949 Dez.	—	213,4	—	—	213,4	215,5	86,5	129,0	44,5	166,2	169,5	595,7
1950 März	—	236,0	—	—	236,0	184,5	101,9	82,6	42,5	182,3	173,3	582,6
April	204,2	285,5	100,0	—	589,7	129,2	69,9	59,3	42,5	170,1	161,0	502,8
Mai	644,0	323,6	100,0	—	1 067,6	107,2	48,7	58,5	41,5	164,9	156,8	470,4
Juni	632,2	336,4	200,0	147,0	1 315,6	181,8	87,4	94,4	41,5	158,4	157,9	539,6
Juli	748,2	506,5	200,0	—	1 454,7	174,4	81,4	93,0	41,0	155,4	206,5	577,3
August	799,8	431,3	200,0	—	1 431,1	237,4	115,5	121,9	40,0	152,4	218,2	648,0
Sept.	597,3	600,2	200,0	—	1 397,5	218,2	85,8	132,4	40,0	146,8	217,6	622,6
Okt.	515,5	615,2 ³⁾	200,0	—	1 330,7 ³⁾	273,4	144,7	128,7	39,0	146,8	220,5	679,7
Nov.	550,5	598,5	200,0	—	1 349,0	.	161,8	.	38,5	.	224,9	.

¹⁾ Verschuldung bei Banken, bei der Post, beim Arbeitsstock und aus der Begebung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen. — ²⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für die Arbeitslosenfürsorge verausgabte, von den Ländern noch nicht erstattete Beträge. — ³⁾ Berichtigt

3. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) oder Fehlbetrag (-)	Gesamte Überschüsse ¹⁾ (ohne Erstattungsrückstände der Länder)	Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstattungen der Länder für Arbeitslosenfürsorge		Arbeitslosenunterstützung	Arbeitslosenfürsorge			
Mill. DM									
1949/50 Rechnungsjahr	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	
Januar	155,8	86,4	68,8	161,3	71,0	70,3	- 5,5	.	664 134
Februar	147,8	73,0	74,1	176,1	83,2	74,2	- 28,3	.	765 791
März	166,9	87,9	78,4	216,0	94,0	92,9	- 49,2	.	650 385
1950/51 ²⁾ Rechnungsjahr									
April	76,9 ²⁾	72,9	3,8 ²⁾	71,2 ²⁾	55,4	²⁾	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6		+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6		+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,7	66,8	42,4		+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4		+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6		+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,2	53,0	28,8		+ 44,3	650,8	276 245

1) Stand am Monatsende. — 2) Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen gehen noch rückständige Erstattungen der Länder ein. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

4. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) bzw. Defizit (-)	
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge (ohne Krankenversicherung der Rentner)	Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner		Krankenbehandlung ¹⁾	Krankenunterstützung ²⁾		Verwaltungskosten
1950 1. Kalendervierteljahr	538,6	482,0	48,4	536,1	226,0	172,2	36,5	+ 2,5
2. Kalendervierteljahr	575,3	515,8	50,3	542,9	339,0	151,1	35,1	+ 32,4

Erfolgswirksame Reinausgaben: 1) für ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhauspfege. — 2) für Krankengeld, Haus- und Taschengeld, Wochenhilfe sowie Sterbegeld. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Versicherungszweig	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) bzw. Defizit (-)	
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge	Erstattungen		Renten	Versicherungsleistungen ¹⁾		Verwaltungskosten und Postvergütungen
1. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	484,8	.	455,1	380,6 ²⁾	439,9	13,8	.
Angestelltenversicherung	.	229,5	.	214,7	193,5 ²⁾	209,2	5,0	.
Knappschaftliche Rentenversicherung	144,0	109,3	34,7 ³⁾	141,2	127,1	136,9	3,8	+ 2,8
Rentenversicherungen insgesamt	.	823,6	.	811,0	701,2	786,0	22,6	.
2. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	486,5	.	462,0	383,1 ²⁾	447,0	13,3	.
Angestelltenversicherung	.	225,9	.	218,2	193,6 ²⁾	213,1	4,8	.
Knappschaftliche Rentenversicherung	158,1	114,7	43,3 ³⁾	145,9	131,3	141,6	3,5	+ 12,2
Rentenversicherungen insgesamt	.	827,1	.	826,1	708,0	801,7	21,6	.

1) Leistungen für Renten, Heilverfahren, Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner. — 2) Vorläufige Rentenlast (Gemeinlast). — 3) Einschl. Bundeszuschüsse. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

1. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

Spezial-

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)							
	insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorzeug- nisse	Enderzeug- nisse
Mill. DM								
1948 II. Halbjahr	1 993,1	1 079,6	913,5	496,2	304,9	112,4	65,2	47,2
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5
Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6
März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6
April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9
Mai	704,9	314,2	390,7	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7
Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7
Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5
August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1
September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6
Oktober	769,1	465,1	304,0	166,4	81,3	56,3	23,7	32,6
November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8
Dezember	1 081,0	594,2	486,8	239,8	143,5	103,5	51,2	52,3
insgesamt	7 330,0	3 589,0	3 741,0	1 917,2	1 020,9	802,9	346,0	456,9
Bundes-								
Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8
insgesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3
1950 Januar	966,6	503,3	463,3	240,8	125,0	97,5	49,8	47,7
Februar	708,3	324,3	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6
März	822,6	423,6	399,0	220,7	82,2	96,4	49,0	47,4
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	69,1	43,0	53,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,9	102,1	51,1	51,0
August	864,4	399,8	464,6	211,4	142,5	110,7	57,6	53,1
September	1 006,3	472,1	534,2	275,6	129,1	129,5	68,8	60,7
Oktober	1 313,6	562,0	751,6	368,3	203,7	179,6	94,0	85,6
Mill. \$								
1948 II. Halbjahr	757,6	479,8	277,8	148,8	93,4	35,6	21,4	14,2
1949 Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3
Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0
März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4
April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8
Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8
Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1
Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5
August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,6
September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,2
Oktober	184,2	111,6	72,6	39,6	19,6	13,4	5,6	7,8
November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0
Dezember	262,0	144,0	118,0	58,6	34,9	24,5	12,0	12,5
insgesamt	2 088,8	1 028,1	1 060,7	544,5	289,3	226,9	97,9	129,0
Bundes-								
Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3
November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0
Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6
insgesamt	635,4	358,6	276,8	140,8	78,4	57,6	27,7	29,9
1950 Januar	230,2	120,0	110,2	57,3	29,8	23,1	11,8	11,3
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9
März	195,6	100,8	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6
Juli	225,4	101,6	123,8	74,0	25,6	24,2	12,1	12,1
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3
Oktober	312,2	133,6	178,6	87,6	48,4	42,6	22,4	20,2

1) Einschließlich West-Berlin. Die Ein- und Ausfuhrwerte in DM sind bis einschl. April 1949 nicht miteinander Statistisches Bundesamt.

handel

bzw. Bundesgebiets¹⁾ nach Warengruppen

handel

Ausfuhr								Zeit
insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft						
		zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren			
zusammen					Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse		
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								1948 II. Halbjahr
1 332,3	21,2	1 311,1	326,3	400,8	584,0	306,4	277,6	1948 II. Halbjahr
251,1	12,4	238,7	52,7	81,2	104,8	57,2	47,6	1949 Januar
276,2	8,8	267,4	51,1	96,1	120,2	59,4	60,8	Februar
305,5	8,2	297,3	59,2	106,2	131,9	64,9	67,0	März
287,9	6,3	281,6	57,0	94,2	130,4	61,9	68,5	April
332,4	2,8	329,6	63,6	106,0	160,0	69,5	90,5	Mai
294,8	2,0	292,5	59,1	90,2	143,5	61,7	81,8	Juni
308,0	2,3	305,7	68,2	84,3	153,2	70,4	82,8	Juli
303,6	2,4	301,2	66,0	76,7	158,5	74,0	84,5	August
335,1	2,0	333,1	69,3	92,5	171,3	70,9	100,4	September
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2	Oktober
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4	November
454,5	16,6	437,9	91,4	111,6	234,9	80,4	154,5	Dezember
3 805,6	84,8	3 720,8	777,9	1 099,3	1 843,6	782,6	1 061,0	insgesamt
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								1949 Oktober
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	Oktober
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1	November
485,4	17,3	468,1	96,8	115,8	255,5	88,2	167,3	Dezember
1 197,8	42,2	1 155,6	249,1	282,9	623,6	211,9	411,7	insgesamt
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	1950 Januar
473,7	11,6	462,1	80,6	103,1	278,4	97,6	180,8	Februar
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	März
542,1	13,4	528,7	78,9	104,9	344,9	122,1	222,8	April
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	Mai
651,9	8,5	643,4	105,8	125,0	412,6	139,5	273,1	Juni
730,2	10,2	720,0	108,4	151,4	460,2	159,0	301,2	Juli
752,9	12,0	740,9	102,8	155,9	482,2	155,1	327,1	August
698,9	10,0	688,9	114,3	131,1	443,5	158,1	285,4	September
901,9	27,1	874,8	109,1	142,2	623,5	228,0	395,5	Oktober
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								1948 II. Halbjahr
366,9	5,7	361,2	97,1	115,4	148,7	74,5	74,2	1948 II. Halbjahr
70,0	3,4	66,6	15,7	23,7	27,2	14,2	13,0	1949 Januar
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3	Februar
85,7	2,4	83,3	17,8	29,5	36,0	16,8	19,2	März
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4	April
94,5	0,8	93,7	19,0	30,0	44,7	18,6	26,1	Mai
84,2	0,6	83,6	17,7	25,7	40,2	17,0	23,2	Juni
89,7	0,7	89,0	20,4	25,2	43,4	19,5	23,9	Juli
88,3	0,7	87,6	19,8	22,9	44,9	20,4	24,5	August
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7	September
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7	Oktober
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9	November
107,7	4,0	103,7	21,6	27,0	55,1	18,9	36,2	Dezember
1 029,5	22,4	1 007,1	217,4	305,1	484,6	201,5	283,1	insgesamt
Wirtschaftsgebiet ¹⁾								1949 Oktober
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	Oktober
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November
115,0	4,1	110,9	22,9	28,0	60,0	20,7	39,3	Dezember
283,8	10,0	273,8	59,4	68,6	145,8	48,8	97,0	insgesamt
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	1950 Januar
112,3	2,8	109,5	19,2	24,8	65,5	23,2	42,3	Februar
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	März
127,7	3,1	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	April
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	Mai
153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9	Juni
172,2	2,4	169,8	25,8	36,0	108,0	37,7	70,3	Juli
177,6	2,9	174,7	24,4	37,1	113,2	36,7	76,5	August
165,8	2,4	163,4	27,2	31,2	105,0	37,6	67,4	September
214,2	6,4	207,8	26,0	33,9	147,9	54,3	93,6	Oktober

vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. — Quelle:

Länder	1949						1950					
	Januar-September Monatsdurchschnitt			Oktober-Dezember Monatsdurchschnitt			Januar-März Monatsdurchschnitt			April-Juni Monatsdurchschnitt		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo *)	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
	Mill. DM											
1. EZU-Länder, gesamt	260,0	282,6	.	422,9	314,6	-108,3	559,4	399,4	-160,0	488,1	457,2	- 30,9
davon:												
a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾	32,1	41,3	.	41,2	44,3	+ 3,1	54,6	37,0	- 17,6	57,5	34,6	- 22,9
b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾	35,0	10,9	.	43,0	11,3	- 31,7	70,1	14,5	- 55,6	67,4	20,3	- 47,1
c) Indonesien ⁴⁾	—	—	.	—	—	—	15,2	2,6	- 12,6	13,8	2,9	- 10,9
d) Kontinentale ERP-Länder	192,9	230,4	.	338,7	259,0	- 79,7	419,5	345,3	- 74,2	349,4	399,4	+ 50,0
davon:												
Belgien-Luxemburg ²⁾	44,2	35,5	.	37,1	38,0	+ 0,9	39,8	45,1	+ 5,3	25,1	51,9	+ 26,8
Dänemark	11,3	4,9	.	23,2	5,9	- 17,3	38,2	13,6	- 24,6	25,3	20,9	- 4,4
Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾	23,0	66,0	.	46,9	62,5	+ 15,6	73,4	60,2	- 13,2	80,1	62,8	- 17,3
Freistaat Triest	—	—	.	—	—	—	0,0	0,6	+ 0,6	0,0	0,5	+ 0,5
Griechenland	2,3	4,0	.	4,2	4,1	- 0,1	3,5	10,1	+ 6,6	3,0	8,9	+ 5,9
Italien	25,2	16,4	.	33,9	25,4	- 8,5	35,4	30,5	- 4,9	26,9	44,5	+ 17,6
Niederlande ²⁾	27,2	35,4	.	94,6	34,5	- 60,1	103,1	77,8	- 25,3	90,2	93,6	+ 3,4
Norwegen	8,9	5,8	.	6,0	7,3	+ 1,3	14,4	8,4	- 6,0	15,4	8,7	- 6,7
Österreich	3,6	17,8	.	4,8	24,6	+ 19,8	8,8	25,2	+ 16,4	11,9	22,4	+ 10,5
Portugal ²⁾	4,7	0,8	.	5,4	2,1	- 3,3	4,8	2,9	- 1,9	2,4	3,5	+ 1,1
Schweden	23,6	20,3	.	28,5	20,5	- 8,0	48,7	32,1	- 16,6	37,6	30,5	- 7,1
Schweiz	14,4	19,7	.	36,3	28,8	- 7,5	32,0	28,5	- 3,5	23,4	33,5	+ 10,1
Türkei	4,5	3,8	.	17,8	5,3	- 12,5	17,4	10,3	- 7,1	8,1	17,7	+ 9,6
2. Übrige Länder, gesamt	319,8	43,8	.	452,9	84,7	-368,2	273,1	102,9	-170,2	250,6	139,1	-111,5
davon:												
a) Osteuropa	24,8	12,9	.	53,4	37,0	- 16,4	32,4	37,3	+ 4,9	29,7	53,0	+ 23,3
b) Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	34,6	8,0	.	40,4	11,9	- 28,5	32,9	18,6	- 14,3	22,6	27,7	+ 5,1
c) Westliche Hemisphäre	260,4	22,9	.	359,1	35,8	-323,3	207,8	47,0	-160,8	198,3	58,4	-139,9
davon:												
Vereinigte Staaten	216,8	12,9	.	289,8	18,1	-271,7	167,1	17,2	-149,8	128,0	19,6	-108,4
Kanada	6,2	1,8	.	6,5	1,9	- 4,6	3,9	1,6	- 2,3	1,9	3,2	+ 1,3
Lateinamerika	37,4	8,2	.	62,8	15,8	- 47,0	36,8	28,2	- 8,6	68,4	35,6	- 32,8
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,3	-330,2	738,7	596,3	-142,4
ERP-Länder, gesamt	225,0	271,7	.	379,9	303,3	- 76,6	474,1	382,3	- 91,8	406,9	434,0	+ 27,1
Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt	354,8	54,7	.	495,9	96,0	-399,9	358,4	120,0	-238,4	331,8	162,3	-169,5
Alle Länder	579,8	326,4	.	875,8	399,3	-476,5	832,5	502,3	-330,2	738,7	596,3	-142,4
	Mill. US-\$											
1. EZU-Länder, gesamt	78,9	80,7	+ 1,8	101,5	74,4	- 27,1	133,0	94,5	- 38,5	116,0	107,7	- 8,3
davon:												
a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾	9,8	10,9	+ 1,1	9,8	10,2	+ 0,4	13,0	8,8	- 4,2	13,6	8,1	- 5,5
b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾	10,5	3,1	- 7,4	10,5	2,7	- 7,8	16,7	3,4	- 13,3	16,1	4,8	- 11,3
c) Indonesien ⁴⁾	—	—	—	—	—	—	3,6	0,6	- 3,0	3,3	0,7	- 2,6
d) Kontinentale ERP-Länder	58,6	66,7	+ 8,1	81,2	61,5	- 19,7	99,7	81,7	- 18,0	83,0	94,1	+ 11,1
davon:												
Belgien-Luxemburg ²⁾	13,5	10,3	- 3,2	8,9	8,9	+ 0,0	9,5	10,6	+ 1,1	6,0	12,2	+ 6,2
Dänemark	3,4	1,4	- 2,0	5,6	1,4	- 4,2	9,1	3,2	- 5,9	6,0	4,9	- 1,1
Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾	7,0	19,4	+ 12,4	11,3	15,0	+ 3,7	17,4	14,3	- 3,1	19,0	14,9	- 4,1
Freistaat Triest	—	—	—	—	—	—	0,0	0,1	+ 0,1	0,0	0,1	+ 0,1
Griechenland	0,7	1,2	+ 0,5	1,0	1,0	+ 0,0	0,8	2,4	+ 1,6	0,7	2,1	+ 1,4
Italien	7,4	4,9	- 2,5	8,1	6,0	- 2,1	8,4	7,3	- 1,1	6,4	10,6	+ 4,2
Niederlande ²⁾	8,2	9,7	+ 1,5	22,6	8,1	- 14,5	24,5	18,4	- 6,1	21,4	22,1	+ 0,7
Norwegen	2,9	1,6	- 1,3	1,5	1,7	+ 0,2	3,4	2,0	- 1,4	3,7	2,0	- 1,7
Österreich	1,2	5,3	+ 4,1	1,1	5,9	+ 4,8	2,1	6,0	+ 3,9	2,9	5,3	+ 2,4
Portugal ²⁾	1,5	0,2	- 1,3	1,4	0,5	- 0,9	1,2	0,7	- 0,5	0,6	0,8	+ 0,2
Schweden	7,2	5,9	- 1,3	6,8	4,9	- 1,9	11,6	7,6	- 4,0	8,9	7,1	- 1,8
Schweiz	4,2	5,7	+ 1,5	8,6	6,8	- 1,8	7,6	6,7	- 0,9	5,5	7,8	+ 2,3
Türkei	1,4	1,1	- 0,3	4,3	1,3	- 3,0	4,1	2,4	- 1,7	1,9	4,2	+ 2,3
2. Übrige Länder, gesamt	99,0	12,5	- 86,5	110,3	20,2	- 90,1	65,0	24,3	- 40,7	59,6	32,9	- 26,7
davon:												
a) Osteuropa	7,6	3,8	- 3,8	13,0	8,9	- 4,1	7,7	8,9	+ 1,2	7,0	12,6	+ 5,6
b) Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika	10,2	2,2	- 8,0	10,0	2,8	- 7,2	7,8	4,4	- 3,4	5,4	6,6	+ 1,2
c) Westliche Hemisphäre	81,2	6,5	- 74,7	87,3	8,5	- 78,8	49,5	11,0	- 38,5	47,2	13,7	- 33,5
davon:												
Vereinigte Staaten	68,1	3,7	- 64,4	69,8	4,4	- 65,4	39,9	4,1	- 35,8	30,4	4,7	- 25,7
Kanada	1,8	0,5	- 1,3	1,5	0,4	- 1,1	0,9	0,4	- 0,5	0,5	0,7	+ 0,2
Lateinamerika	11,3	2,3	- 9,0	16,0	3,7	- 12,3	8,7	6,5	- 2,2	16,3	8,3	- 8,0
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 35,0
ERP-Länder, gesamt	68,4	77,6	+ 9,2	91,0	71,7	- 19,3	112,7	90,5	- 22,2	96,6	102,2	+ 5,6
Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt	109,5	15,6	- 93,9	120,8	22,9	- 97,9	85,3	28,3	- 57,0	79,0	38,4	- 40,6
Alle Länder	177,9	93,2	- 84,7	211,8	94,6	-117,2	198,0	118,8	- 79,2	175,6	140,6	- 35,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Nichtteilnehmerländer bzw. Teilnehmerländer am Marshallplan. — ²⁾ Einschl. der Gebiete in Übersee. — ³⁾ Die Einfuhr 1949 unter den Niederlanden nachgewiesen.

Herstellungsländern

1950															Länder
Juli-September Monatsdurchschnitt			Juli			August			September			Oktober			
Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	
Mill. DM															
653,6	551,2	-102,4	598,1	556,9	-41,2	628,9	569,9	-59,0	733,8	526,9	-206,9	946,0	645,6	-300,4	1. EZU-Länder, gesamt
84,3	45,3	-39,0	64,7	56,0	-8,7	77,5	47,1	-30,4	110,7	32,8	-77,9	155,3	47,7	-107,6	davon:
48,7	27,3	-21,4	59,5	28,0	-31,5	43,3	30,2	-13,1	43,4	23,8	-19,6	68,6	35,3	-33,3	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾
27,6	4,9	-22,7	30,5	6,0	-24,5	24,9	5,1	-19,8	27,5	3,6	-23,9	27,4	5,8	-21,6	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾
493,0	473,7	-19,3	443,4	466,9	+23,5	483,2	487,5	+4,3	552,2	466,7	-85,5	694,7	556,8	-137,9	c) Indonesien ¹⁾
42,2	58,9	+16,7	33,3	58,0	+24,7	39,6	60,9	+21,3	53,7	57,7	+4,0	63,4	71,2	+7,8	d) Kontinentale ERP-Länder
44,6	42,1	-2,5	37,8	39,5	+1,7	51,1	48,8	-2,3	44,9	38,1	-6,8	59,4	40,7	-18,7	davon:
122,0	64,1	-57,9	114,5	64,5	-50,0	104,9	63,1	-41,8	146,7	64,7	-82,0	158,9	77,7	-81,2	Belgien-Luxemburg ²⁾
0,0	0,9	+0,9	0,0	0,6	+0,6	0,0	1,1	+1,1	0,0	0,9	+0,9	-	0,6	+0,6	Dänemark
3,5	11,5	+8,0	4,2	11,2	+7,0	2,3	14,1	+11,8	3,9	9,3	+5,4	6,7	14,5	+7,8	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾
37,8	39,7	+1,9	26,9	44,4	+17,5	40,9	34,8	-6,1	45,6	40,0	-5,6	70,1	44,0	-26,1	Freistaat Triest
105,0	99,1	-5,9	99,5	96,0	-3,5	106,0	103,3	-2,7	109,6	97,9	-11,7	140,9	117,6	-23,3	Griechenland
22,0	9,6	-12,4	19,5	10,0	-9,5	28,6	11,8	-16,8	17,7	7,0	-10,7	21,5	11,9	-9,6	Italien
15,4	25,4	+10,0	13,7	27,4	+13,7	14,1	24,2	+10,1	18,4	24,6	+6,2	26,8	27,4	+0,6	Niederlande ²⁾
5,3	4,8	-0,5	4,3	5,2	+0,9	3,8	5,5	+1,7	7,8	3,8	-4,0	8,6	7,9	-0,7	Norwegen
62,6	43,9	-18,7	60,5	33,2	-27,3	65,2	49,1	-16,1	62,1	49,5	-12,6	67,4	65,9	-1,5	Österreich
25,0	46,8	+21,8	23,3	41,6	+18,3	21,6	45,6	+24,0	30,1	53,1	+23,0	37,2	53,4	+16,2	Portugal ²⁾
7,6	26,9	+19,3	5,9	35,3	+29,4	5,1	25,2	+20,1	11,7	20,1	+8,4	33,8	24,0	-9,8	Schweden
286,1	176,1	-110,0	350,4	173,3	-177,1	235,5	183,0	-52,5	272,5	172,0	-100,5	367,6	256,3	-111,3	Schweiz
43,0	43,9	+0,9	28,2	48,4	+20,2	43,4	44,8	+1,4	57,3	38,4	-18,9	62,1	44,6	-17,5	Türkei
35,5	35,8	+0,3	32,5	43,8	+11,3	30,4	33,8	+3,4	43,7	29,9	-13,8	43,5	46,5	+3,0	2. Übrige Länder, gesamt
207,6	96,4	-111,2	289,7	81,1	-208,6	161,7	104,4	-57,3	171,5	103,7	-67,8	262,0	165,2	-96,8	davon:
142,8	38,9	-103,9	233,3	29,7	-203,6	101,4	42,3	-59,1	93,7	44,8	-48,9	179,7	68,0	-111,7	a) Osteuropa
2,5	4,3	+1,8	3,7	3,5	-0,2	1,9	4,2	+2,3	2,0	5,0	+3,0	4,6	5,0	+0,4	b) Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika
62,3	53,2	-9,1	52,7	47,9	-4,8	58,4	57,9	-0,5	75,8	53,9	-21,9	77,7	92,2	+14,5	c) Westliche Hemisphäre
939,7	727,3	-212,4	948,5	730,2	-218,3	864,4	752,9	-111,5	1 006,3	698,9	-307,4	1 313,6	901,9	-411,7	davon:
577,2	519,0	-58,2	508,1	522,9	+14,8	560,7	534,6	-26,1	662,9	499,5	-163,4	850,0	604,5	-245,5	Vereinigte Staaten
362,5	208,3	-154,2	440,4	207,3	-233,1	303,7	218,3	-85,4	343,4	199,4	-144,0	463,6	297,4	-166,2	Kanada
939,7	727,3	-212,4	948,5	730,2	-218,3	864,4	752,9	-111,5	1 006,3	698,9	-307,4	1 313,6	901,9	-411,7	Lateinamerika
577,2	519,0	-58,2	508,1	522,9	+14,8	560,7	534,6	-26,1	662,9	499,5	-163,4	850,0	604,5	-245,5	Alle Länder
362,5	208,3	-154,2	440,4	207,3	-233,1	303,7	218,3	-85,4	343,4	199,4	-144,0	463,6	297,4	-166,2	ERP-Länder, gesamt
939,7	727,3	-212,4	948,5	730,2	-218,3	864,4	752,9	-111,5	1 006,3	698,9	-307,4	1 313,6	901,9	-411,7	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt
Mill. US-\$															
155,2	130,3	-24,9	142,1	131,3	-10,8	149,3	134,5	-14,8	174,3	125,0	-49,3	224,8	153,4	-71,4	1. EZU-Länder, gesamt
20,0	10,7	-9,3	15,4	13,2	-2,2	18,4	11,1	-7,3	26,3	7,7	-18,6	36,9	11,2	-25,7	davon:
11,6	6,4	-5,2	14,1	6,6	-7,5	10,3	7,1	-3,2	10,3	5,6	-4,7	16,3	8,3	-8,0	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾
6,5	1,2	-5,3	7,2	1,4	-5,8	5,9	1,2	-4,7	6,5	0,9	-5,6	6,5	1,4	-5,1	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾
117,1	112,0	-5,1	105,4	110,1	+4,7	114,7	115,1	+0,4	131,2	110,8	-20,4	165,1	132,5	-32,6	c) Indonesien ¹⁾
10,0	13,9	+3,9	7,9	13,6	+5,7	9,4	14,3	+4,9	12,7	13,7	+1,0	15,1	16,9	+1,8	d) Kontinentale ERP-Länder
10,6	9,9	-0,7	9,0	9,3	+0,3	12,1	11,5	-0,6	10,7	9,0	-1,7	14,1	9,7	-4,4	davon:
29,0	15,2	-13,8	27,2	15,2	-12,0	24,9	14,9	-10,0	34,9	15,4	-19,5	37,8	18,5	-19,3	Belgien-Luxemburg ²⁾
0,0	0,2	+0,2	0,0	0,1	+0,1	0,0	0,3	+0,3	0,0	0,2	+0,2	-	0,1	+0,1	Dänemark
0,8	2,7	+1,9	1,0	2,7	+1,7	0,6	3,3	+2,7	0,9	2,2	+1,3	1,6	3,5	+1,9	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾
9,0	9,5	+0,5	6,4	10,6	+4,2	9,7	8,3	-1,4	10,8	9,6	-1,2	16,7	10,5	-6,2	Freistaat Triest
24,9	23,5	-1,4	23,7	22,7	-1,0	25,2	24,4	-0,8	26,0	23,3	-2,7	33,5	28,0	-5,5	Griechenland
5,2	2,2	-3,0	4,6	2,3	-2,3	6,8	2,8	-4,0	4,2	1,6	-2,6	5,1	2,8	-2,3	Italien
3,7	6,0	+2,3	3,3	6,5	+3,2	3,3	5,7	+2,4	4,4	5,8	+1,4	6,4	6,5	+0,1	Niederlande ²⁾
1,3	1,1	-0,2	1,0	1,2	+0,2	0,9	1,3	+0,4	1,9	0,9	-1,0	2,0	1,9	-0,1	Norwegen
14,9	10,4	-4,5	14,4	7,8	-6,6	15,5	11,6	-3,9	14,8	11,7	-3,1	16,0	15,7	-0,3	Österreich
5,9	11,0	+5,1	5,5	9,8	+4,3	5,1	10,7	+5,6	7,1	12,6	+5,5	8,8	12,7	+3,9	Portugal ²⁾
1,8	6,4	+4,6	1,4	8,3	+6,9	1,2	6,0	+4,8	2,8	4,8	+2,0	8,0	5,7	-2,3	Schweden
68,0	41,6	-26,4	83,3	40,9	-42,4	56,0	43,1	-12,9	64,8	40,8	-24,0	87,4	60,8	-26,6	Schweiz
10,2	10,4	+0,2	6,7	11,5	+4,8	10,3	10,6	+0,3	13,6	9,1	-4,5	14,8	10,6	-4,2	Türkei
8,4	8,5	+0,1	7,7	10,4	+2,7	7,2	8,0	+0,8	10,4	7,1	-3,3	10,3	11,0	+0,7	2. Übrige Länder, gesamt
49,4	22,7	-26,7	68,9	19,0	-49,9	38,5	24,5	-14,0	40,8	24,6	-16,2	62,3	39,2	-23,1	davon:
34,0	9,2	-24,8	55,5	7,0	-48,5	24,1	10,0	-14,1	22,3	10,7	-11,6	42,7	16,2	-26,5	a) Osteuropa
0,6	1,0	+0,4	0,9	0,8	-0,1	0,5	1,0	+0,5	0,5	1,2	+0,7	1,1	1,2	+0,1	b) Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika
14,8	12,5	-2,3	12,5	11,2	-1,3	13,9	13,5	-0,4	18,0	12,7	-5,3	18,5	21,8	+3,3	c) Westliche Hemisphäre
223,2	171,9	-51,3	225,4	172,2	-53,2	205,3	177,6	-27,7	239,1	165,8	-73,3	312,2	214,2	-98,0	davon:
137,1	122,7	-14,4	120,8	123,3	+2,5	133,1	126,2	-6,9	157,5	118,5	-39,0	202,0	143,7	-58,3	Vereinigte Staaten
86,1	49,2	-36,9	104,6	48,9	-55,7	72,2	51,4	-20,8	81,6	47,3	-34,3	110,2	70,5	-39,7	Kanada
223,2	171,9	-51,3	225,4	172,2	-53,2	205,3	177,6	-27,7	239,1	165,8	-73,3	312,2	214,2	-98,0	Lateinamerika
137,1	122,7	-14,4	120,8	123,3	+2,5	133,1	126,2	-6,9	157,5	118,5	-39,0	202,0	143,7	-58,3	Alle Länder
86,1	49,2	-36,9	104,6	48,9	-55,7	72,2	51,4	-20,8	81,6	47,3	-34,3	110,2	70,5	-39,7	ERP-Länder, gesamt
223,2	171,9	-51,3	225,4	172,2	-53,2	205,3	177,6	-27,7	239,1	165,8	-73,3	312,2	214,2	-98,0	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt

und Ausfuhrwerte in DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. —

X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100

Zeit	Arb.-tage	Gesamtindex einschl. Energie		Investitionsgüterindustrien														
				insgesamt	Rohstoffe								Fertigwaren					
					insgesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen							insgesamt	darunter ausgewählte Industrie- gruppen				
						Eisen- erz- berg- bau	Eisen- und Stahl	Eisen-, Stahl-, Tem- per- gu	NE- Me- talle	Steine und Erden	Sag- und Holz- indus- trie	Stahl- bau ohne Wag- gon- bau		Schiff- bau	Ma- schin- en- bau	Fahr- zeug- bau	Elek- tro- tech- nische Ind.	Eisen- Stahl- Blech- Met- all- waren
1949																		
April	24	84	86	80	71	108	60	66	73	73	106	85	59	31	93	81	170	56
Mai	25	86	88	81	75	113	63	67	76	84	104	85	62	14	93	85	169	56
Juni	24,5	87	88	83	76	114	64	63	75	88	101	87	63	19	94	92	170	55
Juli	26	86	86	81	76	114	63	64	72	91	99	83	56	18	92	88	155	54
August	27	87	87	81	78	115	65	64	72	94	95	83	59	22	87	93	154	58
September	26	92	92	86	77	112	62	67	70	97	94	91	62	15	96	99	182	62
Oktober	26	94	95	87	75	114	58	69	68	93	99	95	60	15	96	106	191	72
November	25,5	97	99	92	77	112	64	75	68	87	94	101	64	14	101	108	217	79
Dezember	26	93	96	88	73	111	64	75	65	72	90	97	59	16	101	102	204	75
1950																		
Januar	26	89	95	85	73	118	70	76	68	61	88	93	58	15	96	100	187	72
Februar	24	92	98	90	74	126	74	77	70	59	94	99	60	25	103	114	204	74
März	27	96	101	93	79	129	75	79	70	76	97	101	65	35	107	120	199	74
April	23	102	104	99	83	130	72	80	72	91	113	109	70	41	115	137	203	83
Mai	24	105	107	104	89	128	74	82	81	103	108	113	69	41	117	156	196	90
Juni	25,5	107	108	107	93	129	81	81	86	110	105	117	75	40	118	166	199	92
Juli	26	107	107	106	93	135	80	82	89	113	109	114	70	42	116	151	205	91
August	27	114	115	113	98	139	85	85	98	117	109	123	72	42	117	169	232	105
September	26	123	125	124	103	143	89	95	105	119	112	138	76	46	131	180	277	115
Oktober	26	125	130	130	105	146	90	103	107	118	111	145	77	48	134	191	297	124
Nov. +	25		134	134	106	156	92	109	109	109	111	152	77		140	191	318	132
Zeit	allgem. Produktionsguterindustrien					Verbrauchsgüterindustrien												
	insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen				insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen											
		Kohle	Strom	Gas	Chemie o. Kunst- faser- erzeug.		Papier- erzeug.	Leder- erzeug.	Textilien o. Kunst- faser- erzeug.	Keramik	Bereifg. u. Kaut- schuk- erzeug.	Schuhe						
1949																		
April	103	90	145	82	90	75	77	51	76	94	98	62						
Mai	105	93	144	83	90	80	82	61	82	95	98	74						
Juni	105	91	141	83	93	79	80	64	78	88	98	77						
Juli	104	92	141	85	90	74	77	58	75	80	94	55						
August	106	91	147	86	92	78	75	62	81	81	96	58						
September	108	92	153	87	93	87	76	67	92	84	105	81						
Oktober	111	94	158	88	96	90	78	74	95	86	111	84						
November	115	99	167	88	97	96	83	77	100	94	119	87						
Dezember	113	96	173	88	95	92	85	70	98	92	104	73						
1950																		
Januar	115	97	170	89	98	90	86	67	98	91	94	60						
Februar	117	98	165	90	102	94	90	68	102	97	98	65						
März	120	98	163	91	109	96	90	64	103	93	95	76						
April	120	98	162	89	112	96	90	66	101	98	92	72						
Mai	121	97	158	88	116	97	95	66	101	95	100	79						
Juni	121	94	156	88	117	94	99	63	95	95	110	71						
Juli	123	96	157	92	120	91	97	65	91	92	113	55						
August	131	96	166	97	130	101	101	74	103	99	125	74						
September	137	98	178	101	138	112	106	86	116	107	142	93						
Oktober	138	101	189	97	132	120	108	84	124	117	146	100						
Nov. +	141	109	200	100	126	124	110	87	128	126	151	105						

+ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von Steinkohle	
	monatlich	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	702	542
1949 „	8 603	338,1	944	646
1949 April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1 023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	1 304	602
1950 Januar	9 327	358,7	1 016	624
Februar	8 682	361,7	952	650
März	9 802	363,0	1 024	591
April	8 364	363,6	972	486
Mai	8 667	361,1	816	452
Juni	8 978	345,3	1 123	462
Juli	9 169	352,6	1 159	727
August	9 445	349,8	1 111	860
September	9 216	354,5	1 136	797
Oktober	9 499	365,4	1 018	735
November ¹⁾	10 016	400,7	1 190	729

¹⁾ Vorläufig. — Quelle: Deutsche Kohlenbergbau-
leitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

X. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferro- legierungen	Rohstahl- blöcke und Stahl- formguß ¹⁾	Walzstahl- fertig- erzeugnisse
1949 April	575	729	496
Mai	619	793	539
Juni	603	777	539
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — Quelle: Fachstatistik
Eisen und Stahl.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge- unterstützungs- empfänger
1948 Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
Juli	.	665,0	285,1	79
August	.	784,2	271,1	194
September	13 463,1	784,1	297,2	263
Oktober	.	739,4	305,5	287
November	.	715,1	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	216,9	521
Februar	.	1 068,9	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
April	.	1 232,4	183,6	771
Mai	.	1 256,9	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
Juli	.	1 302,9	135,7	931
August	.	1 308,1	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	119,7	969
November	.	1 383,8	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
April	.	1 783,8	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	128,2	1 177
August	.	1 341,2	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	129,9	984
November	.	1 316,2	.	.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Zeit	Eisenbahn					
	Durchschn. arbeitstäg. Güterwagenstellung	Umlaufzeit der Güterwagen	Güterverkehr insgesamt	beförderte Personen	betriebsfähige Güterwagen	betriebsfähige Dampf-lokomotiven
	1 000	Tage ¹⁾	1 000 t	1 000	1 000	
1948 M.-D.	43,7	6,1	.	137 314	263,7	7,9
1949 M.-D.	52,1	4,8	20 630	113 253	262,0	8,9
1949 Januar	49,9	5,4	20 633	133 010	268,6	8,8
Februar	51,4	5,1	21 375	113 382	270,6	8,9
März	50,7	4,8	21 571	115 877	261,1	8,9
April	51,8	5,0	19 538	114 120	256,6	8,9
Mai	51,2	4,8	19 971	118 274	250,4	8,9
Juni	50,0	4,8	18 720	106 922	261,6	9,0
Juli	51,1	4,5	20 223	107 839	261,3	9,0
August	50,3	4,4	20 263	107 936	260,4	9,0
September	53,2	4,4	20 511	104 325	265,4	9,0
Oktober	56,6	4,7	22 193	115 614	264,0	8,9
November	57,3	4,6	22 442	110 556	259,7	8,9
Dezember	51,5	4,8	20 119	111 182	258,3	9,1
1950 Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1
Juni	53,3	4,3	17 887	101 388	238,6	8,9
Juli	55,3	4,3	18 988	111 488	236,8	8,9
August	56,2	4,2	20 762	107 628	241,4	8,9
September	59,9	4,3	21 593	108 076	263,6	8,8
Oktober	63,9	4,3	23 284	121 621	264,6	8,7

Zeit	Schifffahrt		Deutsche Post ²⁾				
	Binnen- See- Güterumschlag		Brief- ³⁾ sendungen einschl. Ein- schreibesendungen	Gewöhnl. Paket- sendungen	Tele- gramme	Orts- gespräche	Fern- ³⁾ gespräche einschließlich Schnell- gespräche
	1 000 t		Mill.	1 000		Mill.	
1938 M.-D.	.	4 166	323,5	15 494	1 078	115,3	17,5
1948 "	6 068	1 886	296,7	7 558	2 386	130,1	.
1949 "	6 872	2 093	308,4	10 544	1 950	127,1	25,1
1949 Januar	5 397	1 968	269,0	7 719	1 712	123,4	23,2
Februar	5 634	1 795	266,2	8 040	1 646	119,7	22,4
März	6 602	2 005	288,7	9 358	1 857	128,8	24,6
April	6 628	2 029	297,9	8 634	1 916	120,5	23,4
Mai	7 489	2 010	288,4	9 077	1 978	121,7	24,5
Juni	7 427	2 113	275,6	8 299	1 897	119,6	24,0
Juli	8 184	2 200	283,9	8 765	1 968	123,3	25,7
August	7 869	2 330	302,2	8 928	2 044	124,8	26,2
September	7 352	2 233	296,2	9 541	2 057	125,4	26,2
Oktober	6 833	2 085	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7
November	6 519	2 122	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7
Dezember	6 532	2 226	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6
1950 Januar	5 899	2 199	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0
Februar	5 350	1 824	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6
März	7 291	2 043	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6
April	7 191	1 613	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3
Mai	8 224	1 943	307,0	11 522	2 155	132,3	26,2
Juni	8 668	2 134	296,6	11 112	2 012	135,4	26,6
Juli	9 579	2 437	324,1	11 201	2 213	137,6	28,4
August	10 616	2 837	322,8	11 790	2 381	140,2	29,2
September	10 111	2 711	317,6	12 885	2 346	144,9	29,1
Oktober	9 725		346,3	15 200	2 358	.	29,0

¹⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — ²⁾ M.-D. 1938, 1948 und 1949 für die betreffenden Rechnungsjahre. — ³⁾ Von Oktober 1950 ab auch Verkehr, aus der Sowjetzone und Berlin, und zwar im Oktober 17,9 Mill. Briefe, 1,4 Mill. Pakete, 172 000 Telegramme und 0,1 Mill. Ferngespräche. — Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

6. Indexziffer der Grundstoffpreise

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juli	159	127	179
August	172	129	200
September	179	132	210
Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	190	155	214
Februar	188	156	210
März	187	156	208
April	185	153	206
Mai ¹⁾	188	168	202
Juni	190	174	201
Juli	191	178	199
August	192	182	199
September	192	185	197
Oktober	199	190	204
November	197	186	205
Dezember	195	181	204
1950 Januar	196	169	214
Februar	197	170	214
März	196	168	215
April	197	169	216
Mai	197	168	216
Juni	198	168	218
Juli	203	176	222
August	207	176	228
September	218	179	245
Oktober	220	177	249
November	224	177	256

¹⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Ernährung	Genußmittel	Miete	Heizung und Beleuchtung	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Haus- rat	Ver- kehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948 Oktober	165	156	399	100	116	261	149	137	206	135
November	166	164	292	100	119	272	152	139	210	135
Dezember	168	168	292	100	119	271	155	142	211	136
1949 Januar	167	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	167	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	175	293	100	121	240	158	142	198	135
April	163	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	166	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	159	166	285	102	120	209	156	141	178	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133
Juli	149	153	284	103	118	183	147	141	161	133
August	148	150	285	103	118	182	147	140	159	133
September	148	149	275	103	118	184	147	140	160	133
Oktober	149	150	275	103	118	187	148	141	161	133
November	150	152	275	103	119	189	148	142	163	133

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XI. Internationale

1. Wechselkurse

für je 1 Einheit

Land	Währungseinheit	Kursarten ⁸⁾	Paritäten (in US-cents für je 1 Einheit der Landeswährung) ⁴⁾		Verkaufskurse in den			
			vor Abwertung	nach Abwertung	1937	1948	Januar bis Dezember 1949	
							vor Abwertung Jan. bis Aug.	nach Abwertung Sept. bis Dez.
ERP-Länder								
Bundesrepublik Deutschland	D-Mark		30,0000	23,8095	40,16 ⁵⁾	30,00 ⁶⁾	30,00	23,81
Belgien	Franc		2,28167 *)	2,0000 *)	3,375	2,282	2,282	2,000
Dänemark	Krone		20,8376 *)	14,4778 *)	22,02	20,84	20,84	14,48
Frankreich	Franc	Offiziell	0,4664	0,28571	3,978	0,4837	0,4657	0,2865
"	"	Frei	0,36752 ⁸⁾	0,28571				
Griechenland	Drachma	Frei ohne Zertifikate	0,02000	0,02000	0,8977	0,3238 ⁹⁾	0,3076	0,0200
"	"	mit Zertifikate	0,01000	0,00667				
Großbritannien	£ Sterling		403,000 *)	280,000 *)	494,4	403,0	403,0	280,0
Irland	irl. £		403,000	280,000	494,4	403,0	403,0	280,0
Island	Krone		15,4111 *)	6,14036 ⁹⁾	22,32	15,41	15,41	10,71
Italien	Lira	Offiziell	0,17391	0,15924 ¹⁰⁾	5,263	0,1739	0,1739	0,1600
"	"	Curb				—	0,1545	0,1498
Niederlande	Gulden		37,6953 *)	26,3158 *)	54,95	37,70	37,70	26,32
Norwegen	Krone		20,1500 *)	14,0000 *)	24,73	20,15	20,15	14,00
Österreich	Schilling	Offiziell: Grundkurs	10,0000	6,9444 ²⁸⁾	18,59	10,00	10,00	6,863 ¹¹⁾
"	"	Effektivkurs		4,6816 ²⁴⁾				
"	"	Vorzugskurs						4,645 ¹¹⁾
Portugal	Escudo		4,00000	3,4783	4,486	4,000	4,000	3,478
Schweden	Krone		27,81641	19,32367	25,43	27,82	27,82	19,32
Schweiz	Franc	Offiziell	23,25581	23,06805	22,95	23,17	23,27	23,16
"	"	Frei						
Türkei	Lira		35,7143 *)	35,7143 *)	79,18	35,71	35,71	
Sonst. europäische Länder								
Bulgarien	Lew		0,35000	0,35000	1,191	0,3490	0,3490	
Finnland	Markka		0,62500	0,43478	2,171	0,7353	0,7353 ⁷⁾	0,4348
Jugoslawien	Dinar		2,00000 *)	2,00000 *)	2,304	2,000	2,000	
Polen	Zloty	Offiziell	1,00000	25,00000 ²⁵⁾	18,92	0,9804	0,9804	
"	"	Prämienkurs	0,25000					
Rumänien	Leu		0,66667	0,66667	0,7103	0,6667	0,6667	
Spanien	Peseta ¹³⁾				11,67 ¹⁴⁾	8,913 ¹⁴⁾	8,913	8,913
"	"				9,238 ¹⁰⁾	5,949 ¹⁰⁾	bis	bis
Tschechoslowak.	Krone		2,00000 *)	2,00000 *)	3,486	2,000	3,652	2,538 ¹⁷⁾
Ungarn	Forint		8,51861	8,51861	29,44 ¹⁸⁾	8,519	2,000	8,519
Außereuropäische Länder								
Argentinien	Peso	Vorzugs-: A			—	26,81	26,81	26,81 ¹⁰⁾
"	"	B						
"	"	Grundkurs						
"	"	Spezial						
"	"	Frei			30,96	23,64	23,64	16,42 ¹⁰⁾
"	"	Curb ²⁰⁾			—	20,24	20,24	10,17
Australien	austr. £		322,400 *)	224,000 *)	393,9	322,4	322,4	224,0
Ägypten	aegypt. £		413,300 *)	287,156 *)	507,1	413,3	413,3	287,2
Brasilien	Cruzeiro ¹²⁾	Offiziell	5,40541 *)	5,40541 *)	8,772	5,405	5,405	
"	"	Frei ²¹⁾						
Chile	Peso	Regierung			5,163	5,136	5,136	
"	"	Vorzugskurs			3,909	3,984	3,984	
"	"	Offiziell	3,22581 *)	3,22581 *)	3,578	3,215	3,215	
"	"	Handelskurs			—	2,320 ⁶⁾	2,320	
"	"	Frei			3,792	1,653	1,272	
Cuba	Peso ¹²⁾		100,000 *)	100,000 *)	99,11	100,0	100,0	
Indien	Rupie		30,2250 *)	21,0000 *)	37,22	30,22	30,22	21,00
Kanada	kan. \$		100,000 *)	90,9091 ²⁶⁾	100,00	100,00	100,00	90,91
Mexiko	Peso		20,5973 *)	11,5607 *)	27,79	20,50 ¹⁵⁾	11,56 ¹⁵⁾	
Neuseeland	NZ £		399,955	277,955	398,1	323,0 ⁶⁾	403,0	280,0
Union v. Südafrika	SA £		403,000 *)	280,000 *)	491,8	403,0	403,0	280,0

1) Monatsdurchschnitte. Quelle: "Monthly Bulletin of Statistics" des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen. Wenn nicht anders vermerkt, bank verstanden. — 2) Monatsdurchschnitte auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlichten Notierungen. — 3) Offiziell mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart und von diesem nach dem Stande vom 1. 8. 1949 bzw. 15. 10. 1949 und später (vor bzw. schon 5. Juli und 18. September. — 4) Variabler Mittelkurs zuletzt ca. 272,096 ffrs. = 1 US-Dollar. — 5) Vom 20. 3. 50 ab. — 6) Fluktuierender kurse im Devisensystem von 1949 ab. — 7) Offiziell. — 8) Wirkamer Kurs vor dem 22. Juli 1948 und nach dem 17. Juni 1949. — 9) Vorzugs- 21) Durchschnittskurs Januar-August. — 22) Durchschnittskurs Januar. Von Februar ab keine Notierungen. — 23) 22. 11. 1949 bis 4. 10. 1950. vom 30. 10. 1950 ab infolge Währungsumstellung auf Gold. — 24) Der kanadische Dollar ist vom 30. 9. 1950 ab an keine feste Parität mehr

Übersichten

in US-Cents

der Landeswährung

einzelnen Ländern ¹⁾				Kurse in New York ²⁾ a) Verkaufskurs-, b) Mittelkurs				
1950				1950				
Juni	Juli	August	September	August	September	Oktober	November	Januar bis Nov. Monats- durchschnitt
23,81	23,81	23,81	23,81	—	—	—	—	—
2,000	2,000	2,000	2,000	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48	14,48
0,2859	0,2858	0,2858	0,2858	0,28	0,28	0,28	0,28	0,28
0,0200	0,0200	0,0200	0,0200	0,2858b)	0,2859b)	0,2859b)	0,2859b)	0,2862b)
0,0067	0,0067	0,0067	0,0067	—	—	—	—	—
280,0	280,0	280,0	280,0	0,006	0,006	0,006	0,006	0,006
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00 b)	280,0938b)	280,1875b)	280,1875b)	280,0483b)
6,140	6,140	6,140	6,140	—	—	—	—	—
0,1600	0,1600	0,1600	0,1600	—	—	—	—	—
0,1590	0,1558	0,1511	0,1499	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601	0,1601
26,32	26,32	26,32	26,32	—	—	—	—	—
14,00	14,00	14,00	14,00	26,32	26,32	26,32	26,32	26,32
6,882	6,882	6,882	6,882	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
4,653	4,653	4,653	4,653	—	—	—	—	—
3,827	3,827	3,827	3,827	—	—	—	—	—
3,478	3,478	3,478	3,478	—	—	—	—	—
19,32	19,32	19,32	19,32	3,48	3,48	3,48	3,48	3,4802
23,13	23,04	22,99	22,94	19,30	19,30	19,30	19,30	19,30
35,71	35,71	35,71	35,71	—	—	—	—	—
				23,0159b)	22,9697b)	22,9525b)	22,9522b)	23,2037b)
				35,75	35,75	35,75	35,75	35,75
0,3490	0,3490	0,3490	0,3490	—	—	—	—	—
0,4348	0,4348	0,4348	0,4348	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
2,000	2,000	2,000	2,000	0,431	0,431	0,431	0,431	0,431
0,9804	0,9804	0,9804	0,9804	—	—	—	—	—
0,2488	0,2488	0,2488	0,2488	—	—	—	—	—
0,6667	0,6667	0,6667	0,6667	0,25	0,25	0,25	—	0,25 ²⁹⁾
8,913	8,913	8,913	8,913	—	—	—	—	—
bis	bis	bis	bis	—	—	—	—	—
2,538	2,538	2,538	2,538	9,16	9,16	9,16	9,16	9,16
2,000	2,000	2,000	2,000	—	—	—	—	—
8,519	8,519	8,519	8,519	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03
				8,61	8,61	8,61	8,61	8,61
26,81	26,81	20,00 ²⁷⁾	20,00	—	—	—	—	—
18,62	18,62	13,33 ²⁷⁾	13,33	—	—	—	—	—
16,42	16,42	—	—	—	—	—	—	—
8,14	7,98	7,98 ²⁸⁾	—	—	—	—	—	—
7,83	—	—	—	—	—	—	—	—
11,09	11,09	7,02 ²⁷⁾	7,33	11,20 a)	—	—	—	11,20a) ²¹⁾
7,28	6,45	5,80	5,54	—	—	—	—	—
224,0	224,0	224,0	224,0	223,5703	224,00	224,00	224,00	224,0215
287,2	287,2	287,2	287,2	287,50	287,50	287,50	287,50	287,50
				5,45 a)	5,45 a)	5,45 a)	5,45 a)	5,46 a)
5,405	5,405	5,405	5,405	—	—	—	—	—
				—	—	—	—	—
5,136	5,136	5,136	5,136	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
3,215	3,215	3,215	3,215	—	—	—	—	—
1,664	1,664	1,664	1,664	—	—	—	—	—
1,072	1,131	1,130	1,130	—	—	—	—	—
100,0	100,0	100,0	100,0	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00
90,91	90,91	90,91	90,91	90,8438	90,9063	94,8542	96,0556	91,3060
11,56	11,56	11,56	11,56	11,57 b)	11,57 b)	11,57 b)	11,57 b)	11,57 b)
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00
280,0	280,0	280,0	280,0	280,00	280,00	280,00	280,00	280,00

basieren die Angaben auf offiziellen Verkaufskursen des Inlandsmarktes. Unter Verkaufskurs wird in der Regel der Abgabekurs der Noten = amtlich festgesetzt; frei = Börsen- oder Marktkurs; Curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. — ⁴⁾ Die mit einem (*) bezeichneten Paritäten sind nach Abwertung veröffentlicht. — ⁵⁾ US-cents für Reichsmark. — ⁶⁾ Durchschnitt für einen Teil des Jahres. — ⁷⁾ Januar bis 4. Juli; 0,625 zwischen Kurs. — ¹¹⁾ Vom 25. November ab. — ¹²⁾ Wechselkursgeschäfte unterliegen der Steuer und / oder anderen Gebühren. — ¹³⁾ Gestaffelte Wechselkurs. — ¹⁷⁾ Vom 7. Oktober ab. — ¹⁸⁾ US.-cents für Pengö. — ¹⁹⁾ Vom 3. Oktober ab. — ²⁰⁾ Ende des Zeitabschnitts; ausgenommen 1937. — ²⁴⁾ Neue Parität vom 6. 10. 1950 ab. Das Staffelsystem verschiedener Verrechnungskurse wurde teilweise aufgegeben. — ²⁵⁾ Neue Parität gebunden. — ²⁷⁾ Vom 29. August ab. — ²⁸⁾ 1. — 28. August. — ²⁹⁾ Durchschnittskurs Jan. — Oktober.

2. Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten von Amerika (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Offiziell)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	2 059	175
1946 "	154	176	648	200	2 882	168
1947 "	194	204	989	209	5 157	180
1948 "	210	225	1 712	217	5 440	194
1949 "	197	235	1 917	206	5 166	195
1948 April	207	223	1 555	218	5 238	193
Mai	209	226	1 653	218	5 182	194
Juni	211	228	1 691	218	5 140	195
Juli	215	226	1 698	217	5 137	195
August	216	225	1 783	216	5 704	196
September	215	227	1 791	215	5 769	196
Oktober	210	227	1 887	215	5 724	196
November	209	229	1 977	217	5 667	196
Dezember	206	231	1 974	216	5 697	196
1949 Januar	204	232	1 946	215	5 698	196
Februar	201	231	1 898	214	5 656	196
März	202	231	1 872	212	5 556	195
April	200	230	1 846	209	5 393	195
Mai	198	235	1 890	206	5 278	195
Juni	197	233	1 812	205	5 215	195
Juli	195	229	1 854	205	5 034	195
August	195	230	1 918	205	4 889	194
September	195	241	1 958	204	4 910	195
Oktober	194	244	2 002	201	4 841	197
November	193	245	2 005	201	4 826	197
Dezember	192	246	2 002	199	4 747	198
1950 Januar	193	248	2 063	198	4 732	198
Februar	194	251	2 057	195	4 759	199
März	194	247	2 102	195	4 732	199
April	195	254	2 098	194	4 693	200
Mai	198	263	2 082	197	4 695	200
Juni	200	264	2 035	197	4 671	202
Juli	207	268	2 123	199	4 694	202
August	212	271	2 207	205	4 915	203
September	216	282	2 238	209	.	.
Oktober	215 ¹⁾	288	2 270	213	.	.
November	.	293 ¹⁾	2 304 ¹⁾	.	.	.

¹⁾ Vorläufig.

3. Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Jahres-, Monats- und Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

jährlich	monatlich			wöchentlich	
1938 . . . 143,5	1948 Jan. . . . 450,3	1949 Jan. . . . 390,5	1950 Jan. . . . 351,7	1950 17. 9. bis 23. 9.	475,2
1939 . . . 150,0	Febr. . . . 413,9	Febr. . . . 375,9	Febr. . . . 356,6	24. 9. " 30. 9.	464,7
1940 . . . 159,9	März . . . 409,0	März . . . 372,0	März . . . 356,6	1. 10. " 7. 10.	464,4
1941 . . . 198,1	April . . . 417,2	April . . . 351,6	April . . . 361,3	8. 10. " 14. 10.	464,0
1942 . . . 230,9	Mai 420,4	Mai 344,2	Mai 381,8	15. 10. " 21. 10.	464,9
1943 . . . 245,8	Juni 431,3	Juni 338,8	Juni 397,6	22. 10. " 28. 10.	467,3
1944 . . . 249,6	Juli 433,1	Juli 339,9	Juli 432,7	29. 10. " 4. 11.	476,5
1945 . . . 257,4	Aug. . . . 427,2	Aug. . . . 340,2	Aug. . . . 459,6 ¹⁾	5. 11. " 11. 11.	484,9
1946 . . . 311,9	Sept. . . . 419,7	Sept. . . . 346,3	Sept. . . . 472,4 ¹⁾	12. 11. " 18. 11.	486,8
1947 . . . 418,8	Okt. . . . 404,6	Okt. . . . 338,6	Okt. . . . 465,3 ¹⁾	19. 11. " 25. 11.	481,2
1948 . . . 418,6	Nov. . . . 401,0	Nov. . . . 344,2	Nov. . . . 483,2 ¹⁾	26. 11. " 2. 12.	483,4
1949 . . . 352,4 ¹⁾	Dez. . . . 395,9	Dez. . . . 346,1		3. 12. " 9. 12.	483,3

¹⁾ Vorläufig.

4. Preise wichtiger Welthandelswaren

XI. Internationale
Übersichten

Durchschnittspreise

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Wolle	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	Chicago 100 lbs. \$	Boston 1 lb. \$	New Orleans 1 lb. cents	New York 1 lb. \$	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	New York 1 lb. cents	St. Louis 1 lb. cents	Pennsylv. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	1,06	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	1,26	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	1,62	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	1,63	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948														
Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	1,35	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	1,35	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	1,35	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	1,40	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	1,55	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	1,75	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	1,78	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	1,80	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	1,80	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	1,75	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	1,75	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	1,85	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949														
Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	1,85	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	1,87	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	1,85	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	1,75	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	1,60	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	1,55	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	1,55	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	1,55	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	1,53	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	1,46	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	1,47	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	1,49	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37
1950														
Januar	2,17	1,29	46,57	5,27	15,05	1,53	30,86	0,18	18,50	76,13	12,00	9,75	3,48	18,99
Februar	2,18	1,28	46,29	5,10	16,71	1,78	31,79	0,19	18,50	74,39	12,00	9,75	3,54	18,75
März	2,26	1,31	44,53	5,05	16,46	1,84	31,75	0,19	18,50	75,77	10,96	9,94	3,54	19,20
April	2,27	1,40	44,26	5,07	16,45	1,85	32,30	0,24	18,94	76,52	10,64	10,70	3,54	18,95
Mai	2,29	1,48	43,28	5,22	19,21	1,95	32,64	0,28	19,92	77,60	11,72	11,99	3,63	19,75
Juni	2,13	1,46	46,14	5,28	19,54	2,01	33,65	0,31	22,23	78,07	11,80	14,68	3,66	22,98
Juli	2,25	1,54	53,19	5,56	23,10	2,19	36,67	0,40	22,50	89,73	11,66	15,00	3,77	26,58
August	2,25	1,52	53,78	5,72	23,98	2,66	37,83	0,51	22,61	102,38	12,92	15,00	3,89	30,60
September	2,22	1,51	54,00	5,74	22,42	2,92	40,57	0,56	24,46	101,47	15,80	17,10	4,00	32,40
Oktober	2,24	1,49	49,80	5,63	19,88	2,93	39,76	0,63	24,50	113,50	16,36	17,50	4,04	30,79
November	2,27	1,55	49,97	5,58	18,20	3,09	41,98	0,73	24,50	137,60	17,00	17,50	4,10	32,45

Quelle: VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste G. m. b. H.)

